

V 12 086 F

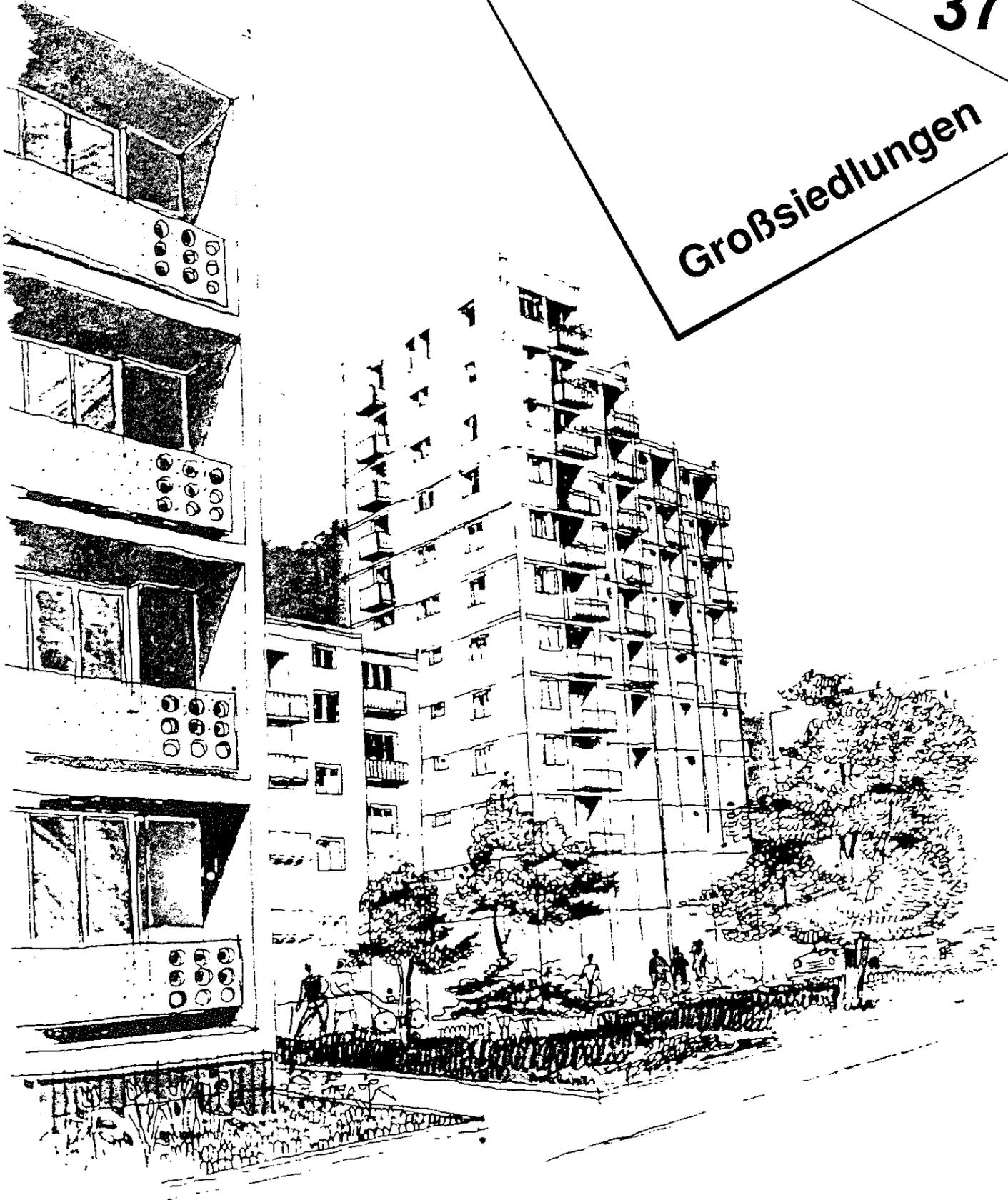
TRIALOG

Zeitschrift für das
Planen und Bauen
in der Dritten Welt

2. Quartal 1993

37

Großsiedlungen



Großsiedlungen

Impressum

Herausgeber von TRIALOG ist die Vereinigung zur wissenschaftlichen Erforschung des Planens und Bauens in Entwicklungsländern e.V. (gemeinnützig).

Postadresse für Redaktion und Verein: TRIALOG,
c/o Lehrstuhl für Städtebau und Entwerfen
Kollegium am Ehrenhof Raum G009, Universität Karlsruhe,
Englerstr. 11 (Postfach 6380) D-76131 Karlsruhe
Verlag und Vertrieb: Magazin Verlag, Schwellstraße 6,
D-24118 Kiel, ☎ 0431-565899, FAX 0431-577056

ISSN Nr. : 0724-6234

TRIALOG 37:
V.i.S.d.P.: Joanna Kotowski-Ziss, Klaus Teschner
Satz und Layout: Gisling Budnick
Druck: Stadtdruck Freising
Titelgraphik: Zygmunt Stepinski, Warszawa 1984

Die in TRIALOG veröffentlichten Artikel repräsentieren nicht zwingend die Meinung der Herausgeber/innen und der Redaktion. Nachdruck ist mit Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars gestattet. Artikel, Ankündigungen und Informationen bitten wir an die Adresse des Vereins oder an die regionalen Kontaktpersonen zu richten:

- Kosta Mathéy, TRIALOG Geschäftsstelle Süd (Buchrez., Austauschabos), Hofangerstr. 21, D-81735 München, ☎ 089-400715 & 0721-608 2170; FAX 089-406297
- Jürgen Oestereich, Am Dinkelsbach 10, D-40883 Ratingen, ☎ 02102-60740
- Gisling Budnick (Mitgliederverwaltung, Finanzen), Mozartstr. 39, D-70180 Stuttgart, ☎ 0711-6071965
- Rita Mroczek-Sampat (Anzeigen, Veranstaltungen) Im Trappengrund 42, D-64354 Reinheim, ☎ 06162-81562
- Hassan Ghaemi, Röhningring 117, D-64289 Darmstadt, ☎ 06151-784444 & 717774
- Florian Steinberg, c/o Indian Human Settlements Programme (IHSP), Human Settlements Management Institute (HSMI), F-212, Asiad Village Complex, Khelegaon Marg, Siri Fort, New Delhi-110049, INDIA, ☎ -91-11-8493099 & 6493445; FAX 6493726
- Joanna Kotowski-Ziss, Dambachtal 9, D-65193 Wiesbaden, ☎ 0611-526162; FAX 59211
- Michael Peterék, Adlerstr. 27a, D-76133 Karlsruhe, ☎ 0721-608 3059 (tags), 378785 (abends)
- Hans Harms, FSP 1-07, TUHH, Schwarzenbergstr. 93c, D-21073 Hamburg-Harburg, ☎ 040-7718-3211
- Bernd Janssen, SPRING, Uni Dortmund, Postfach 500500, D-4600 Dortmund 50, ☎ 0231-755-2291 & -2398; FAX 721532
- Khosrow Edalatian, Lorzringstr. 14, D-34246 Volmar, ☎ 0651-826500; FAX 05602-7259

TRIALOG 37 kostet DM 12,- zuzüglich Versand
Abopreise für 4 Ausgaben (1 Jahrgang):
Normalabo: DM 60,- incl. Versand
Ermäßigtes Abo für Privatbezieher: DM 40,- (incl.)
Studentenabo (Bescheinigung, nur direkt) DM 28,-
Luftpostzuschlag nach Übersee: DM 12,-

Die Kündigung eines Abos ist dem Verein spätestens zwei Wochen nach Erhalt des letzten berechneten Heftes mitzuteilen.

Editorial

Spätestens seit den 70er-Jahren werden in der Bundesrepublik Großsiedlungen sowohl im öffentlichen Bewußtsein generell abgelehnt als auch in der Diskussion unter Experten für Wohnungsbau in der Dritten Welt. An ihrer Monotonie machte sich das "Unbehagen an der Moderne" fest, sie symbolisierten die "Unwirtlichkeit unserer Städte" (Mitscherlich 1965). Für F.C.Turner, der die entwicklungspolitische Diskussion stark beeinflusste, war staatlicher Großsiedlungsbau, ob in England, Hongkong, Venezuela oder in Peru ein teures Versorgungskonzept mit mehr Schaden als Nutzen für untere Einkommensgruppen.

In den 70er und 80er Jahren wurden jedoch vielerorts weiterhin in bedeutendem Umfang Großsiedlungen geplant und gebaut: vor allem in Osteuropa und der Sowjetunion, in Algerien, aber auch in Peru, in Brasilien oder in der Türkei. Zunehmend wird auch in diesen Ländern aus politischen oder finanziellen Gründen dieses Siedlungskonzept aufgegeben. Bereits Gebautes wird jetzt als "ungeliebtes Erbe" einer vergangenen (sozialistischen oder sozialstaatlichen) Wohnungspolitik problematisiert.

Im Oktober '92 fand vor diesem Hintergrund eine von TRIALOG organisierte Konferenz in Dessau statt, die sich unter dem Thema "Großsiedlungen in Nord und Süd" mit der heutigen Situation und der Zukunft dieser Wohngebiete auseinandersetzte. Mehrere Beiträge dieses Heftes wurden bereits auf dieser Konferenz vorgestellt und werden hier in überarbeiteter Form veröffentlicht.

Insbesondere seit den 20er Jahren sind Konzepte für einen modernen Siedlungs- und Massenwohnungsbau mit sozialem Anspruch als Alternative zu den beengten und ungesunden Wohnverhältnissen der großen kapitalistischen Städte formuliert worden. Sie waren geprägt von Walter Gropius, von Le Corbusier, von den CIAM-Kongressen und der Charta von Athen (1933), von Ernst May, der in Frankfurt erstmals die industrielle Vorfertigung im Siedlungsbau erprobte und mündeten schließlich im Idealbild der licht-, luft- und sonnedurchfluteten Hochhaussiedlung. Dieses Siedlungskonzept der Moderne setzte sich nach 1945 erst richtig durch und bestimmte teilweise den Wiederaufbau in Westdeutschland - in Abgrenzung sowohl zum Heimatstil der NS-Zeit als auch zum stalinistischen Zuckerbäckerstil der frühen DDR.

Im "realsozialistischen" Ostblock gewann das Modell der Großsiedlung erst in den 60er-Jahren an Bedeutung, als dort die massenhafte Produktion von Wohnraum favorisiert wurde und mit ihr die industrielle Vorfertigung. Während "im Westen" bereits eine - auch durch abnehmenden Siedlungsdruck motivierte - Umorientierung in Richtung auf Altbausanierung, kleinteilige Baulückenschließung und individuelle oder ökologische Wohnexperimente stattfand und Großsiedlungen zunehmend mit sozialen Problemgebieten assoziiert wurden, beherrschten in den 70er und 80er Jahren Großsiedlungsbau und Plattenbauweise die Wohnungsproduktion "im Osten". Die industrielle Produktion vielgeschossiger Zeilen und Punkthochhäuser wurde dabei nicht als Notlösung zur Behebung des Wohnungsdefizits angesehen, sondern stand für das Konzept der modernen sozialistischen Stadt, die allen ihren Bewohnern gleichwertige und menschenwürdige Wohnungen zur Verfügung stellen kann.

TRIALOG

Zeitschrift für das
Planen und Bauen
in der Dritten Welt

2. Quartal 1993

37

Inhalt

Die spezifische Situation in Ostdeutschland vor und nach der Wiedervereinigung wird von **Feuerlein/Heinrich/Leinauer** am Beispiel Leipzig-Grünau und von **Schmid** am Beispiel Halle-Neustadt diskutiert. Typisch für diese Plattenbausiedlungen für jeweils ca. 90.000 Einwohner sind einerseits fehlende kommerzielle und kulturelle Angebote, Verödung des Wohnumfeldes und z.T. erhebliche Baumängel als Folge unklarer Zuständigkeiten und nicht vorhandener Mittel für Instandhaltung; andererseits wird die hohe Verbundenheit der Bewohner mit ihrer Siedlung herausgestellt sowie die positive soziale Mischung unterschiedlicher Einkommens- bzw. Berufsgruppen.

Auch in vielen Ländern der Dritten Welt sind Zeugnisse des modernen Siedlungsbaus zu finden. Nur in wenigen Fällen jedoch - hauptsächlich bei sozialistischen Entwicklungsmodellen - konnten Großsiedlungen erfolgreich gegen Squattersiedlungen konkurrieren, die sich weltweit als wichtigster Pfeiler der Wohnungsversorgung bewährt haben. Der Großsiedlungsbau war zudem - wie viele andere importierte Konzepte - nur schwer mit der klimatischen, kulturellen und technologischen Realität des Landes zu vereinbaren und wurde oft gerade deshalb als Aushängeschild moderner Sozialstaatlichkeit benutzt.

Im sozialistischen Algerien war, ähnlich wie in den Ostblockstaaten, die Wohnungspolitik auf den Bau neuer peripherer Großsiedlungen in industrieller Bauweise ausgerichtet, bei gleichzeitiger Vernachlässigung der alten Zentren. **Abdelli** kritisiert diese staatlich subventionierten Wohnungsbaumaßnahmen: Die Bauausführung war nicht nur technisch mangelhaft, die häufigen Stillstände verursachten auch unnötig höhere Kosten; das Wohnumfeld gleicht einem Brachland mit Schutthaufen; die Zielgruppe der Einkommensschwächeren ist nicht erreicht worden, da staatliche Angestellte bevorzugt wurden; die Monofunktionalität der Siedlungen steht im Widerspruch zum urbanen Leben. Gleichzeitig bietet er Perspektiven an, die zu einer Symbiose zentralstaatlicher und informeller Aktivitäten führen könnten.

Peterek beschreibt die Zerstörung traditioneller algerischer Wohnformen durch koloniale Eingriffe und weist auf die Diskrepanz zwischen dem kulturell und klimatisch angepaßten Modell der Casbah und dem modernen Plattenbau hin. Der ökonomische Anspruch, dem steigenden Wohnungsbedarf durch industrielle Vorfertigung begegnen zu können, ist nicht erfüllt worden. Trotzdem wurde die extreme Wohnungsnot und Entstehung illegaler Siedlungen abgemindert, was neuerdings, nach Aufgabe der sozialistischen Wohnungspolitik, sichtbar wird.

Die von **de la Torre** vorgestellten Projekte in Lima sind typische Beispiele einer Wohnungsversorgung, die eher der politischen Legitimation der wechselnden Regierungen diene, als dem Anspruch, die unteren Einkommensschichten zu erreichen. Trotz hoher staatlicher Subventionen hat nur die Mittelschicht von den Großprojekten profitiert.

Kreibich/Krella zeigen an einem Beispiel aus Rom auf, wie staatliche Wohnungsbauförderung ins Gegenteil verkehrt wird: Obwohl die Zielgruppe der Einkommensschwächeren erreicht wurde, führten räumliche Trennung von Arbeitsplatzangeboten und informellen Märkten sowie höhere Mietbelastung zur sozialen Ausgrenzung (Stigmatisierung) der Bewohner.
(Fortsetzung Seite 4)

Impressum / Editorial	2
Grünau - Eine Großsiedlung in Leipzig <i>L. Feuerlein, T. Heinrich, I. Leinauer</i>	5
Halle Neustadt - Probleme und Potentiale einer ostdeutschen Großsiedlung <i>Holger Schmidt</i>	9
Großsiedlungen in Algerien <i>Mustapha Abdelli</i>	12
Von der Casbah zur "Platte" Veränderungen im städtischen Habitat von Algier <i>Michael Peterek</i>	16
Öffentlich geförderter Wohnungsbau in Lima <i>Marco de la Torre</i>	22
Tor Bella Monaca - Marginalisierung in der geplanten Peripherie <i>V. Kreibich, B. Krella</i>	26
Großsiedlungen in Izmir - Quartiersbildung im Schnellverfahren <i>Eckhard Ribbeck</i>	32
Neue Zukunft für alte Platten Aufwertung von zwei Großsiedlungen in Chemnitz <i>E. Bertram, O. Mack, I. Pagel, P. Solhdju</i>	37
Tjoplui Stan - Probleme einer "Neuen Stadt" in Moskau <i>Petra Neubauer</i>	41
Konferenzbericht	44
Buchbesprechungen	45
Zum Gedenken an Chris Lewin	51
Veranstaltungshinweise	52

10 Jahre

TRIALOG

Zeitschrift für das
Planen und Bauen
in der Dritten Welt

lädt anlässlich des 10-jährigen
Bestehens ein zur

Fachtagung

Wandel im Planen und
Bauen in der Dritten
Welt?

Es stellen ihre Thesen
zur Diskussion:

- Vertreter/innen aus Forschung
und Lehre
- Vertreter/innen aus der Praxis
- Partner/innen aus der Dritten
Welt und
- Gründungsmitglieder von
TRIALOG

am 22. / 23. Oktober 1993
an der Architekturfakultät
der TH Darmstadt
Petersenstraße 15

Vorschläge für Beiträge erbitten
wir bis 15. Sept. 93

Information und Anmeldung:
Hassan Ghaemi, Rhönring 117,
64289 Darmstadt
Tel.: 06151-717774

Das Leben im modernen Hochhaus kann aber eine durchaus normale städtisch-verdichtete Wohnform sein, so z.B. in Izmir, wo die Oberschicht schicke Appartementtürme des Küstenstreifens und der Innenstadt bewohnt. Ribbeck stellt die These auf, daß dadurch auch die neuen Großsiedlungen der Mittelschicht ein positives Image genießen. Daß sie den Massenbedarf nicht decken können, beweisen die daneben entstehenden gececondus.

Oft wird "Großsiedlung" mit "Wohnhochhausbau" gleichgesetzt und begrifflich verwechselt. Appartementtürme, in vielen Ländern eine Sonderform gehobenen Wohnstandards, haben mit Großsiedlungen nichts zu tun: sie sind von verschiedenen Bauträgern als Einzelgebäude geplant, häufig auf der alten Parzellenstruktur, ohne sozialen Anspruch und in bevorzugter Lage. Dagegen soll hier die Rede sein von einem seit den 70er und 80 er Jahren weltweit zum Verwechseln ähnlichen Typus. Diese Großsiedlungen zeichnen sich durch die folgenden Merkmale aus:

Gebäudehöhe ab 5 Geschosse; staatliche Subventionierung, Orientierung auf untere Einkommensgruppen; großflächige Gesamtplanung und gleichzeitige Realisierung großer Bauabschnitte; "modernes" städtebauliches Lay-out: Abkehr von Parzellen- und Blockrandbebauung, Trennung von Fahr- und Fußverkehr, Zeilenbau; Bezug auf einen fremden Stadtkern, keine funktionale Autonomie; nach dem Prinzip der Funktionstrennung organisiert, in der Regel reine Schlafstädte mit minimaler sozialer Infrastruktur; industrielle, typisierte oder standardisierte Bauweise.

Vor allem 3 Elemente sind bestimmend für das Wohnversorgungsmodell "Großsiedlung" und damit auch von Bedeutung für die Frage nach seiner Funktionsfähigkeit:

1. die soziale oder egalitäre Komponente, der Anspruch, gute und billige Wohnungen für die "Bedürftigen" bzw. für alle zu schaffen. Dies legt unter anderem die Anwendung typisierter oder industrieller Bauweisen zur Bauverbilligung nahe, setzt Kreditsubventionierung voraus, eine Minimierung der Grunderwerbskosten und eine gerechte Zuteilung.
2. die städtebauliche Idee, der Anspruch einer menschenwürdigen, rational geplanten Siedlung mit guter Belichtung, Belüftung, Besonnung für alle, mit großen Freiflächen (für den "Auslauf"!), mit Überwindung städtischer Enge, mit konsequenter Trennung des Wohnens vom Lärm und Gestank der Industrie und des Verkehrs.
3. das Konzept von Modernität, was vor allem zwei Komponenten beinhaltet: einerseits die "fordistische" Vorstellung eines modernen, rationalisierten Wohnens als Pendant zum rationalisierten Arbeitsbereich ("rationalisiertes modernes Wohnverhalten", das gelernt werden muß!), andererseits die technische Utopie der perfekt funktionierenden "Wohnmaschine" sowie der rational geplanten und perfekt funktionierenden Siedlungsinfrastruktur. Auch für die mitteleuropäischen Gesellschaften der 20er Jahre war dieses Konzept revolutionär und keineswegs "kulturell angepaßt".

Welche Möglichkeiten gibt es nun, mit dem Erbe an Großsiedlungen umzugehen? Bertram/Mack/Pagel/Soihdju machen Aufwertungsvorschläge für Plattenbauten in Chemnitz, die zum Ziel haben, mit deutlicher Erhöhung des Wohn- und Siedlungsstandards die befürchtete Segregation zu verhindern. Inwieweit angesichts sehr knapper Mittel die in den studentischen Arbeiten vorgeschlagenen umfangreichen Umbauten tatsächlich realisiert werden könnten, ist allerdings fraglich.

Dagegen geht es in Moskau um dringende technisch-konstruktive Lösungen, um die Großsiedlungen - von der Einwohnerzahl her eher "Neue Städte" - vor dem Verfall zu retten. Neubauer beschreibt in diesem Zusammenhang die Möglichkeiten einer Ost-West-Kooperation auf wissenschaftlicher, politischer und privatwirtschaftlicher Ebene.

Haben Großsiedlungen erhaltenswerte Qualitäten? Oder sind sie allein unverzichtbar als Beitrag zum Wohnungsbestand? Die Erfahrung zeigt, daß gerade diejenigen Eigenschaften, die diese Siedlungen als Gegenentwürfe zur engen, tuberkuloseverseuchten Stadt des frühen 20. Jahrhunderts haben sollten, heute auch ihre Qualität ausmachen: sie bieten Licht, (gute) Luft, Sonne und Platz, sowie Ruhe - alles zunehmend knappe Güter in den heutigen Metropolen. Dabei sollte bedacht werden, daß es noch sehr junge Wohnmodelle sind, die Zeit brauchen, um sich zu konsolidieren und ins städtische Umfeld zu integrieren. Entgegen allen Vorurteilen scheinen sie darüberhinaus einen guten Rahmen bieten zu können für soziale Beziehungen in großstädtischer Dichte. Diese in ihnen liegenden Potentiale gilt es zu entwickeln.

Joanna Kotowski-Ziss

Klaus Teschner

Grünau - Eine Großsiedlung in Leipzig

Leon Feuerlein, Thomas Heinrich, Irma Leinauer

Während in der alten Bundesrepublik das Berliner Märkische Viertel mit 16.000 Wohnungen und 40.000 Einwohnern als überdimensionierte Großsiedlung und Problemfall angesehen wurde, wurden in der ehemaligen DDR wesentlich größere neue Wohngebiete geplant und gebaut. In Berlin (Ost) entstanden die drei größten Neubaugebiete der ehemaligen DDR, Marzahn (ca. 59.200 Wohneinheiten), Hellersdorf (ca. 42.400 WE) und Hohenschönhausen (ca. 37.100 WE). Sie sollten sowohl die Bevölkerung der Abbruchgebiete in den Gründerzeitvierteln der Innenstadt als auch ZuzüglerInnen in die Hauptstadt aus den Bezirken der DDR aufnehmen. Etwa 60 Prozent der BewohnerInnen Marzahns waren neu in Berlin.

Größte Neubausiedlung außerhalb der Hauptstadt der DDR war Leipzig-Grünau. Hier wurden knapp 36.000 Wohnungen gebaut (STAT.JB.: 106), die BewohnerInnenzahl wurde zum Zeitpunkt der "Wende" auf etwa 90.000 geschätzt¹. Von ihnen hatten 80 Prozent schon vor dem Bau Grünaus in Leipzig gewohnt.

Im Gegensatz zu Berlin als funktionalem und politischem Zentrum der DDR war in Leipzig seit den 50er Jahren eine erhebliche Abwanderung zu verzeichnen. Die Einwohnerzahl von Leipzig erreichte um 1933 ihren Höhepunkt mit 713.000 Ein-

Die AutorInnen sind Studierende und TutorInnen am Institut für Stadt- und Regionalplanung (ISR) der TU Berlin. Im Winter- und Sommersemester 1990/91 befaßten sie sich im Rahmen eines Studienprojektes mit der Großsiedlung Leipzig-Grünau. Im Rahmen des Projektes wurde eine Bestandsaufnahme durchgeführt, die verstreuten Veröffentlichungen zu Leipzig und Grünau zusammengetragen und Gespräche mit ExpertInnen und BewohnerInnen geführt. Die Ergebnisse wurden in einem Projektbericht zusammengefaßt. Nach dem Abschluß des Studienprojektes haben sich die AutorInnen bemüht, die weitere Entwicklung zu verfolgen.

Summary

Leipzig-Grünau is one of the biggest of the huge housing estates built in the GDR with prefabricated panel systems. In Leipzig, the general belief in unlimited economic growth in the 1960s led to a restructuring project for the whole city. The population of the run-down inner city areas of Leipzig, built around the turn of the century during a period of enormous industrial expansion and growth of the city, was to be rehoused in new "socialist" housing. Building in Grünau started in 1975. In 1989, there existed about 36.000 flats with about 90.000 inhabitants. Most inhabitants were quite satisfied with their small but well equipped flats although there was some discontent with the social infrastructure and the housing estate in general. As a result of the political and economic changes following the breakdown of the political system of the GDR and the German reunification, inhabitants, city councillors and professional planners face new problems. Grünau is now called a "socialist relic" and its future has still to be decided.

wohnern. Nach der nationalsozialistischen Machtergreifung nahm die Bevölkerung zunächst leicht und während des Krieges rapide ab, so daß in Leipzig 1945 nur noch 585.000 Menschen wohnten, von denen 60 % Frauen waren. Nach einer gewissen Erholung zu Beginn der 50er Jahre setzte eine stete Abnahme der Gesamtbevölkerung durch Abwanderung und Sterbeüberschuß aufgrund von Überalterung ein. Die Jahre unmittelbar nach dem Mauerbau sind der einzige Zeitraum seit der DDR-Gründung, in dem die Statistik eine Bevölkerungszunahme verzeichnet. Ein positiver Wanderungssaldo wird neben diesem Zeitraum auch in den Jahren 1976 bis 1980 erzielt, der jedoch die Abnahme aufgrund des Sterbeüberschusses nicht ausgleichen konnte (STAT.JB.: 31,37). Er dürfte mit der Zuwanderung von BewohnerInnen aus der Umgebung Leipzigs, speziell aus durch den Braunkohletagebau zerstörten Dörfern, in das Neubaugebiet Grünau zusammenhängen.²

Jeder Leipziger verfügte im Durchschnitt 1971 über 1,1 Wohnräume und 23,1 m² Wohnfläche (STAT.JB.: 99).³ Von einer dramatischen Unterversorgung, die 36.000 Neubauwohnungen dringend erforderlich gemacht hätte, kann also nicht gesprochen werden. Der größte Teil der Leipziger Wohnungen war jedoch um

die Jahrhundertwende entstanden, als Leipzig einen enormen Bauboom erlebte. Diese Wohnungen waren unzureichend ausgestattet und nach den Kriegszerstörungen und fehlender Instandsetzung in einem sehr schlechten Zustand. Mittel- bis langfristig sollten die das Stadtbild prägenden Altbaugebiete des Historismus deshalb flächendeckend abgerissen und neu bebaut werden.

Mit dieser politischen Vorgabe wurde den Planern die Perspektive eröffnet, einen totalen Umbau der Stadt vorzusehen und die angeblichen Fehler der Vergangenheit rigoros zu beseitigen. Unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg gab es in Leipzig Ansätze eines behutsamen Wiederaufbaus. Schnell änderte sich jedoch diese Orientierung an historischen Vorbildern. Ausschlaggebend dafür war auch Druck aus Berlin, "sozialistisch" zu bauen. Mit der Übernahme des "internationalen" Stils durch die DDR Ende der 50er Jahre wurden auch in Leipzig Funktionstrennung, aufgelockertes Wohnen im Grünen und Trennung der Verkehrsarten populär.

In den 60er Jahren wurde ein Konzept entworfen, das eine funktionale Gliederung der Stadt in das Stadtzentrum und den zentralen Bereich, Unterzentren, In-

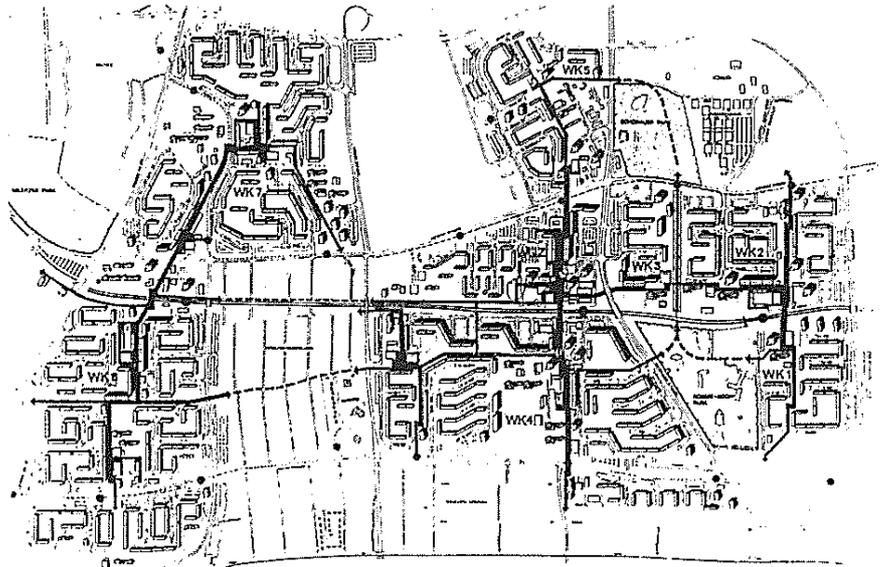
dustriegebiete und Wohngebiete vorsah. Den Verkehr sollten neu zu bauende, teilweise in Hochlage oder im Tunnel projektierte Stadtautobahnen und Schnellbahnen aufnehmen.

Die Bewohner der dem Verfall preisgegebenen innerstädtischen Altbauviertel wurden in Neubaugebieten untergebracht. Diese konnten, solange die Altbauten teilweise noch bewohnt waren, nur am Stadtrand errichtet werden. Dort auf der "Grünen Wiese"⁴ waren auch die Voraussetzungen für das industrielle Bauen günstiger, da keine alten Strukturen im Weg standen. Städtebauliches Leitbild und Bautechnik ergänzten sich somit.

Da nahezu alle Flächen im Norden und Süden der Stadt als Bergbauschutzgebiet ausgewiesen und für zukünftigen Braunkohletagebau vorgesehen waren, bestanden Entwicklungsmöglichkeiten nur in östliche und westliche Richtung.

Daher wurden als mögliche Standorte für Wohnungsbau die Flächen der heutigen Siedlungen Grünau im Westen und Paunsdorf im Osten festgelegt. Nur hier standen Flächen zur Verfügung, ein Wohngebiet in der Größenordnung von 20.000 bis 25.000 Wohnungen zu bauen. Im Herbst 1972 wurde durch das "Büro des Chefarchitekten der Stadt Leipzig"⁵ eine Variantenuntersuchung durchgeführt. Sie kam zum Ergebnis, daß vorrangig Grünau im Westen der Stadt gebaut werden sollte. Grund für diese Entscheidung waren die nahegelegenen Arbeitsstätten in Plagwitz und Lindenau, die vorhandenen historischen Parkanlagen und ein in der Anlage befindliches Naherholungsgebiet an einem Tagebaurestloch. Paunsdorf wurde zunächst zurückgestellt.

Parallel zu den ersten Konzeptionen für Leipzig-Grünau wurde das sogenannte Wohnungsbauprogramm der DDR entwickelt. 1971, nach der Machtübernahme Erich Honeckers, wurde auf dem VIII. Parteitag der SED als Zielstellung formuliert, alle "Potenzen des Sozialismus zur Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveau des Volkes zu nutzen" (HEYNISCH 1972: 133)⁶. Auf der 10. Tagung des ZK der SED im Oktober 1973 wurde beschlossen, durch den Bau bzw. die Modernisierung von 2,8 bis 3 Millionen Wohnungen die Wohnungsfrage als soziales Problem bis 1990 zu lösen (JUNKER 1973: 708). Diese Beschlüsse stellten zumindest in Leipzig nicht die Zäsur dar, als die sie oft angesehen wurden. Schon in den 60er Jahren fand eine erhebliche Stei-



Gesamtplan des Wohngebiets

Aus: *Architektur der DDR* 1986, S.273

gerung des Wohnungsneubaus in Leipzig statt. Die in den Jahren 1971 bis 1975 fertiggestellten Leipziger Neubaugebiete, die als Ergebnis des Wohnungsbauprogramms gewertet wurden, waren bereits in den 60er Jahren geplant worden. Da erste Planungen zu Grünau schon vor dem Beschluß des Wohnungsbauprogrammes bzw. während seiner Entwicklung vollzogen wurden, kann das Wohnungsbauprogramm nicht Auslöser für das riesige Neubauvorhaben gewesen sein. Es führte aber zu einer Erhöhung der in Grünau realisierten Wohnungsanzahl und einer Bevorzugung des Wohnungsbaus zu Lasten von Infrastrukturbauten.

Die Entstehung von Grünau

Im April 1973 wurde ein offener anonymer städtebaulicher Wettbewerb für das neue Wohngebiet ausgeschrieben. An ihm beteiligten sich zahlreiche Planungsstellen anderer Städte und Bezirke der DDR, sowie Arbeitsgruppen aus wissenschaftlichen Einrichtungen. Im November 1973 entschied ein fünfundzwanzigköpfiges Preisgericht, besetzt mit PreisrichterInnen aus kommunaler und bezirklicher Politik und Verwaltung, Bauministerium, Bauakademie und Hochschulen, über die eingereichten 24 Entwürfe. Den ersten Preis gewann das Kollektiv aus dem Büro des Chefarchitekten Erfurt, gefolgt von Kollektiven von der Technischen Universität Dresden und der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar. Die endgültige städtebauliche Konzeption, die den Normvorgaben und vorhandenen bautechnischen Möglichkeiten Rechnung trug, wurde anschließend im Büro des Chefarchitekten der Stadt Leipzig ausgear-

beitet. Sie unterschied sich erheblich von den prämierten Wettbewerbsentwürfen, auch wenn Einflüsse des ersten Preisträgers zu erkennen sind.

Im Herbst 1974 wurde ein Arbeitsmodell des Wohngebietes auf der 9. Kunstausstellung des Bezirks Leipzig öffentlich ausgestellt. Den Leipziger Bürgern wurde die Planung u.a. durch eine Ausstellung in der "Leipzig-Information"⁷ im Februar 1975, der Fachöffentlichkeit auf dem 7. Bundeskongreß des DDR-Architektenverbandes Bund der Architekten im November 1975 in Berlin vorgestellt. Darüberhinaus wurden Planungs- und Bebauungsphasen regelmäßig in Fachzeitschriften, v.a. "Architektur der DDR", sowie in lokalen Zeitungen dokumentiert.

Das Wohngebiet wurde in mehrere Teilbereiche, die Wohnkomplexe (WK) 1 bis 8, untergliedert. Für sie wurden der Reihe nach ab 1974 genaue Planungen erstellt. Mit den Bauvorbereitungen wurde 1975 begonnen. Die offizielle Grundsteinlegung für Grünau fand am 1. Juni 1976 im WK 1 statt. Nachdem im September 1977 die erste Schule fertiggestellt wurde, zogen im November die ersten Bewohner im Neubaugebiet Grünau ein. Für die nächsten Jahre, während der "Gummistiefelzeit", wohnten sie auf einer riesigen, allmählich nach Westen wandernden Baustelle. Damals erhielt Grünau den Spitznamen "Schlammau".

Unabhängig von den künftigen Eigentümern, wie die kommunale "Gebäudewirtschaft Leipzig" und verschiedene Genossenschaften, wurde das Wohngebiet einheitlich durch das Wohnungsbaukombinat Leipzig errichtet. Eine Koordini-

nation zwischen dem mächtigen Wohnungsbaukombinat und den städtischen PlanerInnen und ArchitektInnen sollte über sogenannte Aufbaustäbe erfolgen. Die eigentlich verbindlichen Bebauungskonzeptionen der PlanerInnen wurden vom Wohnungsbaukombinat teilweise aus technischen Gründen, oder um eine Planvorgabe zu erfüllen, nach eigenem Gutdünken abgeändert. Argumente bezüglich der Wirtschaftlichkeit hatten auf höherer Ebene mehr Gewicht als städtebauliche Aspekte. Die StadtplanerInnen mußten dann zum Beispiel bei Baustellenbesichtigungen feststellen, daß ein 16-geschossiges Hochhaus an einer Stelle gebaut worden war, wo es eigentlich nicht projektiert war.

Während der Realisierungsphase wurden noch erhebliche Veränderungen an der Planung vorgenommen. Es sollten nun mehr Wohnungen mit niedrigerem Aufwand gebaut werden. Die geplante Wohnungszahl im gesamten Wohngebiet erhöhte sich um mehr als die Hälfte, zeitweise waren noch erheblich mehr Wohnungen in der Diskussion. Ermöglicht wurde diese Erhöhung durch 6-statt 5-geschossige Gebäude, eine höhere Baudichte und den Verzicht auf Infrastrukturbauten. Die geplante Ausstattung des Gebietes mit Läden, sozialen Einrichtungen, Sportanlagen usw. wurde Anfang der 80er Jahre aus ökonomischen Gründen stark zurückgenommen. Betroffen war besonders das "Wohngebietszentrum" (WGZ), in dem u.a. ein Kaufhaus, das neue Rathaus des Stadtbezirks West und eine Schwimmhalle nicht zur Ausführung kamen. Aufgrund der hohen Kosten bei Gebäuden mit Fahrstuhl wurden in den zuletzt realisierten Bauabschnitten fast ausschließlich

6-geschossige Gebäude errichtet. Hierfür wurden extra die Richtlinien geändert, die ursprünglich nur Gebäude bis 5 Geschosse ohne Fahrstuhl zuließen.

Wie in der DDR üblich, wurden parallel zum Wohnungsbau die öffentlichen Verkehrseinrichtungen erstellt. Grünau erhielt einen S-Bahnanschluß und zwei Straßenbahnlinien. Die S-Bahn spielt jedoch als öffentlicher Verkehrsträger eine untergeordnete Rolle, da ihre Streckenführung zum Leipziger Hauptbahnhof in einem Bogen durch den Norden der Stadt und die niedrige Geschwindigkeit zu gegenüber den Straßenbahnen und dem Auto unattraktiven Fahrzeiten führt.

Wohnen in Grünau

Der überwiegende Teil der Wohnungen wurde zu DDR-Zeiten von der Gebäudewirtschaft Leipzig (GWL) verwaltet. Sie firmiert mittlerweile als Leipziger Wohnungsbaugesellschaft mbH (LWBG) und gehört der Stadt Leipzig. Der Rest befindet sich im Eigentum von Wohnungsbaugenossenschaften. Die "Genossenschaftsquote", die Aufteilung der Wohnungen zwischen kommunaler und genossenschaftlicher Verwaltung, wurde auf zentralstaatlicher Ebene festgesetzt und war von lokalen Verhältnissen unabhängig. Bauliche Unterschiede existieren wegen der einheitlichen Ausführung zwischen genossenschaftlichem und kommunalem Wohnungsbestand kaum. Allerdings mußten die Genossenschaftsmitglieder Arbeitsleistungen beim Ausbau der Wohnungen erbringen. Deshalb sollen diese Wohnungen auch in einem besseren Zustand sein. Wie überall in der ehemaligen DDR sind auch die

Wohnungen in Grünau mit erheblichen Altschulden belastet. Dies ist vor allem für die Genossenschaften ein großes Problem.

Neben "normalen" Wohngebäuden existieren in Grünau noch eine Anzahl von Wohnheimen für verschiedene soziale Gruppen: StudentInnen, Auszubildende, ausländische VertragsarbeiterInnen, SeniorInnen. Diese Wohnheime befinden sich stets in vielgeschossigen Gebäuden, die vom übrigen Wohngebiet baulich deutlich abgegrenzt sind.

Die Mieterstruktur Grünaus ist durch die staatliche Belegungspolitik zu DDR-Zeiten bezüglich der beruflichen Qualifikation sehr gemischt. Da bevorzugt junge Ehepaare mit Kindern eine Wohnung erhielten, ist die Altersstruktur jedoch recht einseitig. Dies führt zu demographischen Wellen: Auf die Überlastung von Schulen und Kindergärten durch die große Zahl von Kindern im gleichen Alter folgt ein Überangebot.

Der Bau Grünaus wurde von einer soziologischen Studie der Karl-Marx-Universität Leipzig unter der Leitung von Frau Prof. Kahl begleitet. Bei Befragungen in den Jahren 1979, 1981, 1983 und 1987 war es Ziel der SoziologInnen zu erfahren "wie sich der Prozeß des Einlebens in ein großes randstädtisches Neubaugebiet in einer sozialistischen Großstadt vollzieht" (KAHL 1986: 290). Die Studie wurde von Prof. Kahl 1992 nach ihrer Emeritierung privat fortgesetzt (KAHL 1992).

Sie stellte vor der "Wende" fest, daß die BewohnerInnen weitestgehend mit ihrer Wohnung zufrieden waren. Der Komfortzuwachs gegenüber den Altbauwohnungen war hierfür ausschlaggebend. Große Unzufriedenheit bestand mit dem Wohnumfeld und der unvollständigen Ausstattung mit Infrastruktureinrichtungen. "Fehlende räumliche, zeitliche und inhaltliche Möglichkeiten für eine bedürfnisgerechte Freizeitgestaltung im Wohngebiet über längere Zeit führen auf der einen Seite zum Zurückziehen in die Wohnung, zur Verarmung der Interessen und letztlich zu einer Resignation und Apathie im Engagement für die Wohnumwelt und auf der anderen Seite zur periodischen Wochenendflucht aus dem Wohngebiet" (KAHL 1989: 39).

Im Jahr 1992 wurden insgesamt 415 GrünauerInnen befragt. Von diesen fühlten sich über 50 % uneingeschränkt in ihren Wohnungen wohl. Der Anteil der sich nur mit Einschränkungen Wohlfühlenden hat von 1987 bis 1992 deutlich zugenommen. Wie schon in den Jahren



Blick auf den Wohnkomplex 4

Foto: Holger Schilling

zuvor war die Unzufriedenheit mit der Schallisolierung der Wohnungen, der Größe des Bades und der baulichen Qualität am größten (KAHL 1992: 41f.).

Im Wohngebiet fühlten sich 1992 nur 35% uneingeschränkt wohl. Die Akzeptanz des Wohngebietes war nie so hoch wie die der Wohnung und hat seit 1981 stetig abgenommen. Während eine anfängliche Unzufriedenheit mit den Verkehrsverbindungen und Einkaufsmöglichkeiten später verschwand, herrscht seit dem Bau des Wohngebietes eine durchgehende Unzufriedenheit bezüglich der Freizeitmöglichkeiten. Sechs Prozent der befragten Bewohner wollten 1992 bestimmt in den nächsten 2 Jahren aus Grünau wegziehen, weitere 21 % möglicherweise. Somit war der Anteil der Auszugswilligen in Grünau niedriger als in ganz Leipzig laut einer Befragung 1991. Die Auszugsbereitschaft war stark vom Alter und vom Einkommen der Befragten abhängig (KAHL 1992: 43ff.).

Sowohl vor als auch nach der "Wende" war der Neubau am Stadtrand die Wohnform, die bei den befragten GrünauerInnen den meisten Zuspruch fand. Knapp dahinter folgte das Einfamilienhaus. Unbeliebt waren sowohl Altbau als auch Neubauwohnungen in Zentrumsnähe (KAHL 1992: 33).

Zukunft Grünaus

Unstrittig bestehen in Grünau städtebauliche Mängel, verursacht durch Aufwandskürzungen und entsprechende Planungsveränderungen. Mit der DDR-typischen Standardausstattung sind viele heute nicht mehr zufrieden. Hinzu treten die durch die "Wende" ausgelösten Probleme: Arbeitslosigkeit, Mieterhöhungen, Schließung sozialer Einrichtungen. Durch die einheitlichen Wohnungsgrößen

und das Fehlen größerer Wohnungen⁶ droht in Grünau auf Dauer eine einseitige Bevölkerungsstruktur. Es ist damit zu rechnen, daß sich v.a. finanziell besser gestellte Haushalte anderswo eine Wohnung suchen werden, deren Größe und Umgebung ihren Wünschen mehr entspricht, wie z.B. renovierte Altbauwohnungen oder Einfamilienhäuser. Sozial Schwächere haben nicht die freie Auswahl am neu entstandenen kapitalistischen Wohnungsmarkt. Sie sind auf Grünau angewiesen.

Als besonders problematisch ist die Stigmatisierung von Großsiedlungen der DDR durch PlanerInnen und Medien aus den westlichen Bundesländern anzusehen. Die in Grünau bestehenden z.T. gravierenden Mängel werden durch die Anwendung westlicher Maßstäbe überbetont. Den BewohnerInnen wird vermittelt, in einer nicht mehr erhaltenswerten Wohnform zu leben.

Durch die demographischen Wellen ist heute die Bevölkerungsgruppe der 7- bis 14-jährigen in Grünau überrepräsentiert. In Kürze werden somit besonders viele 14- bis 20-jährige in Grünau leben. Das ohnehin nicht sonderlich gute Angebot an Jugendclubs wurde nach der "Wende" durch Schließung und Privatisierung noch reduziert. Jugendliche treffen sich nun an S-Bahnhaltestellen und Supermärkten. Sie schaffen sich so die zur Identitätsfindung benötigten Freiräume in öffentlichen Bereichen, wo sie dann stören und bedrohlich wirken. Bezüglich der Jugendarbeit besteht in Grünau auf jeden Fall Handlungsbedarf.

Zunehmend wird erkannt, daß zur Deckung des Wohnungsbedarfs auf die Großsiedlungen in der ehemaligen DDR in der nächsten Zeit nicht verzichtet werden kann. Deshalb wurden die ersten Schritte zu ihrer Nachbesserung in Angriff genommen, wie Verbesserung der Wärmedämmung, Nachverdichtung, Gestaltung des Wohnumfelds und Ausbau des Wohngebietszentrums. Auch steht ein Gelände der GUS-Armee in unmittelbarer Nachbarschaft des Wohngebietes für eine Umnutzung zur Verfügung.

Ökonomische Aspekte stehen bei der Erhaltung und Verbesserung von Grünau im Vordergrund. Berücksichtigt werden muß aber auch, daß Grünau die Heimat tausender von BewohnerInnen ist. Sie leben mittlerweile schon fast zwei Jahrzehnte in ihrem Wohngebiet, mit dem sie sozial verbunden sind.

Anmerkungen:

- 1 Die statistischen Angaben zu EinwohnerInnen, Wohnungsanzahl usw. variieren für alle DDR-Neubauegebiete je nach Quelle und sind als Orientierungswert und nicht als verlässliche Zahlen zu betrachten. Z.B. wohnten laut Amt für Statistik und Wahlen der Stadt Leipzig am 30.6.91 nur noch 78.445 Menschen in Grünau (KAHL 1992: 12). Fraglich ist allerdings, in welchem Umfang man hieraus tatsächlich eine Abwanderung ableiten kann, oder ob nur eine falsche Statistik korrigiert wurde.
- 2 5 bis 6 Prozent der GrünauerInnen kamen aus devastierten Dörfern in der Umgebung Leipzigs.
- 3 Zum Vergleich: 1968 standen den Bundesbürgern im Gesamtdurchschnitt 23,8 m² und 1,38 Räume pro Person zur Verfügung (Stat. Bundesamt, Gebäude- und Wohnungszählung 1968)
- 4 Für den Bau von Grünau wurden allerdings einige Gebäude abgerissen, u.a. fast das ganze Dorf Schönau.
- 5 Diese Einrichtung, 1967 gegründet, entspricht in etwa einen Stadtplanungsamt.
- 6 Eine genaue Aufnahme des Wohnungsbestands wurde mit der Wohnungszählung vom 1.1.1971 durchgeführt.
- 7 Fremdenverkehrsbüro und Bürgerinformation der Stadt Leipzig.
- 8 Änderungen der Grundrisse und Wohnungszusammenlegungen sind bautechnisch möglich, allerdings mit erheblichen Kosten verbunden (Vgl. Großsiedlungen... 1992).

Literatur:

- Ein ausführliches Literaturverzeichnis zur Geschichte von Leipzig und Grünau befindet sich im Projektbericht
- Feuerlein, L., Leinauer, I. 1992: Grünau - Name des Alptrahms? Vergangenheit und Zukunft einer Großsiedlung in Leipzig. In: Jahrbuch Stadterneuerung 1992. S.281-290.
- Großsiedlungen. Montagebau in Berlin (Ost). Berlin 1992 (Hg. Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen; Bearb. Ingenieurbüro für Bauwesen Specht + Partner).
- Heynisch, W. 1972: Zu den Aufgaben der Bauforschung nach dem VIII. Parteitag der SED. In: Deutsche Architektur. S. 133-135.
- Junker, W. 1973: Das Wohnungsbauprogramm der DDR für die Jahre 1976 bis 1990. In: Deutsche Architektur. S. 708-712.
- Kahl, A. 1986: Soziologische Untersuchungen zur Wohnzufriedenheit. In: Architektur der DDR. S.290-291.
- Kahl, A. 1989: Forschungsbericht Grünau 1979 - 1987. Leipzig-Grünau: Wohnen im Neubauegebiet. (unveröffentlicht).
- Kahl, A. 1992: Großsiedlung Grünau '92. Intervallstudie. (unveröffentlicht).
- Statistisches Jahrbuch der Stadt Leipzig (Stat.Jb.) 1991.
- Tempo, Takt und schönes Wohnen. Grünau - eine Großsiedlung in Leipzig. Projektbericht Nr. 24. Berlin 1992 (Hg. Institut für Stadt- und Regionalplanung, Reihe ISR-Studienprojekte).
- Vitalisierung von Großsiedlungen. Expertise. Bonn 1991 (Hg. Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau; Bearb. Institut für Städtebau und Architektur).



1993: Informeller Markt im Zentrum von Grünau Foto: A. Schübler

Halle-Neustadt

Probleme und Potentiale einer ostdeutschen Großsiedlung

Holger Schmidt

Mit 311.000 Einwohnern ist Halle die größte Stadt Sachsen-Anhalts. Die Wirtschaftsstruktur der Stadt ist geprägt durch Zweige der Grundstoffindustrie, des Maschinen- und Fahrzeugbaus sowie der Lebensmittelindustrie. Unternehmen der chemischen Industrie sind in der Region die bestimmenden Faktoren. Neben einem großen und qualifizierten Arbeitskräftepotential verfügt die Stadt durch die zahlreichen ortsansässigen wissenschaftlichen Einrichtungen über Forschungskapazitäten, Weiterbildungsmöglichkeiten und akademischen Nachwuchs.

Halle – erstmals 961 urkundlich erwähnt – ist eine architektonisch und historisch interessante Stadt. Neben der Altstadt und einem gut erhaltenen Innenstadtbereich der Gründerzeit prägen größere Siedlungsgebiete der 20er und 30er Jahre und Großsiedlungen der letzten 30 Jahre das Bild der Stadt.

Jeder zweite Einwohner von Halle lebt derzeit in einer Großsiedlung. Halle-Neustadt als größte Siedlung mit ca. 87.000 Einwohnern ist von 1963 - 1986 errichtet worden. Anfang der 60er Jahre begannen die Stadtplaner von Halle erste Planungen und Gestaltungskonzepte für ein Stadterweiterungsgebiet westlich der Saale zu erarbeiten. Damit war das ehrgeizige Ziel verbunden, der zwischen Saaleaue und Reichsbahngelände förmlich eingeschnürten Stadt durch einen „Sprung“ über die Saale einen neuen Entwicklungsimpuls zu geben. Der bislang am Rande der Altstadt vorbeiplätschernde Saalefluß sollte fortan ein Rückgrat einer neuen und modernen städtischen Struktur werden.

Dr. Holger Schmidt, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Akademie im Bauhaus Dessau, Leiter des Forschungsprojekts Halle-Neustadt

Summary

The housing capacity of the City of Halle, in Sachsen-Anhalt/ Germany, consists of up to 50% of high rise building estates such as Halle-Neustadt with 87.000 inhabitants. Planning and decision making processes for the construction of housing for incoming labour forces had been centrally directed from Berlin. A course was followed by the realisation, from 1963 to 1986, of a concept which included complexes consisting of 5 to 11 story high prefabricated housing units with a small sub-centre, social infrastructure, and connection to the mass transportation system as well as to the main roads. The problems today are to be seen in functional, technical and esthetical areas and in the lack of employment and social infrastructure. The author sees the advantages in the good supply of mass transportation, open spaces and kindergardens, in the vicinity of the center of Halle and in the good mixture of social classes. Potential is to be found in a well defined ownership, in the possibility of densification and in the inhabitants' basically positive attitude towards their estate. The research on Halle-Neustadt points out the complexity of urban, social, technical and political questions and deals with bringing in more openness and participation into the process of rehabilitation.

Während in Halle die ersten konkreten Planungen für den Stadtteil Halle-West bis zur Ausführungsreife weiterbearbeitet wurden, fielen in Berlin neue Entscheidungen. Ein Chemieprogramm wurde zwei Jahre nach dem Mauerbau beschlossen. „Chemie bringt Wohlstand und Schönheit“, so hieß der Slogan, und mit der Chemisierung der Gesellschaft sollte das von Walter Ulbricht postulierte „Überholen ohne Einzuholen“ nunmehr praktisch umgesetzt werden. Der forcierte Aufbau der chemischen Industrie im mitteldeutschen Industrieviertel Halle-Leipzig machte die Anwerbung von Arbeitskräften und die Schaffung neuen Wohnraums notwendig. Eine eigene Neubauwohnung mit einem Bad und einem WC, mit Fernheizung und hellen und lichten Räumen war für viele Menschen ein Grund, dem „Lockruf“ der Chemie zu folgen.

Mit den Erfahrungen von Eisenhüttenstadt, Schwedt und Hoyerswerda beschloß man, eine Neubaustadt mit industriellen Bauweisen zu errichten. Als Standort wurde nicht zuletzt wegen der günstigen lufthygienischen Situation und der Nähe zur Stadt Halle das Baugebiet westlich der Saaleaue gewählt. Aus Hal-

le-West wurde so die Chemiearbeiterstadt Halle-Neustadt, eine selbständige Stadt der Chemiearbeiter. Ein Großprojekt begann. Die Planungs- und Entscheidungskompetenz wurde zur Zentrale nach Berlin verlagert, ein Aufbaustab gegründet und ein städtebaulicher Ideenwettbewerb ausgeschrieben. Parallel dazu wurde aber der bereits geplante Bauabschnitt als erster Wohnkomplex errichtet.

Auf den Ergebnissen des städtebaulichen Wettbewerbs aufbauend, wurde dann das nachfolgende Grundkonzept realisiert.

Es beruht auf einer Gliederung in Wohnkomplexe mit eigenen Wohnkomplexzentren, Schulen und Einrichtungen der Vorschulbetreuung. Die Wohnkomplexe bestehen aus fünf- bis elfgeschossigen Plattenbauten und einigen höheren Punkthochhäusern. Die Wohnkomplexe sind um das gemeinsame „Stadtzentrum“ gruppiert, der gestalterische und funktionelle Mittelpunkt. Die Gesamtstruktur des Stadtteils wird wesentlich von Verkehrsstraßen geprägt. Von Nord nach Süd verläuft durch das Gebiet eine S-Bahn, womit eine schnelle Verbindung

zu den ehemaligen Chemiekombinaten Buna und Leuna und zum Hallenser Hauptbahnhof möglich ist. Die S-Bahn ist im Stadtzentrum unterirdisch geführt und wird dort von der in Ost-West-Richtung verlaufenden sechsspurigen „Magistrale“ gekreuzt. Über die „Magistrale“ ist Halle-Neustadt an die östlich der Saaleaue gelegenen Stadtteile und die Altstadt direkt angebunden. Neben der S-Bahn verkehren mehrere Buslinien zwischen Halle und Halle-Neustadt.

Bis 1990 war Halle-Neustadt eine eigenständige Kommune und verfügte über den Status einer kreisfreien Stadt. Nach einer Bürgerbefragung im Rahmen der Kommunalwahlen erfolgte der Zusammenschluß mit der ehemaligen Bezirkshauptstadt Halle.

Die etwa 87.000 Einwohner wohnen in ca. 35.000 Wohnungen. Je nach Typ und Alter der Wohnkomplexe schwankt die durchschnittliche Wohnungsbelegung zwischen 2,2 und 3,1 Bewohner pro Wohnung.

Probleme

Die Probleme und Defizite in Halle-Neustadt sind ähnlich wie in anderen Neubaugebieten der ehemaligen DDR:

- bautechnische Schäden an Gebäuden, Ver- und Entsorgungssystemen
- aufgrund der baulichen Typisierung bestehen funktionelle Mängel in den Wohnungen (Zuschnitt, Bauqualität, Ausstattung)
- Gestaltungs- und Nutzungsdefizite im Wohnumfeld
- Defizite im Angebot von breit gefächerten Kultur- und Freizeiteinrichtungen für die verschiedenen Altersgruppen und sozialen Schichten
- Mangel an vielfältigen Arbeitsplatzangeboten im Gebiet
- „Überflutung“ der Großsiedlung durch die rasante Verkehrsentwicklung.

Neben den aufgezählten Mängeln verfügt Halle-Neustadt aber über eine Vielzahl von Vorteilen, positiven Ansätzen und Spielräumen. Diese bestehen beispielsweise in der guten Erschließung durch öffentliche Verkehrsmittel, dem hohen Ausstattungsgrad mit Kindereinrichtungen, der noch vorhandenen sozialen Durchmischung der Bevölkerung, dem Vorhandensein großzügiger Freiräume und Brachflächen und der Lage des Gebietes innerhalb der Stadt Halle.

Potentiale

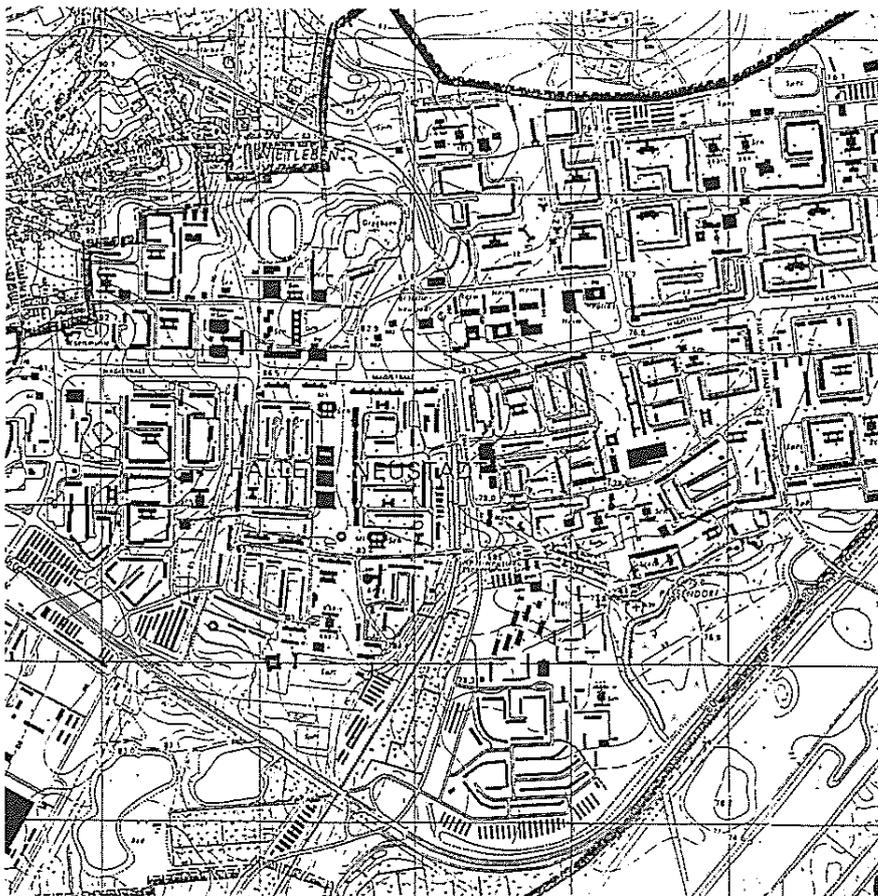
Trotz der vorhandenen städtebaulichen und infrastrukturellen Defizite ist diese Großsiedlung gegenwärtig kein soziales Problemgebiet. Die Gefahr besteht jedoch, daß sich beim Ausbleiben von spürbaren Verbesserungen auch diese Siedlung in einem schwer vorab zu beschreibenden Prozeß zu einem sozialen Problemgebiet mit großer politischer Brisanz entwickeln könnte. Aus unserer Sicht besteht keine Notwendigkeit, daß dieses Szenario eintritt. Vielmehr gibt es eine Reihe von Potentialen, die im Rahmen einer bewußt gesteuerten Weiterentwicklung von Halle-Neustadt aktiviert werden können:

- Die Meinung der Mehrheit der Bewohner zur Großsiedlung ist eindeutig besser als ihr durch die Medien vorgeprägter Ruf. Viele Bewohner haben eine hohe Verbundenheit mit ihrem Wohngebiet und sehen in der Großsiedlung eine echte Lebensperspektive.
- Die Wohnungen befinden sich alle in klaren Rechtsverhältnissen im kommunalen oder genossenschaftlichen

Eigentum und stellen damit eine wichtige Basis kommunaler Wohnungspolitik dar. Somit besteht die Möglichkeit, durch eine aktive Politik seitens der Kommune sich anbahnenden sozialen Problemen in der Großsiedlung rechtzeitig entgegenzuwirken.

- In vielen Bereichen der Großsiedlung, besonders ihren Randbereichen, bestehen erhebliche Verdichtungsmöglichkeiten oder potentielle Bauflächen. Diese könnten vor allem für die Ergänzung fehlender Funktionen genutzt werden, wie Gewerbe- und Erholungsmöglichkeiten etc. ...

Setzt man also den notwendigen Planungsvorlauf voraus, könnte bei den zweifelsfrei geklärten Eigentumsverhältnissen umgehend mit einer Verbesserung der unmittelbaren Wohnsituation durch eine sozialverträgliche Sanierung und Modernisierung der Plattenbauten und die Gestaltung des Wohnumfeldes begonnen werden. Daneben würde der Abbau vorhandener funktioneller und gestalterischer Mängel eine spürbare Verbesserung der Lebenssituation der Bewohner bewirken.



Gesamtlayout der Großsiedlung Halle-Neustadt

Schwerpunkte des Forschungsprojekts Halle-Neustadt

Das Projekt Halle-Neustadt ist Teil des Forschungsfeldes „Weiterentwicklung ostdeutscher Neubaugebiete“ im Experimentellen Wohnungs- und Städtebau und stützt sich auf drei Säulen:

1. Formulierung von sieben Forschungsbausteinen, bei denen anhand ausgewählter Themen grundlegende Fragen des Forschungsfeldes fallkonkret bearbeitet werden.
2. Schaffung von Institutionen zur Unterstützung einer eigenständigen Weiterentwicklung der Großsiedlung auf breiter demokratischer Basis. Dabei handelt es sich um die regelmäßige Durchführung von Projektwerkstätten, die als Diskussionsplattform für Kommunalpolitiker, Verwaltungsmitarbeiter, interessierte Vereine, Initiativen und Bürger dienen. Desweiteren ist ein Vor-Ort-Büro eingerichtet worden, das kleinteilige Erneuerungsaktivitäten unterstützen soll und als Mittler zwischen den verschiedenen Akteuren der Stadterneuerung fungieren kann.
3. Vermittlung von Arbeitsweisen und Ergebnissen des Forschungsprojektes und von konkreten Beispielen mittels begleitender kultureller Projekte, die zugleich eine Auseinandersetzung mit den Zielen und Wegen der angestrebten Weiterentwicklung der Großsiedlung anregen und einen Beitrag zur Stabilisierung der eigenen Identität von Halle-Neustadt haben können.

Die sieben Forschungsbausteine sind:

1. Leitbilder zu Halle-Neustadt
Aufbauend auf einer historischen Quellenanalyse werden heutige Ideen, Leitbilder, Konzepte und Planungen bei den unterschiedlichen Akteuren der Stadterneuerung ermittelt und hinterfragt. Mit der Durchführung eines offenen Rahmenplanverfahrens wird angestrebt, verschiedene Sichtweisen und Interessenlagen in bezug zur Großsiedlung transparent zu gestalten und einen Austausch darüber zu organisieren. Im Ergebnis sollen konsensfähige Grundlinien für die angestrebte Weiterentwicklung der Großsiedlung abgeleitet werden.
2. Alltagsstruktur und städtische Lebensweise
Die Lebensweise und die alltägliche Kultur in Halle-Neustadt verfügen über Besonderheiten und Spezifika, und es besteht die Frage, wie sich diese in bezug auf andere Stadtteile Halles künftig entwickeln werden. Letztendlich geht es um

das künftige Profil des Stadtteiles und die Identifikation der Bewohner mit den Vorzügen und Nachteilen der Siedlung. Es werden Notwendigkeiten und Handlungsfelder präventiver kommunaler Sozialplanung aufgezeigt.

3. Zusammenwachsen von Halle und Halle-Neustadt

Viele Randbereiche der Großsiedlung sind derzeit gestalterisch und funktionell unbefriedigend gelöst, und es besteht die Notwendigkeit, die noch aus der kommunalen Eigenständigkeit resultierende „Insellage“ von Halle-Neustadt zu überwinden. Es soll getestet werden, wie diese „verschütteten“ Teile der Siedlung als ein wichtiges Entwicklungspotential von Halle-Neustadt reaktiviert werden können und welche Entwicklungsrichtungen für ausgewählte Bereiche denkbar sind.

4. Trägerschaften für Stadterneuerung

Die konkrete bauliche und funktionelle Weiterentwicklung von Halle-Neustadt wird in unterschiedlichen Formen und auf verschiedene Weise über einen längeren Zeitraum ablaufen. Sollen dabei die Bewohner nicht als bloße Statisten abseits stehen, sondern selbst aktiv die ablaufenden Prozesse mitbestimmen, sind entsprechende Strukturen und Beteiligungsformen ihrer Mitwirkung und Beteiligung notwendig. Diese sollen entsprechend der lokalen Besonderheiten an ausgewählten Beispielen praktisch erprobt und angewendet werden.

5. Modellhafte Sanierung des Block 291

Die Wohnungsgesellschaften in der Großsiedlung haben vor, ihren Wohnungsbestand binnen kurzer Zeit komplett zu sanieren und zu modernisieren. Dabei ist noch offen, welche Formen und welche Standards für die Gesellschaften und die Mieter praktikabel sind, um die ehrgeizige Zielstellung zu realisieren. Es ist zu klären, welche Akzeptanz auf Seiten der Mieter für geplante bauliche Veränderungen besteht und wie dem Verlangen nach umfassender Einbeziehung in den Erneuerungsprozeß entsprochen werden kann.

6. Gutachterverfahren zum Stadtzentrum

Mit den Planungen für das Zentrum von Halle-Neustadt sollen Zeichen der Erneuerung und Marksteine für ein positiveres Image der Großsiedlung gesetzt werden. Durch Initiierung und Begleitung eines kooperativen Gutachterverfahrens für das Stadtzentrum soll ermittelt werden, ob unter relativ offenen Rahmenbedingungen und unter hohem Termindruck ein solches Verfahren ge-

eignet ist, zu wirklich tragfähigen Konzepten und schnell zu realisierenden Bauvorhaben zu gelangen.

7. Verkehrskonzepte

Lösungsstrategien für die Probleme des ruhenden und des fließenden Verkehrs sind an vielen Stellen der Großsiedlung dringend nötig. Dabei kann die Suche nach optimalen Lösungen jedoch nicht allein auf einen technischen und baulichen Prozeß reduziert werden, sondern sie wären hinsichtlich ihrer Wirkungen auf das alltägliche Leben in der Siedlung zu hinterfragen. An ausgewählten Beispielen werden die Bewohner frühzeitig in die Lösungsfindung einbezogen und neue Formen der Vermittlung von Planungsabsichten getestet.

Allgemeine Empfehlungen:

1. Das Bewußtsein bei lokalen Politikern und Mitarbeitern der Verwaltung für die Komplexität und Vielfalt des Tätigkeitsfeldes der Stadterneuerung in der Großsiedlung ist nur gering ausgeprägt. Es wird deshalb notwendig sein, durch eine entsprechende Forschungsstrategie und geeignete Formen der Vermittlung der Ergebnisse des Projektes die Akzeptanz des Vorhabens zu stärken.

2. Neben der zweifellos notwendigen baulichen Erneuerung und Weiterentwicklung der Großsiedlung zeigt sich, daß der Sicherung der vorhandenen sozialen Mischung oberste Priorität einzuräumen ist. Dafür sind momentan jedoch die Rahmenbedingungen und die verfügbaren Instrumente unzureichend. Zugleich sind vielfach die Auswirkungen von politischen Entscheidungen und beabsichtigten Investitionen in der Großsiedlung nicht voraus bestimmbar. Alle geplanten Maßnahmen und Aktivitäten sollten deshalb hinsichtlich ihrer möglichen Auswirkungen auf die soziale Struktur vorab überprüft werden. Für den längerfristigen Erfolg der Erneuerungsmaßnahmen sind eine Vielzahl kleinteiliger sozialer, kultureller und administrativer Maßnahmen unerlässlich.

3. Sowohl für die Bewohner der Siedlung als auch für die Mitarbeiter in Verwaltungen und Wohnungsgesellschaften ist es wichtig, daß das Image der Großsiedlung und die unmittelbare Lebensqualität verbessert werden. Es sollten möglichst schnell sichtbare Veränderungen unter Einbeziehung und Beteiligung der Bewohner in Gang gesetzt werden. Die Weiterentwicklung von Halle-Neustadt kann nur gelingen, wenn sie als ein permanenter demokratischer und kultureller Prozeß gestaltet wird.

Großsiedlungsbau in Algerien

Anspruch und Wirklichkeit der "Neuen Städtischen Wohngebiete" (ZHUN)

Mustapha Abdelli

Summary

In the first decade after the Algerian independence, public priority was given to economic investment and heavy industrialization. It was not until the seventies that the state began to develop major housing programmes in response to a continuously growing urbanization (from 25% of urban population in 1966 to 60% in 1987) and a deficit of more than 1.200.000 units. In the following decade the so-called "New Housing Zones" (ZHUN = Zone d'habitat urbain nouvelle) provided for 257 projects with more than 660.000 prefabricated housing units at the urban peripheries all over the country. Expectations were high, but results in most of the cases unsatisfactory: monotonous architecture, poor workmanship, lack of infrastructure, neglected and unused spaces in between the blocks, and a missing integration into the existing context. The author describes the evolution of these estates and he delineates the possibilities of their future development: participation of the inhabitants at all levels of decision-making; integration of additional urban functions such as social and cultural services, jobs, leisure facilities; and finally revitalization by a new economic framework in a close relationship with the existing local (and informal) activities.

In den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg haben viele der europäischen Länder einen kräftigen städtischen Wachstumsschub erlebt, ein Resultat sowohl wirtschaftlicher wie demographischer Entwicklungen. Landflucht und Wanderungsströme spitzten die Wohnungsnot in den Ballungszentren zu. Die staatlichen Verwaltungen reagierten hierauf mit verschiedenen Wohnungs- und Städtebauprogrammen. In diesem Kontext entstand das, was wir heute den "Großsiedlungsbau" nennen.

In Bezug auf Algerien gilt ähnliches für die Zeit nach der Unabhängigkeit im Jahre 1962. Da jede Anfangssituation jedoch ihre spezifischen Eigenarten aufweist, soll hier zunächst kurz auf die Gründe und die Voraussetzungen der Verstädterung in Algerien eingegangen werden, da sich nicht zuletzt daraus der Begründungszusammenhang für die Schaffung der Großsiedlungsbauten am Stadtrand ableiten läßt.

Mustapha Abdelli, Architekt, Dozent an der EPAU (Ecole Polytechnique d'Architecture et d'Urbanisme) in Algier

Redaktionelle Bearbeitung und Übertragung aus dem Französischen: Michael Peterek

Ausgangssituation

Algerien, ein Land mit einer Fläche von 2.381.741 km² (das Europa der Zwölf kommt auf ca. 2.361.000 km²), zählte im Jahre 1966 12 Mio. Einwohner, bei einer jährlichen Wachstumsrate von 3,4%. 1987 waren es schon 23,3 Mio. bei einem Wachstum von immerhin noch 3,1% pro Jahr, und für das Jahr 2000 erwartet man eine Gesamtbevölkerung von etwa 35 Millionen.

Die Wirtschaftsstruktur, wie sie von der Kolonialmacht übernommen wurde, stellte sich für den jungen Staat als verheerend heraus: fehlende Industrialisierung, mangelndes technisches und wissenschaftliches Know-how und eine Landwirtschaft, die - in Form von regionalen Monokulturen - ausschließlich auf die Metropole und den Export hin ausgerichtet war. Diese Politik der bloßen Rohstoffausbeutung hatte keinerlei verarbeitende Industrie mit Arbeitsplatzeffekten im Hinterland geschaffen. Die Folge war ein erhebliches räumliches und infrastrukturelles Ungleichgewicht zwischen dem nördlichen Küstenstreifen und den restlichen Landesteilen. Noch heute beherbergt die nördliche Region,

die nur 4% der Landesfläche umfaßt, fast 70% der Gesamtbevölkerung - der (hauptsächlich aus Wüstengebieten bestehende) Süden dagegen bei 87% Flächenanteil nur etwa 6% der Einwohner Algeriens.

1966 betrug die Verstädterungsrate landesweit 25,6%; 1977 erreichte sie bereits 40% und 1987 60%. Für die Jahrtausendwende erwartet man, daß der Anteil der städtischen Bevölkerung bei etwa 65% liegen wird.

Was die Wohnungsversorgung und die Wohnungsbaupolitik angeht, so haben diese parallel zur allgemeinen sozio-ökonomischen Entwicklung des Landes seit 1962 die folgenden vier Phasen durchlaufen:

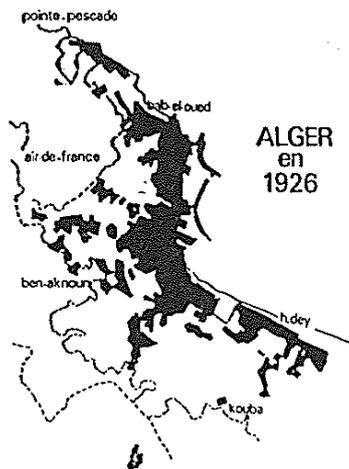
- eine Übergangsphase von 1962 bis 1969;
- eine Phase der Industrialisierung und der institutionellen Konsolidierung von 1970 bis 1979;
- eine Phase des Wirtschaftsaufbaus und der sozio-ökonomischen Analysen von 1980 bis 1989;
- die Phase der Reformen und der Neuordnung des Systems seit 1989.

In der ersten Phase ging es eigentlich nur darum, die noch vorhandenen "Baustellen" des sozialen Wohnungsbaus aus der französischen Zeit zu Ende zu führen. In der zweiten Periode gab es zum einen wichtige Reformen, welche die Entwicklung des Landes ganz wesentlich bestimmt haben: die Agrarreform von 1971, die Bildungsreform, die kostenlose Gesundheitsversorgung für jedermann... Zum anderen war diese Zeit vor allem durch "produktive" (industrielle) Investitionen geprägt, wogegen der Wohnungsbau (noch) keine all-zu hohe Priorität genoß.

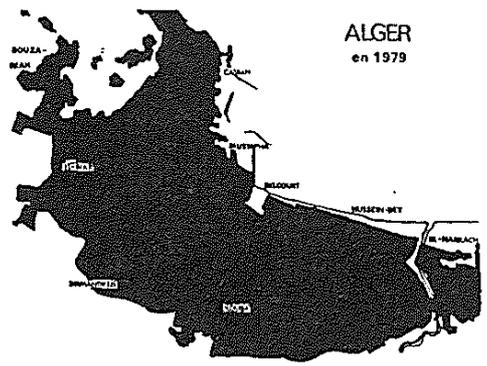
Erst in der dritten Phase wurde die Wohnungsversorgung zu einer Frage nationalen Ranges erhoben, und dies nicht



ALGER
en
1830



ALGER
en
1926



ALGER
en
1979

Wachstum der Siedlungsfläche von Algier 1830-1979

aus: Banatia (1980)

zuletzt deshalb, weil das Wohnungsdefizit Mitte der 70er Jahre auf über 1.200.000 Einheiten geschätzt wurde. Die jährliche Produktionsrate im öffentlichen Wohnungsbau lag bis dahin nur zwischen 3.000 und 10.000 Wohneinheiten, die vorrangig in "Restflächen" innerhalb der bestehenden Stadtstruktur untergebracht wurden.

Man wurde sich bewußt, daß die Verfügbarkeit derartiger Flächen innerhalb der alten Stadtzentren immer seltener wurde; gleichzeitig stellte man fest, daß bis zum Jahre 1974 lediglich 24 Städte über einen rechtskräftigen Stadtentwicklungsplan (PUD, Plan d'urbanisme directeur) bzw. einen sog. vorläufigen Stadterweiterungsplan (PUP, Périmètre d'urbanisation provisoire) verfügten.

Neue Formen der Urbanisierung

Da sich aber auch diese Pläne, dort wo sie existierten, angesichts der realen Entwicklungsdynamik der Stadt und in Anbetracht der tatsächlichen, legitimen Bedürfnisse ihrer Bewohner vielfach als wenig effektiv erwiesen (und dadurch auch immer wieder durch Ausnahmeregelungen u.ä. unterlaufen wurden), entwickelte man Mitte der 70er Jahre mit der Ausweisung der "Neuen städtischen Wohngebiete" (ZHUN = Zone d'habitat urbain nouvelle) eine Verfahrensweise, welches die Peripherie der Städte ein Jahrzehnt lang entscheidend bestimmen und vielerorts grundlegend verändern sollte. Unter diese Maßnahme fielen - durch ministerielles Dekret vom 19.2.1975 - alle Neubauvorhaben mit mehr als 1000 Wohneinheiten, später sogar ab 400 Einheiten. Insgesamt wurden auf diese Weise seit 1975 257 Projekte in 175 Städten mit einem Gesamtbauvolumen von 660.000 Wohneinheiten in Angriff genommen. Die ZHUNs

wurden zum Anwendungsfeld einer Stadtplanung, welche - mit wissenschaftlichem Anspruch - eine homogene, rationale und leistungsfähige "neue Stadt" gestalten wollte. Man träumte von zukunftsweisenden "Gartenstädten" - und hat schließlich erreicht, daß Städte praktisch jeder Größenordnung an ihrer Peripherie von tristen, gleichartigen Wohnscheiben und -türmen, ausgerichtet nach den Linien der Kranbahn, umgeben wurden.

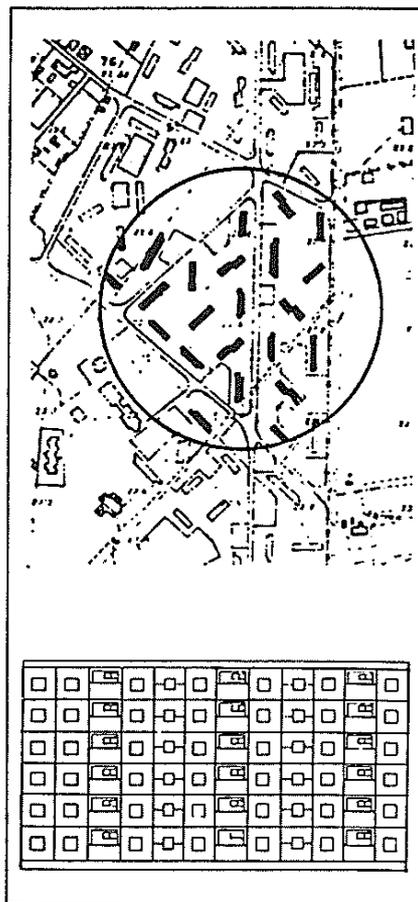
Zehn Jahre lang wurden die Stadtränder urbanisiert - und gleichzeitig die Stadtzentren einem fortschreitenden Verfall preisgegeben. Die Kluft zwischen Zentrum und Peripherie hat sich verstärkt, da man der letzteren Vorrang einräumte, angesichts fehlender Mittel, um beide zu entwickeln.

Die städtebaulich-räumlichen Ergebnisse dieser neuen Peripherie sind durch den Produktionsprozeß bedingt, der sie hervorgebracht hat; dieser und die Probleme, die sich daraus bis heute ergeben, sollen im folgenden ausführlicher dargelegt werden.

Planungsphase

Die ZHUNs wurden vorrangig an der Peripherie von Städten mit einem starken industriellen Zuwachs und einer jährlichen Urbanisierungsrate zwischen 5,6% und 8% geplant. In manchen Fällen waren ihre quantitativen Ausmaße derart groß, daß sich eine Art "Konkurrenzsituation" zum vorhandenen Ort ergab; und einige der ZHUNs wurden nach der Kommunalreform 1984 sogar in den Rang von eigenständigen Gemeinden erhoben.

Während der Planungsphase lagen die Prioritäten zu oft ausschließlich auf den infrastrukturellen Aspekten, unter Vernachlässigung der städtebaulich-räumlichen Gestaltung. Die Bebauungspläne standen in der Tradition der funktionalen Zonierung, ohne klare stadtgestalterische Festlegungen oder zumindest Zielvorstellungen zu treffen. Die zeichnerischen Aussagen blieben oberflächlich und wenig verbindlich.



Cité 1200 logements: Plan/Ansicht

Koordinationsprobleme

Da es sich bei den "Neuen Städtischen Wohngebieten", quantitativ betrachtet, immer um sehr umfangreiche Maßnahmen handelte (meist zwischen 1.000 und 8.000 Wohneinheiten), gab es eine Vielzahl von Beteiligten und sehr komplizierte Koordinationsabläufe, was sich schließlich auch auf die räumliche Qualität und die Kohärenz der Ergebnisse ausgewirkt hat.

Der ursprüngliche Ansatz, der von einer starken zentralen Koordination ausging, um eine Durchgängigkeit der Konzepte von einer "neuartigen" Form der städtischen Peripherie zu gewährleisten, wurde sehr bald in bürokratischen Verfahrensabläufen und dem Konkurrenzspiel der unterschiedlichen an der städtischen Planung beteiligten Partner aufgelöst. Derjenige, der als erster aus dem Rennen geworfen wurde, war der Entwerfer des räumlichen Umfeldes, ersetzt durch das letzte Glied der Kette, nämlich die Baufirma.

Realisierung

Das Bemühen um möglichst einfache Durchführungsbedingungen gewann eindeutig die Oberhand über jegliche qualitativen Aspekte.

Angesichts der beträchtlichen Ausmaße der Projekte waren oft mehrere Unternehmen gleichzeitig auf ein und derselben Baustelle tätig; und auch in den Fällen, in denen es sich nur um eine Baufirma handelte, führte der Einsatz eines einzigen, einheitlichen Bausystems zu einer sturen Wiederholung gleichartiger

Gebäude und zu einer tristen Monotonie ohne irgendwelche architektonischen oder städtebaulichen Bezugspunkte oder Besonderheiten.

Meist hat man diese Tatsache mit der Begründung gerechtfertigt, auf diese Weise billiger und schneller bauen zu können. In Wirklichkeit war aber vielfach genau das Gegenteil der Fall: Denn wenn eine große Baufirma ein Nachschubproblem hatte oder aus irgendwelchen anderen Gründen eine Arbeitspause einlegen mußte, dann stand gleich die gesamte Baustelle still, die Fertigstellung verzögerte sich und die Kosten stiegen. Und dies geschah häufig.

Liegegebliebene Schutt- und Schotterhügel, für die niemand mehr verantwortlich gemacht werden konnte, verliehen den Wohngebieten oft das Aussehen ewiger Baustellen oder verteuerten später unnötig die Gestaltung der Freiflächen.

Belegung

Landesweit wurde bei der ersten Volkszählung im Jahr 1966 eine durchschnittliche Belegungsdichte von 6,2 Bewohnern pro Wohneinheit ermittelt; bis 1980 stieg dieser Wert auf 8,3 und beträgt derzeit schätzungsweise 7,8. In den Stadtrand siedlungen liegt er allerdings um einiges niedriger; dies hängt von dem Belegungsmodus ab, welcher ganz offensichtlich die "bessergestellten" Bevölkerungsschichten bevorzugt hat: nämlich Angestellte des öffentlichen Dienstes und der großen staatlichen Unternehmen, deren Einkommen im allgemeinen über dem Landesdurchschnitt

liegt und deren Familiengröße eher kleiner ist.

Der große Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften in allen Bereichen (Verwaltungspersonal, Wirtschaftswissenschaftler, Lehrer, Ärzte, Ingenieure...) hat damit zu einer Privilegierung dieser Gruppen bei der Wohnungsvergabe, zu einer offensichtlichen Benachteiligung der einkommenschwächeren Schichten und einer tendenziellen sozialen Segregation geführt.

Funktionale und räumliche Probleme

Abgesehen von wenigen Versorgungseinrichtungen des täglichen Bedarfs, vielleicht einer Grundschule und hier und da eines Gesundheitszentrums fehlen in den Großsiedlungen fast alle weitergehenden städtischen Funktionen. Die Außenräume zwischen den Gebäudezeilen präsentieren sich als öde, brachliegende Flächen ohne irgendein Identifikationspotential bzw. eine legale Aneignungsmöglichkeit durch ihre Anwohner.

Die Bebauungspläne sahen große Flächenreserven für soziale Infrastruktureinrichtungen und öffentliche Grünanlagen vor. Diese Planungen von Gemeinschaftseinrichtungen und Parkanlagen wurden entweder niemals umgesetzt oder scheiterten an hohen Unterhaltungskosten, ungünstigen Klimabedingungen und auch am Verhalten der Bewohner, die sich dafür nicht verantwortlich fühlen. Die Gemeinschaft hat also keine Mittel, um diese großen Freiräume zu unterhalten und sie als Raum für soziale Kontakte zu gestalten. Paradoxerweise dürfen diese Flächen aber auch nicht von den Anwohnern privat genutzt werden.

Städtebauliche wie rechtliche Festlegungen definieren damit ein rigides System, das kaum Spielräume für Verbesserungen bietet, solange es keine grundsätzliche Veränderung der reglementierenden Normen geben wird. Diese Tatsache wiegt umso schwerer, als die durchschnittliche Dichte in diesen Großsiedlungen 60 Wohneinheiten/ha kaum übersteigt und es damit eigentlich Zwischenräume und Abstandsflächen im Übermaß gibt.

Die Situation ist noch komplizierter geworden, seitdem die Bewohner ihre Wohnungen kaufen dürfen, der Grund und Boden jedoch grundsätzlich im Besitz des Staates verbleibt. Denn dies hat dazu geführt, daß die verantwortlichen



Cité 1200 logements im Voro, Baraki, Bj. 1984

Foto: Peterek



Private Aneignung der Außen- und Zwischenräume in der Cité Baraki, 1990
Foto: Pekerek



Informeller Handel vor dem Hintergrund der "spanischen Siedlung", 1990
Foto: Pekerek

Wohnungsgesellschaften sich noch weniger um den Unterhalt der Außenräume und der Grünflächen kümmern.

Erste Anzeichen des Verfalls

Obwohl der überwiegende Teil dieser Großsiedlungen keine zwanzig Jahre alt ist, gibt es schon eindeutige Anzeichen ihres Verfalls. Ausführungsmängel beim Rohbau, beim Innenausbau und bei den Installationen zeigen deutlich ihre Spuren: Risse in der Bausubstanz, häufige Pannen bei der Stromversorgung, Schäden in den Abwasserleitungen u.a.m. Die mangelnde Berücksichtigung städtebaulicher sowie technischer Normen hat zu einer unerträglichen Diskrepanz zwischen der schlechten Qualität der Gebäude und den aktuellen Bedürfnissen ihrer Nutzer geführt.

Nicht mehr gepflegte Gemeinschaftsflächen, allgegenwärtige Graffitis, die niemand beachtet, sowie eine generelle Nachlässigkeit bei der Bauunterhaltung deuten auf ein bereits kritisches Stadium der Zerstörung hin. Dabei ist diese Vernachlässigung oft finanziell motiviert: Die Wohnungsgesellschaften hatten angesichts extrem niedriger Mieten (ca. 4-5% der Einkommen) und eines teilweisen Boykotts jeglicher Mietzahlungen nie die Möglichkeit, Rücklagen für solche Sonderausgaben anzusammeln.

Perspektiven

Abschließend sei die Frage gestellt, in welche Richtung in Zukunft Überlegungen zum Erhalt und zur Sanierung dieser Großsiedlungen an der städtischen Peripherie zielen könnten oder sollten.

Aus der Sicht der Bewohner wird es sicherlich eine der vordringlichsten Aufgaben sein, die Nutzer zukünftig an allen Entscheidungen, die ihre persönliche Wohnsituation betreffen, unmittelbar zu beteiligen. Was die Aneignung der Außenräume angeht, wird man prüfen und entscheiden müssen, inwieweit man diese den Bewohnern überlassen kann und was sinnvollerweise in öffentlicher Hand verbleiben sollte. Man wird den Rahmen und die Grenzen der privaten Initiative bestimmen müssen - und dies sowohl in bezug auf evtl. Umbauten der eigentlichen Wohnung als auch in bezug auf den Ausbau von zusätzlichen ökonomischen und sozialen Aktivitäten und Diensten im Quartier. Solche Veränderungen werden notwendigerweise nach innovativen Formen der Reglementierung und Entscheidungsfindung verlangen.

In der Tat wird die Fähigkeit dieser Stadtstrukturen, neue ökonomische und soziale Funktionen aufzunehmen, entscheidend für ihr Überleben sein. Sie schafft die Voraussetzungen dafür, daß die Bewohner hier sowohl Versorgungseinrichtungen wie auch Arbeitsplätze vorfinden und das Quartier eine neue Funktionsvielfalt gewinnt. Es wird nicht genügen, den Stadtraum zu "verschönern" - nur eine Anreicherung des urbanen Gehaltes dieser Großsiedlungen durch zusätzliche Angebote an Arbeitsstätten, Dienstleistungen, Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten wird deren Monofunktionalität und Isolation aufbrechen können.

Dazu bedarf es eines neuartigen Szenarios einer glaubwürdigen städtischen Ökonomie. Aus einer Einbindung von bisher ausgegrenzten ökonomischen

Aktivitäten in diese städtischen Räume - ein Feld für zukünftige Stadtforschung - wird sich dann vielleicht eine neue urbane Dynamik entwickeln können, welche die Stadt (den Stadtteil) charakterisiert und ihr eine Identität verleiht. Bei der Wahl der Nutzungen sollte neben dem Arbeitplatzeffekt und der Stimulierung von Aktivitäten auch die kulturelle Dimension nicht vergessen werden als wichtiger Faktor einer Erneuerung sowohl in räumlicher als auch in sozialer Hinsicht. Man wird sich dabei auf den jeweiligen Ort in seiner jeweiligen Zeit besinnen und beziehen müssen, denn die Chance, leistungsfähige, neue ökonomische Strukturen aufzubauen, wird nur in einer engen Symbiose mit der vorhandenen lokalen (und weitgehend "informellen") Ökonomie, die am besten auf die alltäglichen Bedürfnisse antwortet, gegeben sein.

Die derzeitige Situation der peripheren Stadtquartiere macht einen eigenständigen und neuartigen ökonomischen Ansatz erforderlich: Sie fordert uns heraus, zukunftssträchtige Wirtschaftsweisen und -produkte einer Gesellschaft des 21. Jahrhunderts vorzudenken und in Angriff zu nehmen. Sie fordert von uns zugleich die Schaffung eines sozialen Stadtraums in Übereinstimmung mit der architektonischen Dimension dieser Orte. Von der Qualität unserer Antworten auf diese Herausforderung wird die Zukunft unserer städtischen Zivilisation abhängen.

Von der Casbah zur "Platte"

Veränderungen im städtischen Habitat von Algier

Michael Peterek

Summary

Public housing estates with prefabricated high-rise blocks characterize today's image of Algiers' urban periphery: a legacy of a period of centralized, "socialist" housing programmes, especially in the decade between 1975 and 1985. These estates do not fit in either architecturally, functionally or culturally with the existing urban patterns. Their characteristics and actual conditions as well as future prospects of a possible "revitalization" are discussed against the background of the historical evolution of housing paradigms in Algiers: the Islamic "casbah", the colonial extensions, social housing schemes of the French period, public housing after the Algerian independence, and, last but not least, the growing "roadside" urbanization and informal developments.

Großsiedlungsbau und "Platten"architektur prägen heute, soweit der Blick reicht, das Bild der städtischen Peripherie um Algier herum. Es ist die Hinterlassenschaft einer Epoche der zentralgesteuerten, "sozialistischen" Wohnungsver-sorgung, insbesondere der Dekade von 1975 bis 1985: einer Zeit, in der man glaubte, durch die Übernahme scheinbar universell gültiger Leitbilder (einschließlich ihrer industriellen Produktionsweise) das Wohnungsproblem auf definitive Weise lösen zu können. Die Bilder gleichen sich, so daß man kaum noch zu unterscheiden vermag, ob man sich in Warschau, Caracas, Abidjan oder eben Algier befindet. Mit dem Kontext der historisch gewachsenen Stadt

Michael Peterek, Dipl.Ing. Architekt, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Städtebau der Universität Karlsruhe, 1989-91 Beratung der EPAU-Hochschule in Algier im Aufbaustudiengang "Stadtplanung"

hat dies (hier wie auch in vielen anderen Städten der sog. Dritten, aber auch der Ersten und der Zweiten Welt) wenig zu tun - weder räumlich noch sozial oder kulturell. Nichts steht dem traditionellen Wohnmodell, wie es heute noch im städtebaulichen und stadträumlichen Gefüge der Casbah ablesbar ist, konträrer gegenüber als diese nach rein fertigungstechnischen Kriterien addierten Wohneinheiten und multiplizierten Zeilen.

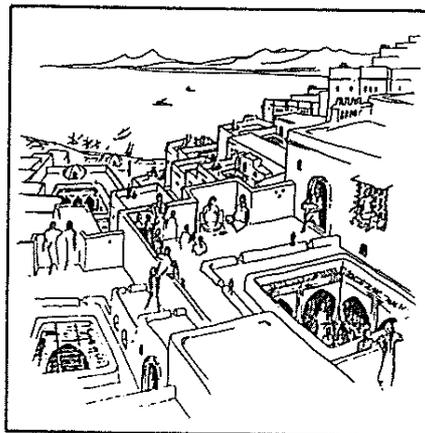
Dennoch: In Algier sind solche Disparitäten keine neue Erscheinung unserer Zeit. Wie auch andere Metropolen des maghrebischen Raums ist diese Stadt seit jeher geprägt durch das Zusammen-treffen unterschiedlichster Kulturformen und Lebensmodelle, die in der räumlichen Struktur der Stadt ihr Abbild fanden: islamische Tradition, französische Hegemonie, sozialistische Doktrin... Immer wieder wurden - sozialräumlich betrachtet - Wohnungen von anderen Gruppen genutzt als denjenigen, für deren Bedürfnisse sie eigentlich konzipiert waren: Dies gilt für die umfangreiche koloniale Wohnbausubstanz (nach der Unabhängigkeit wurden 1962 innerhalb weniger Wochen mehr als 100.000 leerstehende "europäische" Wohnungen

von der algerischen Bevölkerung übernommen) ebenso wie für den "sozialen Wohnungsbau" der französischen Zeit, wie auch für die Großsiedlungen der jüngsten Epoche, als letztes in der Reihe dieser - vornehmlich aus dem westeuropäischen Kontext - übertragenen "Leitbilder". Dabei wurden von den Bewohnern immer wieder neue Formen der Aneignung und Anpassung der jeweiligen Bau- und Raumstrukturen an die spezifische Lebensweise entwickelt.¹

Dieser Wandel der vorherrschenden städtebaulich-räumlichen Paradigmen und deren sozialkulturelle Implikationen sollen im folgenden näher beleuchtet werden.

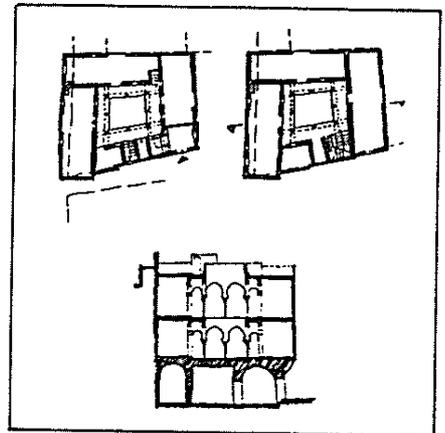
Das traditionelle Modell

In der arabischen Altstadt, der Casbah, von der UNESCO zum Weltkulturgut der Menschheit erklärt, lassen sich die grundlegenden Bestimmungsmomente des traditionellen Wohngefüges noch gut ablesen: eine niedriggeschossige, horizontal vernetzte Struktur mit einem verästelten, hierarchischen Wege- und Erschließungsnetz; eine flächendecken-



Die Casbah von Algier

aus: Ravéreau (1989)



Hofhaus in der Casbah

aus: Institut Francais (1984)

de Inanspruchnahme des städtischen Raums durch private, gemeinschaftliche und öffentliche Nutzungen, so daß es keinerlei "Restflächen" gibt; eine funktionale Mischung im Quartier, in dem sich die Gesamtheit aller Lebenszusammenhänge (Wohnen, Arbeiten, Versorgung, Religion und Kultur...) abspielt. Großfamilie und Sippe haben hier, als soziale Strukturen, von jeher auch die räumliche Organisation der Lebensbereiche bestimmt. Besonders deutlich kommt dieses im traditionellen Typ des Hofhauses, als dem primären "Baustein" der Stadtstruktur, zum Ausdruck: introvertiert (in der nach außen weitgehend geschlossenen Fassade tritt nur die Eingangstür als vermittelndes Element hervor), räumt es dem Schutz der Privatsphäre vorrangige Priorität ein; der Innenhof (auch kleinklimatisch von Bedeutung) bildet den Mittelpunkt des alltäglichen familiären Lebens (umgeben von weitgehend nutzungsneutralen Räumen); und die Dachterrasse(n)landschaft schafft die Voraussetzung für eine zweite räumliche Ebene einer halbprivaten nachbarschaftlichen Kommunikation (insbesondere der Frauen).



Algier: die Uferfront

Foto: Ribbeck

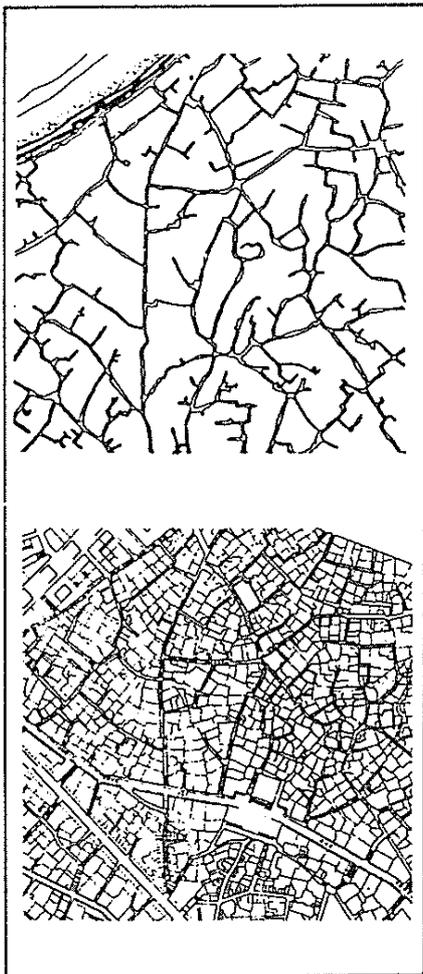
Dieses "Modell" ist heute zwar noch immer funktionsfähig, aber in mehrerer Hinsicht gefährdet - in erster Linie durch die katastrophale Überbelegung der historischen Bausubstanz: Die gleiche Fläche, auf der 1830, zum Zeitpunkt der französischen Eroberung, 30.000 Menschen lebten, beherbergte 1977 offiziell 70.000 und nach inoffiziellen Schätzungen bis zu 150.000 (!) Einwohner (Benatia, 1980, S.39). Die Folge ist, daß das einzelne Hofhaus, das ursprünglich von einer einzigen (Groß-)Familie belegt war, nun von einer Vielzahl von Parteien (die zum Teil in keinem Verwandtschafts-, sondern einem Untermietverhältnis zueinander stehen) genutzt wird (eine Familie pro Raum), was schwerwiegende soziale Probleme und Konflikte mit sich bringt. Ein zweiter Aspekt ist der akute Verfall der Bausubstanz: Seit der Unabhängigkeit sind mehr als 1000 historische Häuser eingestürzt und ca. 2000 Familien in Neubaukomplexe an der städtischen Peripherie umgesiedelt worden. Probleme bereiten darüberhinaus, wie in allen Altstadtquartieren ähnlicher Struktur,² die gravierenden Defizite in Bezug auf eine Ausstattung mit "modernen", heute fast selbstverständlich gewordenen technischen Infrastruktursystemen (Wasser und Abwasser, sanitäre Ausstattung, Zufahrts- und Parkierungsmöglichkeiten u.a.), was auch teilweise zu generellen Akzeptanzproblemen dieses Wohnmodells, insbesondere bei der jüngeren Generation, führt.³ Dennoch bleibt die Casbah mit ihrer sozialräumlichen Integrationskraft nach wie vor eine wichtige Anlaufstelle für nachziehende Bevölkerungsgruppen, insbesondere aus traditionell ländlichen Regionen.⁴

Die koloniale Stadt

Mit Ankunft der Franzosen (1830) wurde das introvertierte Muster des traditionellen Stadtgefüges ein erstes Mal empfindlich verletzt (rücksichtslose Durchbrüche im unteren Teil der Casbah) bzw. in einer völlig anderen Form großmaßstäblich erweitert. Die koloniale Stadt betont fortan den repräsentativen Charakter des städtischen Raums: Die Wohnung orientiert sich nach außen (mit Balkonen, "französischen Fenstern", wohlgestalteten Fassaden), der öffentliche Raum wird monumentalisiert und durch Plätze, breite Straßen, Boulevards und Arkaden durchgängig strukturiert und erlebbar gemacht. Besonders deutlich wird dieser Paradigmenwechsel in der neuen, schon weit vom Meer aus sichtbaren Uferfront.

Sozialer Wohnungsbau der französischen Stadt

Noch weit bis in die erste Hälfte unseres Jahrhunderts hinein war Algier eine überwiegend von Franzosen bewohnte Stadt: So standen z.B. im Jahre 1911 125.000 europäischen nur ca. 38.000 algerische Einwohner gegenüber. Die restriktive Zugangspolitik ließ sich aber nach dem Zweiten Weltkrieg angesichts eines durch Mechanisierung der Landwirtschaft und beginnende Industrialisierung des Küstenstreifens immer stärker werdenden Zustroms von verarmten Bevölkerungsschichten nicht länger aufrechterhalten: Kurz vor der Unabhängigkeit waren es schon 560.000 Algerier und 320.000 Franzosen. Die Wohnungsfrage war damit zu einem gravierenden



Teile der Casbah, vor und nach den kolonialen Eingriffen aus: Deluz



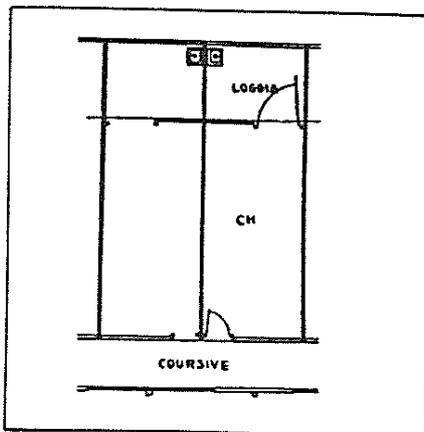
Cité Diar el Mahçoul, Bj. 1955

Foto: Peterek

städtischen Problem geworden, daß sich nicht länger allein in Barackensiedlungen auffangen ließ.

Während international renommierte Architekten unter Ausnutzung der einmaligen topographischen Lage an der steil abfallenden Bucht von Algier auf dem Reißbrett anspruchsvolle Projekte eines "fortschrittlichen" Wohnens entwarfen (etwa Le Corbusiers Obus-Plan von 1931 oder auch seine Vorschläge für eine der spezifischen Hangsituation angepaßte Modifikation der Unité d'habitation, 1933), mußten sich die algerischen Großfamilien - in den besten Fällen - mit Minimalunterkünften von 30-35 qm oder sogar Einraumwohnungen von nicht mehr als 18-20 qm zufriedengeben.

Zu den wenigen Beispielen, bei denen, zumindest ansatzweise, der Versuch einer stärkeren Integration unternommen wurde, zählt der auch städtebaulich sehr



'Sozialer Wohnungsbau' für Algier, 1959
aus: Deluz (1988)

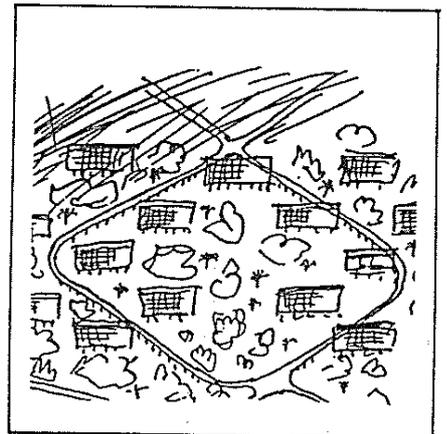
anspruchsvolle Wohnkomplex Diar el Mahçoul (1955) des Architekten Fernand Pouillon. Doch selbst dort sind die Wohnungen der Europäer zum Meer hin orientiert und durch eine abwechslungsreiche Freiraumgestaltung mit Plätzen, Treppenanlagen etc. aufgewertet, während die für die Algerier bestimmten Bauten sich in einer dahinterliegenden Senke befinden, mit Blick auf die Stadt-
autobahn.

Nach der Unabhängigkeit

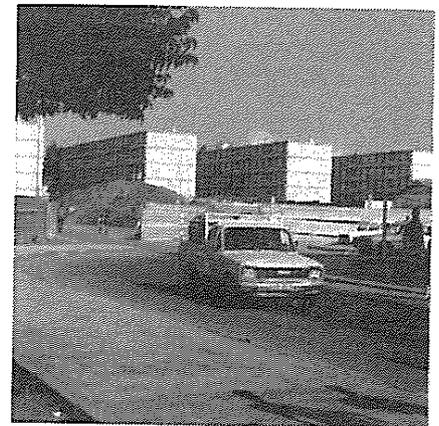
Zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit war Algier - im physischen Erscheinungsbild wie auch im funktionalen Gefüge - eine weitgehend nach französischen "Bedürfnissen" strukturierte Stadt. Nachdem mehr als 300.000 Franzosen die Stadt verlassen hatten, wurde die koloniale Wohnbausubstanz innerhalb kürzester Zeit vorwiegend von durch den Krieg entwurzelten Zuwanderern vom Lande, ohne jegliche städtische Lebenserfahrung, übernommen. (Bemerkenswert ist, daß diejenigen, die schon in der Stadt - in Barackensiedlungen und Notunterkünften - wohnten, nicht den "Sprung" in die "wertvollere" Wohnbausubstanz unternahmen, sondern dort, wo sie waren, auch blieben.) Wohnungen, die zuvor von drei bis vier Personen bewohnt worden waren, wurden nun von Großfamilien mit acht bis zehn Mitgliedern genutzt; es entwickelten sich überwiegend "zufällige" Nachbarschaften und ein offensichtlich schwerfälliger Anpassungsprozeß an die nach außen hin orientierten Wohnungen mit ihren funktionspezifischen Raumschnitten.⁵ Überbelegung, mangelnder Unter-

halt und fehlende Vertrautheit mit den neuen städtischen Lebensformen führten zwangsläufig zu einem rapiden Verfall dieser Wohnbausubstanz, der bis heute im Straßenbild von Algier deutliche Spuren zeigt.

Mit dem Wohnungsbaugesetz von 1964 übernahm schließlich der algerische Staat den Besitz und die Kontrolle (mittels der Einführung eines regulären Mietpreissystems) über die sog. "verlassenen Güter", was insbesondere in den "besseren" Vierteln der Innenstadt zu ersten Verdrängungsprozessen (Belegung der Wohnungen durch mittlere bis höhere Staatsangestellte) und dann nach und nach zu einer weitgehenden "sozialen Re-Hierarchisierung"⁶ des Stadtgefüges führte. Heute zählen diese "französischen" Viertel - insbesondere bei der jungen, intellektuellen Mittelschicht (Akademikerfamilien mit wenigen Kindern und eher "modernisierungs-" denn traditionsbestrebt) - zu den beliebtesten Wohnquartieren.



Le Corbusier: Projekt einer Wohnsiedlung in Nemours/Algier, 1934



Cité Badjarah, Bj. 1976

Foto: Peterek

Großsiedlungsbau als nationale Aufgabe

Im ersten Jahrzehnt nach der Unabhängigkeit (und insbesondere seit der Machtübernahme durch Boumedienne, 1965) waren die wirtschaftlichen Bemühungen vorrangig auf den Ausbau der Schwerindustrie konzentriert; "soziale" Investitionen in den Wohnungsbau wurden zunächst kaum getätigt. Die zunehmende Konzentration von industriellen Arbeitsplätzen in den Städten trug aber ihrerseits zu einem beschleunigten Verstärkerungsdruck bei: Die Urbanisierungsrate stieg an, während sich das Verhältnis von Wohneinheiten je Arbeitsplatz kontinuierlich verschlechterte - im Landesdurchschnitt von 1,04 Wohneinheiten je Arbeitsplatz im Jahre 1966 auf 0,77 im Jahre 1978 (Lesbet, 1990, S.257f.).

Die Bewältigung der Wohnungskrise wurde damit - zu Beginn der 70er Jahre - zu einer Aufgabe von "nationalem Interesse", die man glaubte, durch zentralisierte, staatliche Versorgungsmuster in den Griff bekommen zu können. Das städtebaulich-räumliche Paradigma, auf das man dabei zurückgriff, war ein erneutes Mal ein von außen "importiertes": die Großsiedlung im Grünen als das europäische Modell der "modernen" (Wohn-)Stadt - oder das Vorstellungsbild vom "Turm im Park", mitentscheidend geprägt von den "vertikalen" Stadtbaukonzepten Le Corbusiers, aber nicht nur klimatisch, sondern auch sozio-kulturell völlig unangebracht im spezifisch nordafrikanisch-islamischen Kontext. (Bezeichnend ist dabei, daß dieses Leitbild auch dann nicht in Frage gestellt oder zumindest modifiziert wurde, nachdem die Planungskompetenz weitgehend in algerische Hände übergegangen war; 1972 verließen die ersten im Lande selbst ausgebildeten Architekten die EPAU-Hochschule in Algier.)

Als Durchführungsmodus dieser Großsiedlungen etablierte sich ab 1975 die Ausweisung der sog. "Neuen Städtischen Wohngebiete" (ZHUN = Zone d'habitat urbain nouvelle). In Wirklichkeit kann man diesen jedoch kaum einen "städtischen" Charakter zusprechen, sondern es blieben weitgehend isolierte und untereinander unkoordinierte Maßnahmen, eher "wahllos" an der städtischen Peripherie verteilt, verkehrsmäßig oftmals schlecht angebunden, ohne ablesbare und räumlich erlebbare Bezüge zur vorhandenen Stadt und ohne Einbindung in die umgebende Landschaft. Man findet die gleichen "eigenschaftslosen" Siedlungen ebenso am Stadtrand

von Algier wie in den 2000 km südlich gelegenen Sahara-Oasen! (Zu den ZHUNs siehe auch den Beitrag von Mustapha Abdelli in diesem TRIALOG-Heft)

Mit dem räumlichen hatte man gleichzeitig auch das produktionstechnische Paradigma "eingekauft": eine industriell vorgefertigte Bauweise, mit der man hoffte, einheitlicher (und damit, gemäß der "sozialistischen" Grundhaltung, auch in sozialer Hinsicht angeblich "egalitärer"), schneller und billiger produzieren zu können. Erwartungen, die sich selten erfüllt haben: Die durchschnittliche Bauzeit einer Großsiedlungswohnung betrug in Algier z.B. 4 Jahre!

In einer ersten Phase versuchte man es mit dem Aufbau von eigenen, schwerindustriellen "Platten"fabriken, z.B. auf der

fertigen Komplexen": So kann man sich heute an der weitgehend gesichtslosen Peripherie von Algier z.B. anhand der "dänischen", der "spanischen"... und anderen Siedlungen orientieren. Die Ergebnisse sind in allen Fällen auf ähnliche Weise ernüchternd: ein unangepaßter Standardgrundriß der typisch (west)europäischen Sozialwohnung mit drei funktional zugeschnittenen Zimmern, kleiner Küche und knapp 65qm Grundfläche,⁷ ausstattungsmäßig auf ein karges Minimum reduziert; ungestaltete und ungenutzte, triste Außen- und Zwischenräume (die eben kein Bestandteil der "schlüsselfertigen" Leistung waren); eine isolierte Lage im städtischen Kontext und eine mangelhafte, wenn nicht gänzlich fehlende Versorgung mit Dienstleistungen und sozialer Infrastruktur.



Cité Ain Nadja, Bj. 1981

Foto: Peterek

Basis von Produktionslizenzen für "Großtafeln" aus den osteuropäischen Ländern - mit der Folge, daß sich die Siedlungen, hier wie dort, bis zur Verwechslung ähnlich sehen. Selbst die Beauftragung von internationalen Star-Architekten wie etwa Ricardo Bofill (geschehen in der Cité Ain Nadja, 1981) wird damit zur bloßen "Fassaden-Dekoration" und einer potemkinschen "Kulissenmalerei": Denn hinter der wohlgefälligen Inszenierung verbergen sich die gleichen, standardisierten und gestapelten Einheiten wie 1000fach anderswo auch.

Angesichts der mangelnden Leistungsfähigkeit der einheimischen Bauindustrie beauftragte man - in einer zweiten Phase - zusätzlich ausländische Unternehmen mit der Erstellung von "schlüssel-

Hinzu kam eine Zuteilungspolitik, die sozial unausgewogen war, indem sie den beim Aufbau von Wirtschaft und Verwaltung benötigten Funktionären und Fachkräften des staatlichen und halbstaatlichen Sektors weitgehenden Vorrang vor den unteren, beruflich zumeist nicht qualifizierten Einkommensschichten einräumte (mit Ausnahme von wenigen Sondergruppen, etwa den Umsiedlern aus der Casbah oder den auf dem Arbeitsmarkt schon integrierten Bewohnern einiger der geräumten bidonvilles).⁸

Attraktiv war dieses Wohnungsangebot vor allem wegen der hier fast vernachlässigbar geringen Mieten, solange der Staat diesen (privilegierten) Wohnungsbau mit hohen Mitteln zu subventionieren bereit war.

Zum heutigen Umgang mit den Großsiedlungen

Wesentliche Veränderungen setzten erst mit der neuen Verfassung von 1986 ein: Mit der fortschreitenden Liberalisierung des privaten Sektors und den Dezentralisierungsbestrebungen auf allen Ebenen des sozialen, politischen und ökonomischen Lebens begann gleichzeitig auch ein schrittweiser (und inzwischen fast vollständiger) Rückzug des Staates aus seiner zentralen Verantwortung für den Wohnungsbau.

Neue staatliche Siedlungsprojekte werden längst nicht mehr in Angriff genommen, und der aufgelaufene Wohnungsbestand soll nun, soweit eben möglich, "verkauft" werden - was sowohl den "Altbestand" betrifft (mit, verständlicherweise, geringer Resonanz bei den bisherigen Mietern angesichts der zu erwartenden enormen Folge- und Unterhaltskosten dieser Wohngebiete) als auch die große Zahl der noch immer nicht fertiggestellten Wohneinheiten überall an der Peripherie: Diese werden nun plötzlich als "Ausbauwohnungen" deklariert, als ein "Mitbestimmungsmodell", bei dem sich die zukünftigen Nutzer ihre jeweilige Wohnung im Innenausbau (Anstrich, Schreinerarbeiten, Sanitär- und Elektroausstattung und -installation) nach eigenen Wünschen und Geschmack selber fertigstellen könnten (bei einem, man beachte, unverminderten Kaufpreis!)... Mit wirklicher Mitbestimmung hat dieses natürlich überhaupt nichts zu tun: Es ist vielmehr als die endgültige Bankrotterklärung eines staatlichen Versorgungssystems zu werten, dem es sogar nicht mehr gelingt (sei es aus ökonomischen, sei es vor allem auch aus organisatorischen Gründen) schon angelaufene bzw. im Rohbau erstellte Maßnahmen zu vollenden.

Ebenso wird man auf Verbesserungen und "Sanierungen" im Wohnumfeld und im infrastrukturellen Bereich seitens der öffentlichen Hand noch lange Zeit vergeblich warten müssen. Eigentlich wurden diese Siedlungen, von ihrer Entstehung an, immer erst durch informelle und - streng genommen - "illegale" Maßnahmen (der Aneignung der ungestalteten Außenräume, der Versorgung mit Dingen des täglichen Bedarfs etc.) erträglich und bewohnbar gemacht, Maßnahmen, die offiziell zwar verboten waren, inoffiziell aber - angesichts der augenscheinlichen Notstände - vielfach toleriert wurden. Heute haben sich diese Aktivitäten offensichtlich noch verstärkt; auf der "inoffiziellen" bis "halblegalen" Ebene spielen sich derzeit wohl die vi-



Illegale Siedlung

Foto: Peterek

talsten Entwicklungen innerhalb der Großsiedlungen ab: bis hin zu regelrechten Verdichtungs- und "Re-Urbanisierungs"prozessen (vielfach durch Kleingewerbe, Dienstleistungen, Handel), welche (z.B. ganz deutlich in der Cité 1200 logements im Vorort Barakî) damit beginnen, die vorhandenen weitläufigen Zwischen- und Abstandsflächen in Besitz zu nehmen.

So sinnvoll und notwendig derartige "Verdichtungsmaßnahmen", räumlich wie funktional, auch sein mögen (denn letztendlich werden sich diese Quartiere nur durch die Einbindung zusätzlicher Nutzungen in Form von Handel, Gewerbe, Kultur u.a. "revitalisieren" lassen), so problematisch ist dennoch ihr unkoordinierter, sozusagen "anarchischer" Ablauf. Damit soll kein Plädoyer für eine Rückkehr zur Allmacht des Planers erhoben werden - aber für eine Entwicklung von neuen Regularien der Nutzerbeteiligung und einer "sozialen" Entscheidungsfindung, welche im Einvernehmen mit den Bewohnern und ihren legitimen Interessen und Ansprüchen Inhalte, Spielräume und Grenzen der Quartiersentwicklung festlegen kann.

Nach den Großsiedlungen...

Die Agglomeration von Algier hat heute schätzungsweise 3 Mio. Einwohner; die urbane Bevölkerung wächst immer noch schneller als der Wohnungsbestand. Landesweit rechnet man derzeit mit einem Fehlbedarf von über 1,5 Mio. Wohneinheiten - und um die Belegungsrate auf "nur" 7 EW/Wohneinheit zu drücken, bräuchte man weitere 500.000 (Lesbet, 1990, S.269).

Fünfzehn Jahre zentral gelenkter, staatlicher Großsiedlungsbau haben die Wohnungskrise (trotz landesweit immerhin beachtlicher Neubauziffern) weder quantitativ noch qualitativ entscheidend bekämpfen können. Doch das, was sich nun anschließt, verspricht - derzeit zumindest - kaum größere Aussichten auf Erfolg. Man hat das Kind wohl mit dem Bade ausgeschüttet: Nachdem sich der Staat aus seiner sozialen Fürsorgepflicht zurückgezogen hat, wird nun wiederum alles dem freien Spiel der Kräfte des Marktes überlassen, mit der zwangsläufigen Folge einer weiterhin schwerwiegenden Unterversorgung gerade der einkommensschwächsten Schichten und einer sich tendenziell noch verstärkenden sozialen Segregation. Zwei wesentliche Versorgungsmuster bestimmen heute den "freien" Markt:

Zum einen ist dies die Ausweisung kommunaler Bauparzellen für den individuellen, freistehenden Einfamilienhausbau (die es übrigens, in begrenzter Form, seit Mitte der 70er Jahre gegeben hat). Angesichts der relativen Größe der Parzellen (ca. 500-600 qm), bei entsprechend geringer Dichte, findet damit wieder einmal eine indirekte Subventionierung eines Wohnungsbaus höheren Standards für wenige Privilegierte statt; so wie die (spärlich vorhandenen) kommunalen Parzellen derzeit ausgewiesen und zugeteilt werden, stellen sie keine wirkliche "Demokratisierung" der Wohnungsversorgung für breite Bevölkerungsschichten dar.

Zum anderen resultiert daraus eine beschleunigte Zunahme des "illegalen" Bauens, vorrangig in den verstädterten

Randgemeinden, schon jenseits der Großsiedlungen, auf vormals landwirtschaftlich genutztem Boden, ca. 8 bis 15 km vom Stadtzentrum entfernt. Allein für 1988 gehen die Schätzungen von landesweit über 300.000 illegal errichteten Wohneinheiten aus (Lesbet, 1990, S.265). Informelle Siedlungen hat es in Algier schon immer gegeben, lange Zeit wurden sie totgeschwiegen, zum Teil auch massiv unterdrückt (so z.B. bei den großen Räumungs- bzw. Rückführungsaktionen von über 100.000 Menschen in den Jahren 1983 bis 1986),⁹ doch heute wird ihre Existenz zu einer nicht mehr zu leugnenden städtischen Realität und zur Bewährungsprobe einer Stadtplanung, die längst nur noch reagieren, statt voraussehen kann. "Informelle" Siedlungen sind heute keine bidonvilles mehr, sondern regelrechte "Mittelstandsquartiere": Auch hier können, angesichts der enorm gestiegenen Grundstücks- und Materialpreise, in den meisten Fällen höchstens noch mittlere Einkommensschichten (Händler, Handwerker, sonstige "Freiberufler"...) bauen. Ohne staatliche Eingriffe, zumindest in den Bodenmarkt, wird es daher auch in Zukunft nicht möglich sein, daß sich die wirtschaftlich Schwachen selbstständig auf dem freien Markt versorgen.

Bemerkenswert ist, daß sich der informelle Wohnungsbau dort, wo es sich nicht um freistehende Häuser, sondern um geschlossene Quartiere handelt, durchaus wieder an eher konventionellen Raummustern einer "horizontal vernetzten" (statt "vertikal" strukturierten) Stadt orientiert: individuelle Parzellierung und straßenbegleitende Bebauung, mittlere bis höhere Dichten (bis zu vier Geschosse auf 200-400 qm Grundstücksfläche), Abgrenzung privatheitsorientierter Innenbereiche durch Gebäude und Mauern... Auch wenn die offizielle Planung hiervon noch kaum Kenntnis genommen hat, deutet sich damit ein erneuter, offensichtlicher Paradigmenwechsel in Richtung einer "urbaneren" Stadt an.

Ausblick

Die augenblickliche Situation stimmt düster. Hoffnungen auf "alternative" Ansätze, wie sie noch vor wenigen Jahren in einem verheißungsvollen Bericht über den algerischen Wohnungsbau geäußert wurden (Opitz, 1984), scheinen derzeit (noch?) nicht einlösbar zu sein. Dennoch liegt in ihnen wohl die einzige zukunftssträchtige Perspektive eines "sozialen" und ökonomisch erschwinglichen Wohnungsbaus für die benachteiligten

Gruppen: öffentlich geförderte kleinräumige, dezentrale und kooperative Versorgungsmodelle, welche vielfältige individuelle und gemeinschaftliche Ressourcen nutzbar machen können. Anknüpfungspunkte dafür gibt es durchaus: sei es in traditionellen genossenschaftsähnlichen Strukturen, sei es einigen Selbsthilfe-Projekten des Exilrussen Anatole Kopp kurz nach der Unabhängigkeit (1963-67 in Algier und Oran), sei es in den von der Forschungsgruppe CRAU Ende der 70er Jahre in Algier angedachten Partizipationsmodellen...¹⁰ Ein Aufarbeitung dieser Erfahrungen steht bis heute noch aus ("Wohnungsbau" ist derzeit, selbst an den Hochschulen, kein attraktives "Thema") - sie könnte allerdings durchaus wichtige Anregungen für eine eigenständige, sozial und kulturell angepaßte Entwicklung des algerischen Habitats liefern.

Anmerkungen

1 Zu den Anpassungsformen einer nach europäischen Leitbildern errichteten Großsiedlung an die lokalen Gebrauchsweisen und Bedürfnisse siehe z.B. das aufschlußreiche Kapitel über "Zaynum, eine neuzeitliche Sozialbau-Siedlung" in: Christians; Greger; Steinberg: Architektur und Stadtgestalt in Kairo. Die Bedeutung der Tradition für die Gegenwart, Berlin 1987, S.226-296

2 Verwiesen sei hier z.B. auf die ebenfalls von der UNESCO (und demnächst auch von der deutschen Entwicklungszusammenarbeit) unterstützten Bemühungen um den Erhalt der arabischen Altstadt von Aleppo mit ähnlichen Problemstellungen. Siehe dazu: Bianca, Stefano u.a., The Conservation of the Old City of Aleppo, Technical Report, UNESCO 1980

3 Auf die spannende Frage, inwieweit eine generelle Akzeptanz des traditionellen Architektur- und Stadtbaumodells heute überhaupt noch gegeben sei, kann im Rahmen dieses Beitrags sicherlich keine endgültige Antwort formuliert werden; dazu bedürfte es weitergehender, vertiefter Studien, die vermutlich sehr unterschiedliche Ergebnisse je nach gesellschaftlichem, beruflichem und persönlichem Status der Betroffenen mit sich bringen würden. Die persönliche Meinung des Verfassers ist jedoch, daß das überlieferte Siedlungsmuster durchaus Potentiale (der städtischen Raumbildung, der Orientierung, der inneren Wohnungsdisposition etc.) in sich birgt, welche - in einer zwangsläufig modifizierten und auf die heutigen Bedürfnisse reagierenden Form - eine eigenständige und sozial, kulturell wie auch klimatisch besser "angepaßte" Alternative ausmachen könnten als die kritiklose Übernahme westlicher Leitbilder. (Inwieweit man letztere überhaupt noch verhindern kann, ist eine andere Frage: Als Planer sollte man aber zumindest Gegenmodelle konzipieren und vorschlagen.) Zu ähnlichen Schlußfolgerungen kommt übrigens auch die schon erwähnte, sehr fundierte Untersuchung des islamisch-arabischen Wohnens von Christians, Greger und Steinberg in ihren abschließenden "Empfehlungen" (a.a.O., S.373-407) ebenso wie Djaffar Lesbet (1985), der als Fazit seiner Beschäftigung mit der Casbah, vielleicht allzu emphatisch, schreibt: "Die lokale

traditionelle Konzeption dieser Häuser entspricht am besten der algerischen Lebensweise... Die Casbah ist auch ein städtebauliches Modell, das eine wirkliche Alternative zu den neuen Siedlungen bieten kann." (zit. nach Deluz, 1988, S.119)

4 So vermerkt z.B. Lesbet (1990, S.263), daß jeder Umzug von Casbah-Bewohnern in Neubauquartiere am Stadtrand fast automatisch zu einem Nachzug von neuen "Zuwanderern vom Lande, gebildet von den hellen Lichtern der Großstadt", führe und sich somit die Einwohnerzahl und -dichte praktisch nicht verringerten.

5 Zu den Umständen der Übernahme der "französischen" Wohnungen durch die algerische Bevölkerung sowie den damit verbundenen Anpassungsmechanismen siehe insbesondere: Lesbet, 1990, S.253ff.

6 Begriffsprägung nach Benatia (1980); siehe dazu außerdem: Sgroi-Dufresne, 1986, S.133f.

7 Die durchschnittliche Wohnfläche in den Neubauquartieren betrug (nach den Technischen Vorschriften für den Sozialen Wohnungsbau vom 7. September 1981) 50qm für eine 2-Zimmer-Wohnung, 64 qm für eine 3-Zimmer-Wohnung sowie 82 qm für eine 4-Zimmer-Wohnung; 85% der realisierten Wohneinheiten sollten dabei 3-Zimmer-Wohnungen sein.

8 So vermerkt etwa Mutin (1986, S.313), daß bei der Entscheidung, ob eine Familie nach der Räumung ihrer bidonville in ihren Heimatort abgeschoben wurde oder aber eine Sozialwohnung zugewiesen bekam, der Nachweis einer Berufsausbildung bzw. eines dauerhaften Arbeitsplatzes ebenso wichtig gewertet wurde wie ein Wohnsitz in Algier schon vor dem Stichtag des 5. Juli 1962, dem Datum der Unabhängigkeit.

9 Siehe dazu: Deluz, 1988, S.116 sowie Mutin, 1986, S.313

10 Centre de Recherche en Architecture et Urbanisme (CRAU), Programme d'habitat en autoconstruction assistée, Mai 1979

Literatur

- Benatia, Farouk: Alger - agrégat ou cité, Reghaia 1980;
 Institut Francais d'Architecture: Alger, Sonderbeilage zum "Bulletin d'Informations Architecturales" Nr.85, 1984;
 Opitz, Ursula: Partizipation in Algerien: Anleihe bei alten Traditionen, in: TRIALOG 4/1984, S.12-15;
 Lesbet, Djaffar: La Casbah d'Alger. Gestion urbaine et vide sociale, Alger 1985;
 Mutin, Georges: Aménagement et développement d'Alger, in: Bulletin de la Société Languedocienne de Géographie, 20.Jg., Nr.2-3, Montpellier 1986, S.299-318;
 Sgroi-Dufresne, M.: Alger 1830-1984. Stratégie et enjeux urbains, Paris 1986;
 Deluz, J.J.: L'urbanisme et l'architecture d'Alger, Alger/Liège 1988;
 Ravèreau, André: La Casbah d'Alger, Paris 1989;
 Lesbet, Djaffar: Algeria, in: K. Mathéy (Hrsg.), Housing Policies in the Socialist Third World, München/London/New York 1990, S.249-273

Öffentlich geförderter Wohnungsbau in Lima

Marco de la Torre

Summary

The housing projects in Lima presented by de la Torre are typical examples of a housing policy that serves to win politic support for the frequently changing governments. Although the housing policy was supposed to reach the lower income groups and was highly subsidized, only people of the middle income group benefitted from these large-scale housing projects.

Der Bau von Großsiedlungen nach dem Konzept des modernen Zeilenbaus begann in Peru in der Mitte der 40er Jahre. Städtebau und Wohnungsbau waren damals stark von Tendenzen aus Europa und den USA beeinflusst, verstärkt noch durch den weltweiten Einfluß der Moderne nach dem Zweiten Weltkrieg. Es gab zwar auch vorher schon einige Ansätze großflächigen öffentlichen Wohnungsbaus, aber eher im Stil der Gartenstadt (Ebenezer Howard) oder der deutschen Arbeitersiedlungen. Zum Beispiel plante Alfredo Dammert 1936 im *Barrio Obrero de la Victoria* zweistöckige Einzel- und Doppelhäuser mit vor- und rückseitigen Gartenflächen.

Die *Unidad Vecinal N° 3* (1946) als Musterprojekt einer neuen Wohnungspolitik signalisierte dann den Einzug moderner Regeln sowohl in den Wohnungsbau als auch in städtebauliche Konzepte (allseitige Belichtung und Belüftung, Zeilenbau, die Idee der Stadt in der Stadt). Der viergeschossige Komplex aus parallelen Zeilen mit ca. 1.100 Wohneinheiten ist komplett mit sozialer Infrastruktur und Dienstleistungen ausgerüstet, von der Schule bis zum Kino, um eine partielle

lokale Selbständigkeit zu erreichen. Dieses Konzept wurde in den folgenden Jahren in mehreren größeren Siedlungen angewandt.

Nach Gründung der staatlichen Wohnungsbaugesellschaft *Corporación Nacional de la Vivienda* (1946) entstanden bis Anfang der 60er Jahre mindestens 10 große Wohnkomplexe. Die vielfachen Regierungswechsel seit 1948 verhinderten jedoch ein kontinuierliches Vorgehen. Fast immer wurde bei einer Regierungsbildung ein neuer Schwerpunkt und eine neue Zielrichtung gesetzt. Die im Laufe der Zeit in diesem Bereich gegründeten Institutionen, wie das *Instituto de la Vivienda* (1961) oder die *Junta de la Vivienda* (1963), erlitten in der Regel nach jedem politischen Wechsel einen Funktionsverlust. Verschiedene Projekte wurden nicht zu Ende geführt sondern durch Projekte einer neuen Regierung ersetzt. Im Vordergrund der Wohnungsbaupolitik stand eben primär die Legitimation der jeweiligen Regime und nicht die Sorge um die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen. Die Wohnungsbauprojekte und -programme waren deshalb zwar ihrem Anspruch nach für einkommensschwache Zielgruppen geplant, de facto aber nur für die staatstragende Mittelschicht erreichbar.

Die Erreichbarkeit für verschiedene soziale Gruppen hängt dabei im wesentlichen vom Finanzierungs- und Fördersystem ab. Ende der 50er Jahre wurden zwar zwei Wohnungsbaubanken und private Bausparkassen gegründet. Die durch hohe Bau- und Bodenpreise sowie durch hohe Kreditzinsen verteuerten Projekte schlossen aber de facto die unteren Einkommensgruppen von diesem Fördersystem aus. Zusätzliche und billigere Kredite konnten auch nicht über die *Banco Interamericano de Desarrollo* (BID) oder die *Agencia Internacional para el Desarrollo* (AID) beschafft wer-

den, weil diese Institutionen es prinzipiell ablehnen, eine Subventionierung von Wohnungsbauprogrammen zu unterstützen.

Die Regierungen ab Mitte der 60er Jahre, die mit weniger häufigen Wechslen zumindest eine gewisse Kontinuität boten, folgten dann in ihrer Wohnungsbaupolitik im wesentlichen zwei großen Richtungen mit entgegengesetzten Schwerpunkten: Großsiedlungsbau einerseits, Förderung von kleinen Wohnungsbauprojekten und Selbstbausiedlungen andererseits.

Großsiedlungsbau der Belaunde-Regierungen

Der Großsiedlungsbau war eines der Aushängeschilder der gemäßigt konservativen Belaunde-Regierungen. Präsident Belaunde, selbst Architekt und überzeugt von diesem Konzept zur Lösung der Wohnungsprobleme, veranlaßte während seiner beiden Regierungsperioden (1963 - 68 und 1980 - 85) den Bau mehrerer hoch subventionierter Siedlungskomplexe mit bis zu 15-geschossigen Wohngebäuden in Lima. Beispiele dafür sind vor allem die Großsiedlungen San Felipe und Santa Cruz aus den 60er Jahren sowie Torres de San Borja, Santa Rosa und Torres de Limatambo aus den 80er Jahren. Teilweise waren diese Projekt von vorneherein für die Mittelschicht geplant, für die auch damals ein hohes Wohnungsdefizit bestand. Trotz hoher Subventionierung sind die angebotenen Eigentumswohnungen sowieso nur für mittlere Einkommen erschwinglich.

Die Finanzierung der Projekte erfolgte in den 60er Jahren sowohl durch staatliche als auch durch ausländische Kredite, die später eine große Belastung für den Staatshaushalt darstellten. Deshalb schuf Belaunde zur Finanzierung der

Dipl.-Ing. Marco de la Torre
Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Fachbereich Planen und Bauen in Entwicklungsländern, Prof. Ribbeck, am Städtebaulichen Institut der Universität Stuttgart

neuen Großsiedlungen in seiner zweiten Regierungsperiode nach 1980 den Nationalen Wohnungsbaufonds FONAVI (*Fondo Nacional de la Vivienda*).

FONAVI basiert auf obligatorischen und auch freiwilligen Beiträgen aller fest und formell angestellten Arbeitnehmer und wurde eines der wichtigsten Fördersysteme für den Bau von Sozialwohnungen in den 80er Jahren. Für die unteren Einkommensgruppen - die Selbstbauer - wurde gleichzeitig die Materialbank (*Banco de Materiales*) gegründet.

Wohnungspolitik der Militärs (1968 - 1980)

Die linksorientierten Militärs, die sich 1968 an die Macht putschten und bis 1980 regierten, gaben in den 70er Jahren der Wohnungspolitik eine ganz andere Richtung. Eines ihrer wesentlichen Elemente war die stadträumliche und soziale Integration der politisch brisanten Squattergebiete und der verslumten Innenstadtviertel (*tugurios*) durch Sanierungsmaßnahmen, Landvergabe und Infrastrukturverbesserungen. Die Landvergabe an einkommensschwache Gruppen sollte insbesondere Landbesetzungen auf privaten Grundstücken verhindern, was im übrigen weitgehend erfolglos blieb. Verteilt wurden in erster Linie Brachflächen (*terrenos eriazos*). Auch viele bestehende Squatterviertel wurden in dieser Periode legalisiert und mit Strom-, Wasser- und Abwasserleitungen ausgestattet.

Andererseits förderte die Militärregierung kleinteilige Wohnungsbauprojekte, die sich an den Wohnbedürfnissen der intellektuellen Mittelschichten orientierten. In der Regel waren dies subventionierte Reihenhaussiedlungen oder öffentlicher Wohnungsbau (*Low-Cost-Housing*) mit geringen Geschoßzahlen. Die wichtigsten Wohnungsbauvorhaben dieser Zeit sind das Experimentelle Wohnprojekt PREVI (*Proyecto Experimental de Vivienda*) aus dem Jahre 1968, der Conjunto Tupac Amaru (1969), und der Conjunto Los Proceres (1971-1974).

Neue Tendenzen

Interessant ist, daß die Regierung Belaunde in den 80er Jahren nach 12 Jahren Pause das Konzept vielgeschossiger Großsiedlungen mit nur leichten Modifikationen wiederaufgriff, als es in Fachkreisen und international schon nicht mehr hoch im Kurs stand. Ein

wichtiges Motiv war auch hier die soziale Legitimation der Regierung durch deutlich sichtbare Wohnungsbaumaßnahmen.

Seit 1986 wurde in Lima nur noch in winzigem Umfang öffentlicher Wohnungsbau gefördert. Dies hängt nur vordergründig mit dem Regierungswechsel zusammen, der die Großsiedlungspolitik beendete, ausschlaggebend waren fehlende öffentliche Mittel, starke Auslandsverschuldung und hohes Zinsniveau.

Die Kritik an der Monotonie und Unmaßstäblichkeit von Großsiedlungen hat parallel dazu in den letzten Jahren zu einer zunehmenden Konzentration der Planungsmaßnahmen auf die Altstadt geführt. Heutzutage existieren eine Vielzahl von kleineren und größeren Projekten zur Renovierung und Baulückenschließung sowie zur baulichen Verdichtung im Stadtkern von Lima als Alternative zu früheren Großsiedlungsprojekten.

Die neuen Wohntürme, die gerade in den Himmel von Lima wachsen, haben nichts mit sozialem Wohnungsbau und mit Großsiedlungen zu tun. Sie spiegeln dagegen Tendenzen wider, Teile des Stadtkerns in bevorzugten Lagen, etwa entlang des *Central Park* - ähnlichen Golfplatzes, mit Apartmenthäusern zu verdichten. Diese Wohnform ist in den letzten Jahren für Einkommensgruppen, die bisher vorstädtische Villen bevorzugten, vor allem aus Sicherheitsgründen attraktiv geworden. Die Apartmenttürme werden durch Privatkapital finanziert, sind als Einzelgebäude geplant und bieten höchsten Komfort und Schutz.

Einige der wichtigsten Projekte des sozialen Wohnungsbaus seit den 60er Jahren sollen jetzt kurz in chronologischer Folge beschrieben werden:

Conjunto Residencial San Felipe (1965)

Residencial San Felipe war in den 60er Jahren das Projekt überhaupt. Es wurde zum Prestige- und Vorzeigebau der Regierung Belaunde (Cuadra 1991, S. 213). Die Anlage besteht aus bis zu 15geschossigen Scheiben und Punkthochhäusern, die nach städtebaulichen Prinzipien der Moderne auf einer großzügigen Fläche in freier Komposition angeordnet wurden. Eine leichte Unmaßstäblichkeit läßt den Einfluß des Plan Voisin (1925) von Le Corbusier erkennen. Die Bauweise ist konventionell (Stahlbeton/ Ziegel).

In den mehr als 2 000 Eigentumswohnungen San Felipes leben heute über 10 000 Bewohner. Das Kaufrecht für eine Wohnung wurde unter einer großen Zahl von Bewerbern verlost. Sowohl Bau als auch Kauf der einzelnen Wohnungen wurden durch Wohnungsbaubanken und private Bausparkassen finanziert. Die Käufer mußten eine geringe Anzahlung leisten, der Rest wurde durch einen günstigen Kredit mit langer Laufzeit abgedeckt.

San Felipe war explizit für die Mittelschicht als Zielgruppe geplant. Inzwischen hat es sich gezeigt, daß die Unterhaltungskosten dieser Anlage ohne staatliche Zuschüsse von den Eigentümern selbst aufgebracht werden können und die Gebäude sowie die Freiflächen



San Felipe, 1993 – Bewohnerumbauten in der gegliederten Fassade

Foto: Teschner

sich noch nach 30 Jahren in gutem Zustand befinden. Die Wohnungseigentümer sind gebäudeweise in Bewohnervereinigungen (*asociaciones*) organisiert, die für die Instandhaltung der Bauten und die Pflege der dazugehörigen Grünflächen sorgen.

In San Felipe stellt man fest, daß einige der angebotenen öffentlichen Flächen keine guten Voraussetzungen für ein funktionierendes öffentliches Leben bieten. So werden z.B. die zwischen hohen Scheiben und Punkthochhäusern liegenden betonierten Plätze selten oder gar nicht benutzt, dagegen sind kleine Plätze, die von niedrigen Gebäuden umrahmt werden, sehr belebt (vor allem von Kindern, die sie als Spielplatz angenommen haben). Nirgendwo im ganzen Komplex verspürt man im übrigen ein Gefühl von Eintönigkeit oder Verlassenheit.

Im Laufe der Zeit wurden die Gebäude von ihren Bewohnern verändert, die auf diese Weise ihren Wohnbereich erweiterten. Diese Änderungen waren möglich, weil die Fassadenkomposition aus einem Wechsel von leeren und gefüllten Rahmen besteht. Die Eigentümer haben von den Rücksprüngen profitiert, um ihren eigenen Wohnungen mehr Raum zuzuschlagen.

Selbstverständlich erfolgten diese Umbauten ohne Erlaubnis. Inzwischen wurde diese Art informeller Wohnraumerweiterung vom Stadtbauamt verboten, die schon bestehenden - oft sehr einflussamen - Umbauten werden jedoch toleriert.

Experimentelles Wohnprojekt PREVI (1968)

Eines der wichtigsten sozialen Wohnungsbauprojekte der Militärregierungszeit ist das Experimentelle Wohnprojekt PREVI. Es entstand 1968 als Musterprojekt für industrielle Vorfertigung im Massenwohnungsbau mit Unterstützung der Vereinten Nationen, die Ende der 60er Jahre auf der Suche nach innovativen Lösungen für *Low-Cost-Housing* waren.

Für dieses Projekt wurde ein internationaler Wettbewerb ausgeschrieben, an dem sich namhafte Architektenteams aus Peru und dem Ausland beteiligten. In ein- bis zweigeschossiger Bauweise wurden hier ca. 500 Wohneinheiten erstellt.

Aus heutiger Perspektive, 25 Jahre später, ist die Fragwürdigkeit dieses Projekts offensichtlich. Dies soll kein Urteil über die architektonischen Lösungen sein (das wäre eine andere Thematik), sondern über die Anwendbarkeit der damals vorgeschlagenen Technologie. Die hier vorgesehene Verwendung vorgefertigter Elemente zur Senkung der Baukosten verlangt eine technologische Basis zur Produktion dieser Bauteile vor Ort, die in Peru nicht zu Verfügung steht. Probleme, die mit dem Import solch einer Technologie einhergehen, wurden bereits zu Beginn der Baumaßnahmen sichtbar. Vor allem verzögerte sich die Fertigstellung der Gebäude mangels finanzieller und technischer Mittel gewaltig und das Ziel dieses Pilot-Projektes, hier ein Modell für künftige Bauvorhaben zu schaffen, wurde nicht erreicht.

Los Proceres (1974)

Ein weiteres Projekt dieser Periode, Los Proceres, wurde zwischen 1971 und 1974 mit 12 000 Wohneinheiten geplant. Mangels Finanzierung wurden jedoch nur zwei der drei geplanten Bauabschnitte mit etwa 8 000 Wohneinheiten verwirklicht. Dieses Projekt folgte einigen Prämissen des englischen Städtebaus (*New Towns*) mit Straßenhierarchie, Trennung von Fahr- und Fußwegen, mit räumlicher Hierarchie, mit Gestaltung von *clusters*. Los Proceres liegt etwa 20 km vom Stadtzentrum entfernt, nahe der informellen Siedlung Villa El Salvador, und ist heute bereits ins städtische Kontinuum der Metropole eingewachsen. Im Zentrum existieren bis zu fünfgeschossige Bauten, in den Randbereichen ist die Siedlung ein- bis zweigeschossig. Nach den Erfahrungen von PREVI wurde bei Los Proceres auf konventionell-handwerkliche Bauweise zurückgegriffen. Unter städtebaulichen Gesichtspunkten kann man dieses Projekt als gut gelungen bezeichnen.

Las Torres de San Borja (1982)

Die Großsiedlung Torres de San Borja mit ca. 2 400 Wohneinheiten besteht aus verschiedenen Abschnitten, die ein sehr allgemeines Raster (die sogenannten *supermanzanas*) zur Grundlage haben. Diese städtebauliche Collage läßt keinerlei Integration erkennen und erzeugt ein räumliches Chaos, in dem allein zwei 11-geschossige Wohntürme die ansonsten fünfgeschossige Bebauung überragen.

San Borja wurde durch den neugeschaffenen Nationalen Wohnungsbaufonds FONAVI und die staatliche Wohnungsbank finanziert. Das Kaufrecht für die Wohnungen wurde über die staatliche Lotterie von Lima und Callao verlost. Voraussetzung für die Teilnahme an der Verlosung war die Eintragung in eine Liste, die aber nur aktive Beitragszahler von FONAVI aufnahm. Gleichzeitig sollten jedoch die untersten Einkommensgruppen Zielgruppe dieser Wohnungsbauförderung sein; diese waren jedoch mangels Kreditreferenzen und mangels Beitragszahlung an FONAVI ausgeschlossen. Die Wohnungen wurden schließlich an Familien aus der Mittelschicht verkauft.

In derselben Weise wie in San Felipe wurden auch die Gebäude in San Borja von ihren Bewohnern verändert. Dies geschieht nicht allein, um die Wohnflächen zu vergrößern sondern auch des-



San Borja, 1993 – im Vordergrund Abgang zu einem tiefergelegenen Geschäftsbereich

Foto: Teschner

halb, um den Wohnungen ein persönliches Zeichen anzuheften. Die Eingriffe der Bewohner reichen von kleinen Änderungen an den Fenstern oder anderen Farben an den Türen bis hin zum Bau eines oder - wenn möglich - gar zweier neuer Stockwerke, die selbstverständlich ein komplett anderes Erscheinungsbild abgeben als der Rest des Gebäudes. Klar ist, daß die Modifizierung dieser Gebäude ein Teil des Siedlungsprozesses ist und daß es gewissermaßen in der Hand der Architekten und Planer liegt, spätere Beeinträchtigungen durch Bewohner-Umbauten vorauszusehen und zu vermeiden.

Limatambo (1982 / 83)

In Limatambo wurden in vier- bis fünfgeschossiger Bauweise 2 316 Wohneinheiten gebaut. Weitere 544 Wohnungen waren geplant, wurden jedoch nie verwirklicht. Die Planung Limatambos lief parallel zur Planung der Torres de San Borja. Limatambo wurde jedoch im Gegensatz zu San Borja mit fester städtebaulicher und architektonischer Ordnung konzipiert. Der Erwerb der Wohnungen war ebenso wie in San Borja an die Beitragszahlung an FONAVI geknüpft, die zusammen mit der staatlichen Wohnungsbank das Projekt finanzierte. Auch hier wurde das Kaufrecht verlost.

Das städtebauliche Programm Limatambos greift zurück auf das traditionelle Konzept des Häuserblocks (*manzana*) und der Blockrandbebauung. Die Straße

wird hier nicht nur als Erschließungssystem verstanden, sondern als zu gestaltender Raum. Trotzdem sind die Gebäude - nach den Forderungen der Moderne - von allen Seiten belichtet und belüftet. Die Bebauung ist in Bezug zu den bestehenden Straßen um 45° gedreht. Dies ermöglichte die Schaffung angemessener Plätze, die sehr belebt sind und von den Bewohnern gut angenommen werden.

Agrupamiento Chabuca Granda (1984 / 85)

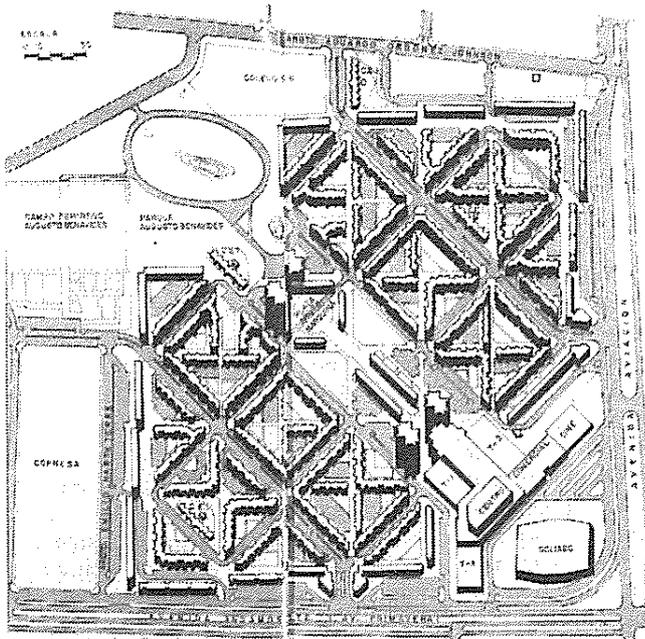
Agrupamiento Chabuca Granda ist ein kleineres Projekt (nur der vierte Teil eines Straßenblocks) und ein Beispiel für die vollkommene Integration neuer Wohnbauten in eine vorhandene historische Umgebung. Es spiegelt damit auch schon die neue Tendenz ab Mitte der 80er Jahre wider: weg von den Großsiedlungen und hin zur Altstadtsanierung und Baulückenschließung. Der Architekt dieses Projekts erzählt, in einer Arbeitsbesprechung hätte ein Beamter der Baubehörde den Entwurfsgrundriß für eine Bestandsaufnahme gehalten. Diese vollkommene Eingliederung des Projekts in den städtebaulichen und historischen Kontext wurde durch die Behandlung der Straßenecke als Tor erreicht, das mit zwei Innenhöfen verbunden ist, die an die koloniale Hausform erinnern. Drei- bis vierstöckige Gebäude rahmen die beiden Höfe ein, die in spannungsvoller Weise als Innen- und zugleich Außenraum wirken.

Schlußbemerkung

Ob der Bau von Großsiedlungen eine Lösung für die Wohnungsprobleme des Landes sein kann, ist sehr schwer zu beantworten. Es steht außer Frage, daß die Großsiedlungsprojekte niemals die unteren Einkommensgruppen erreichen konnten, weil diese die Bedingungen für den Erwerb und die Finanzierung solcher Wohnungen nie erfüllten. Die Subventionierung dieser großen Wohnanlagen hat aber ein tiefes Loch in das staatliche Haushaltsbudget Perus gerissen. Die damit finanzierten Wohnungen kamen vor allem mittleren Einkommensgruppen zugute. Jedoch sollte nicht vergessen werden, daß auch sie unter dem Mangel an Wohnungen leiden.

Bibliographie

- Bähr, J., Housing in Latin America
Kiel 1988
- Bentín D.C., J. Enrique Seone Ros,
Lima 1989
- Cuadra, M., Architektur in Lateinamerika.
Die Andenstaaten im 19. und 20. Jhd.
Darmstadt 1991
- ENACE, Revolución Habitacional en
Democracia, Lima 1984



Limatambo, Lageplan – zurück zur Blockstruktur

Foto: de la Torre



Chabuca Granda, 1987 – Blick in den Innenhof mit Durchblick zum Nachbarhof

Foto: de la Torre

Tor Bella Monaca - Marginalisierung in der geplanten Peripherie

Volker Kreibich / Bernhard Krella

Summary

The drift to the cities and the gentrification process have caused a massive production of housing in the peripheries of the bigger Italian cities. Only small part of it has been constructed by the Italian government as subsidized social housing, the rest belongs to the private and informal sector. Taking Tor Bella Monaca in the Roman periphery as an example of a high rise housing estate, consisting of 5 complexes of 12 story buildings, the authors explain how 25 years of planning and building have resulted in a functionally, socially and esthetically insufficient settlement. The enormous absorption capacity of the centre of Rome caused a delay in suburbanization and a lack of mass transportation in the outer districts. The inhabitants of the estate are unable to identify with the area due to its inadequate infrastructure and services. The settlement had not been intended for the poor, who nowadays live in it, so that no shops can be found. The inhabitants depend on private cars. Basic infrastructure had to be fought for by the inhabitants after the building process was finished. Socially marginalized people have been marginalized also geographically.

Volker Kreibich
leitet das Fachgebiet Geographische Grundlagen der Raumplanung am Fachbereich Raumplanung der Universität Dortmund

Bernhard Krella
arbeitet als Raumplaner am Institut für Raumplanung, Fachbereich Raumplanung der Universität Dortmund

Im Rahmen eines durch die Volkswagen-Stiftung geförderten Forschungsprojektes (Abschluß 1992) untersuchten beide gemeinsam mit Ursula von Petz und Petra Potz "die Raum-Zeit-Struktur römischer Borgate".

Die Funktion des öffentlich geförderten Wohnungsbaus – der "fordistische"¹ Ansatz zur Lösung der Wohnungsfrage

Die Anfänge staatlicher Wohnungsbauförderung waren in den meisten westeuropäischen Ländern von der Kontroverse um das Verhältnis zwischen Selbsthilfe und staatlicher Intervention geprägt.² Auch in Italien setzte sich schließlich das zentralistische Modell mit einer öffentlich-rechtlichen Gesellschaft durch, die im staatlichen Auftrag Sozialwohnungen errichten ließ. Ihr Auftrag war so eng gefaßt, daß der sogenannte freie Wohnungsmarkt nicht beeinträchtigt wurde (Breil 1991, S. 10-11).

In Italien hat der öffentlich geförderte Wohnungsbau im Vergleich zu anderen westlichen Industrienationen nur eine geringe Bedeutung; nur knapp 5% der Haushalte lebten 1981 im landesweiten Durchschnitt in einer Sozialwohnung (Marson und Folin 1988, S. 213).³ Trotzdem werden immer kleinere Budgetansätze beschlossen (Breil 1991, S. 24). Italien steht damit am Ende der westeuropäischen Länder, während es beim Sektor der selbstgenutzten Eigentumswohnungen mit einem Anteil von 62% (1985) an der Spitze liegt.

Die massenhafte Abwanderung aus den ländlichen Regionen Mittel- und Süditaliens in die Großstädte während der 50er und 60er Jahre und die danach einsetzende Verdrängung der angestammten Wohnbevölkerung durch die Aufwertung der Stadtzentren ließen den Bedarf an preisgünstigem Wohnraum sprunghaft ansteigen. Obwohl daraufhin wiederholt anspruchsvolle Programme für den Bau von Sozialwohnungen in den Großstädten gefordert und zum Teil auch beschlossen wurden, erreichte selbst dort der öffentlich geförderte Sektor nicht die Bedeutung wie in den Städten West- und Nordeuropas. Die

Wohnungsfrage wurde geregelt, indem die Haushalte gezwungen wurden, zur Eigentumsbildung sehr viel höhere Belastungen zu akzeptieren und durch die Tolerierung eines illegalen Wohnungsbausektors, der in Rom zeitweise sogar die Produktion des legalen Sektors übertraf.

Der begrenzte Umfang der öffentlichen Förderung und die fehlende Kontinuität der Programme zwangen die Großstädte, in denen die spezifisch italienischen Regelungsformen nicht ausreichten und in politischen Konflikten immer wieder Notprogramme zur Wohnungsbauförderung durchgesetzt werden mußten, die bereitgestellten Budgets möglichst schnell und effizient umzusetzen. Die Rahmenbedingungen förderten daher den Bau von Großsiedlungen.

Zur Reduzierung der Herstellungskosten operierten die westeuropäischen Länder mit ähnlichen Strategien (Breil 1992). Neben der Reduzierung der Kapitalkosten durch Zinsverbilligung oder Zuschüsse wurde versucht, die Grunderwerbskosten zu verringern, indem Grundstücke an peripheren Standorten in Anspruch genommen wurden. Diese Strategie führte nur dann nicht zur räumlichen Ausgrenzung der Sozialwohnungen, wenn die Erschließung mit einem leistungsfähigen öffentlichen Verkehrsmittel gesichert werden konnte, wie z.B. bei den frühen englischen Arbeitersiedlungen oder den Großsiedlungen der 70er Jahre in der Bundesrepublik Deutschland (z.B. Märkisches Viertel oder München-Neuperlach). Im Gegensatz zur Wohnungsversorgung wird der Verkehrsausbau in den meisten Ländern als staatliche Dienstleistungsaufgabe betrachtet, so daß er erfolgreich eingefordert werden kann. In Rom ist die nachholende Erschließung der Großsiedlungen in der Peripherie mit einem leistungsfähigen Schnellbahnsystem dagegen unterblieben.



500 Jahre Kolonialismus 500 Jahre Widerstand

Die Militarisierung der Politik ist wieder hoffähig geworden. Militärs sind als reales Machtinstrument einsetzbar. Nichts neues in der Geschichte des Kolonialismus. Allerdings ist die derzeitige Begründung besonders perfide: Im Namen des Humanismus werden die neuen "Wüstenstürmer" gedrillt, um eigene Interessen zu verfolgen.

Wir wollen in dieser Debattenbeilage auch kontroverse "Stimmen von Außen" zu Wort kommen lassen. Der Mexikaner Carlos Fazio weist auf die hierzulande kaum bekannte Militarisierung der Gemeinschaft der amerikanischen Staaten (OAS) hin. Der Bürgerrechtler Chandra Muzaffar aus Malaysia konfrontiert die Europäer mit ihren eigenen Wertvorstellungen. Wir dokumentieren zudem einen Aufruf des »Komitees für Grundrechte und Demokratie« und greifen selbst mit einem Kommentar in die Debatte ein.

In Bosnien und weltweit militärisch eingreifen ? Besser nicht ! Eine Stellungnahme aus der Friedensbewegung

Die Vorstellung, man könne mit einigen gezielten militärischen Aktionen das Leiden der Menschen in Bosnien-Herzegowina schnell beenden, ist eine Illusion. Weder Flugverbot noch seine Erzwingung, noch der Angriff auf militärische Knotenpunkte, weder der Einsatz schwerer Waffen oder gar Abschreckungs- und Vergeltungsangriffe auf Serbien können dies leisten.

Es gibt keinen schnellen Frieden durch militärische Interventionen. Es gibt aber die sehr reale Gefahr der Ausweitung des Krieges. Schon das viel gebrauchte Wort vom "Befreiungsschlag" macht deutlich, daß alles, was derzeit unter dem Stichwort "militärische Intervention" diskutiert wird, ohne jedes friedensstiftende Ziel ist. Die Interventionspolitiker, die die Menschenrechte nur im Munde führen, sind deshalb u.a. mit folgenden Forderungen zu konfrontieren:

- konsequent humanitäre Hilfe
- ausreichende finanzielle Ausstattung der UN für ihre Vermittlungsarbeit
- Systematische Unterstützung der Antikriegs- und demokratischen Oppositionen und ihr Einbezug in das internationale Gespräch
- Herstellung einer Gegenöffentlichkeit in den nationalistisch-ideologisch

verhetzten Gesellschaften, damit sich von innen heraus etwas verändern kann (auch in der BRD!, Anm. der Red.)

- Auflösung des neuen Feindbildes "die Serben"
- Durchsetzung des Embargos in Formen, die es ermöglichen, humanitäre Gesichtspunkte zu berücksichtigen
- Entwicklungsperspektiven für den gesamten Balkanraum
- Unterstützung der Menschen und Gruppen, die von außen humanitäre Hilfe leisten, als Freiwillige in Flüchtlingslagern arbeiten, Kriegsflüchtlinge und Deserteure beherbergen usw.

Aber viele Politikerinnen und Politiker reden wahrscheinlich vor allem deshalb von Militärinterventionen, weil sie nicht bereit sind, konkret zu helfen. Die Schließung der deutschen Grenzen gegen bosnische Flüchtlinge beweist dies. Würden wirklich humanitäre Motive im Vordergrund stehen, bräuchte man nur die Grenzen zu öffnen, um Insassen aus Internierungs- und Gefangenenlagern und Flüchtlingen Zuflucht zu schaffen. Doch das Mögliche geschieht nicht. Vielen Politikerinnen und Politikern geht es um die Nutzung der günstigen "Gelegenheit", der deutschen Gesellschaft die Zustimmung

zum begrenzten Einsatz der Bundeswehr abzuverlangen. So ist auch der Somalia-Einsatz nur ein Spielchip zu diesem Ziel, ebenso wie die Awacs- und Interventionsdiskussion: ein infamer Mißbrauch menschlicher Not.

Im Rahmen der europäischen Integration drängt die deutsche Bundesregierung darauf, die EG zu einer militärischen, global eingreiffähigen Großmacht werden zu lassen, obwohl ganz offensichtlich die wirklichen Probleme des Friedens, der Umwelt und der Armut militärisch nicht gelöst werden können. Also eine falsche Weichenstellung. Wir sind überzeugt, wird heute auf humane Weichenstellung verzichtet, brennt morgen der ganze Globus!

(Text von der Redaktion gekürzt)

Komitee für Grundrechte und Demokratie
Bismarckstr. 40

5000 Köln 1
Tel. 0221 52 30 56

Weitere Informationen zu Out-of-Area Einsätzen der Bundeswehr bei:

Netzwerk Friedenskoooperative

Römerstr. 88
5300 Bonn 1
Tel. 0228 69 29 04
Fax. 0228 69 29 06

Von Friedensaposteln und anderen Militärstrategen.

Das neue "Wir-Gefühl"

In der Debatte ob "wir" in möglichst vielen Teilen der Welt militärisch intervenieren sollen, hat die staatstragende Linke den analytischen Löffel abgegeben. Die selbsternannten Vorzeigeveteranen der 68er, Joschka Fischer und Danny Cohn Bendit, sind die Prototypen in dem von den Medien hochgeputzten politischen Komödiensattel. Fischer, in Gedanken schon ministerial in Bonn, bewegt die zentrale Frage: was sag' ich den deutschen Müttern, wenn die ersten Zinksärge hier landen? Ihm als Taktiker ist bekannt, daß bisher für den Heldenod 'unserer' Jungs keine Mehrheiten in Sicht sind. Cohn Bendit spielt die personifizierte Moral und ereifert sich über den "Völkermord": er will lieber heute als morgen in Bosnien einmarschieren. Gar bitterlich beklagt er sich über die deutsche Linke, die nicht wie in alten Zeiten auf die Straße geht.

Es ist schon sonderbar, wie in den letzten zwei Jahren der bundesrepublikanische Nachkriegskonsens, auf den Punkt gebracht durch den Satz — Der Friede ist der Ernstfall —, außer Kraft gesetzt wird. Hinter dem Krieg stand der Atomtod. Generationen von Jugendlichen wurden Waffen als reine Abschreckungsmittel vermittelt. Zudem schien gerade die Friedensbewegung Anfang der 80er Jahre den good-will des besseren Deutschlands zu zeigen, aus den Erfahrungen der Geschichte zu lernen und jeder Form der Militarisierung mittels Händchenhalten und Massenaufmärschen einen Riegel vorzuschieben.

Vor dem Hintergrund dieses absoluten peace keeping übersieht man aber allzu leicht, worum es einem Teil der Friedensbewegung eigentlich ging und es nicht verwundern muß, wenn heute ehemalige FriedensaktivistInnen mit dem Generalinspekteur der Bundeswehr Rambo-Pogo tanzen. Der eigene, atomwaffenfreie Vorgarten, das durch die Stationierung von Mittelstreckenraketen in seiner Existenz bedrohte Europa war die Triebfeder von nicht wenigen FriedensfreundInnen. Die heutige Empörungformel „In Europa herrscht Krieg und wir schauen zu“ offenbart nur die Kehrseite eines auch gerade in linken Kreisen herrschenden "Europäismus", der Europa mit Zivilisation gleichsetzt. Diese Anfang der 80er durch die Aufrüstung der Großmächte bedrohte europäische 'Zivilgesellschaft' muß heute im 'eigenen' Haus für Ordnung sorgen.

Auf wessen Kosten solche eurozentrischen Sichtweisen gehen und wer traditionell als Gegenbild für das fortschrittliche Europa herhalten muß, hat die internationalistische Linke eigentlich lange genug thematisiert. Nun nach dem Ende des Kasernenhofsozialismus sind überall alte Gewißheiten am zusammenbröckeln. Neue Feindbilder reproduzieren das alte 'Gut-Böse-

Schema' und bieten ideologische Strohhalme zur Komplexitätsreduktion in einer unübersichtlich gewordenen Welt.

Zwei Konstellationen, die eng mit der europäischen Geschichte verhaftet sind, feiern fröhliche Urstände. Einerseits wird das Bild des grausam-heimtückischen Asiaten neu gezeichnet. Die Serben — das kriegerische, vandaliende, vergewaltigende 'Volk' — rechtfertigen eine Intervention im Namen europäischer Vernunft, die mit dem 'kroatischen Volk' gleichgesetzt wird. Die Bosnier stehen zur Zeit für das Idealbild der Multi-Kulti Gesellschaft. Sollten sie aber Sympatien für muslimische Fundis zeigen, kann sich das schnell ändern. Überall stereotype Kennzeichnungen, um alte Vorurteile zu untermauern. Schlimmer noch in Afrika. Dort steht der "homo somaliens" für den ganzen "Elendskontinent": Hungernde Kinder, Aids und marodierende Banden schreien geradezu nach westlicher Mission, diesmal nicht im Namen des Kreuzes, sondern im Namen eines caritativen Humanismus, der seine neokolonialen Perspektive mehr recht als schlecht verbirgt. Zum Beispiel Angola: Wirksamen politischen Druck auf die UNITA gibt's erst dann, wenn die Förderung strategischer Rohstoffe gefährdet ist. Politiker wie Rühle, die jahrelang mit wesentlich höheren Beträgen Diktatoren wie Siad Barre unterstützten (Polizeihilfe von der BRD und Geheimdienstaufbau von der DDR), reden jetzt blumig über „die Engel von Phnom Phen“ und die universellen Menschenrechte. Dabei geht es doch schlicht um eigene Interessen. Sollten die gequälten Menschen auf die Idee kommen, hier Bürgerrechte einzufordern, stehen sie vor der Festung Europa.

Vier "Entwicklungskadern" predigten die Priester der Metropolen: „Ihr habt die Chance so zu sein wie wir, wenn ihr euch anpaßt und anstrengt“. Heute, wo die Plätze in der Weltwirtschaft besetzt sind und dem Teil der Welt, der nicht am Tisch Platz nehmen kann, empfohlen wird, sich in die "Treuhandschaft" der Industrieländer zu begeben, sind wir wieder an einem klassischen Topos angelangt: Die Barbarei der 'Unterentwickelten' zeigt letztlich nur, daß "wir" halt doch die besseren sind.

Hinter der heilsmisionarisch verkleideten Caritas kommen Entwicklungen zum Tragen, die auf drei Ebenen einen neuen 'pax imperialistica' einleiten: In Somalia wird die "Lösung" zukünftiger Konflikte geprobt, die angesichts der Abschreibung ganzer Kontinente nicht ausbleiben werden. In Europa werden auf dem Rücken Ex-Jugoslawiens die zukünftigen Kräfteverhältnisse — sowohl in der EG als auch zwischen den Machtblöcken — ausgehandelt. Der Streit

zwischen Frankreich, England und Deutschland um die Anerkennungspolitik macht dies ebenso deutlich wie die Vereinnahmung Rußlands nach dem Motto "Kredite gegen politische Ruhigstellung". In Deutschland selbst kann sich unter dem vordergründigen „Verantwortung in der Welt übernehmen“ eine aus historischen Gründen desavouierte 'Normalisierungs'-politik entfalten. Zunächst als teure PR-Tour in den Norden Somalias. Was die Bundeswehr dort leisten soll, machen andere Organisationen im Rahmen herkömmlicher "Entwicklungshilfe". Schon beim nächsten Mal, z.B. in Aserbaidschan, könnte es blutiger Ernst werden.

Wer angesichts dessen mit der Forderung daherkommt, doch bitte Implikationen und Konsequenzen von Interventionen mitzudenken, kommt leicht in den Geruch des Unmenschen. Angesichts des medial selektiv aufbereiteten Leids verkommt der kritische Einwurf zu purer Ketzerei.

Was ist aber mit dem berechtigten Mitleid, der moralischen Empörung über die Schweinereien weltweit? Mitleid ist scheinbar selbstlos, wird ohne Eigeninteresse praktiziert — damit aber implizit gelegnet, daß die Verhältnisse hier etwas mit den Verhältnissen dort zu tun haben. Man schaut in entfernte Teile der Welt, beklagt fremdes Leid in fremden Ländern. Saturierte Ex-Linke, die ausschließlich verbal moralischen Kategorien verhaftet sind, ohne gleichzeitig Handlungsdefizite an sich selbst zu erkennen, müssen nach Gründen suchen, um dieses fortbestehende Elend ertragen zu können. Sie geben früher oder später die Schuld für das Leiden an diejenigen zurück, die man zuvor noch zutiefst bedauert hat.

Christine Parsdorfer / Georg Lutz

Plakatserie zum Recht auf Asyl

Zur Forderung: »Das Recht auf Asyl bleibt« ist eine Plakatserie entstanden, in der versucht wird, mit Fotos und knappen Texten Zusammenhänge zwischen Fluchtursachen und der Politik in den Metropolen aufzuzeigen. Themen der einzelnen Plakate sind:

- ★ »Menschen fliehen vor Krieg — die Waffen kommen aus Deutschland: Den Waffenhandel unterbinden!«
- ★ »Polizeihilfe für Folterstaaten — die Opfer suchen Asyl: Folterhilfe einstellen!«
- ★ »Sündenböcke für die Pleite im Osten: Die Verantwortlichen benennen!«
- ★ »Wenn schon Bananen aus Hungerländern, dann auch die Menschen: Ausbeutung der 3. Welt beenden!«
- ★ »Todesschüsse an der Grenze?: Keine neuen Mauern bauen!«
- ★ »Reichtum im Westen durch Armut im Rest der Welt: Die Fluchtgründe beseitigen!«

Die Plakatserie besteht aus sechs Motiven im DIN A 2-Format und kostet DM 10.— (incl. Porto), ab 50 Exemplaren 50 Pf./Stück.
Bezug: A. Willer, Postfach 103 923, 3500 Kassel

Aufruf an das Gewissen Europas

Die Situation in Bosnien Herzegowina ist eine Herausforderung an das Gewissen Europas und stellt seine Verpflichtung für Freiheit, Menschenrechte, und Multikulturalismus auf die Probe. Jetzt ist es Zeit zu prüfen, ob Europas Worte Europas Wirklichkeit entsprechen. Sarajevo ist der Ort, an dem es sich ein für alle mal entscheiden wird, ob jene noblen Ideale und erhabenen Werte, die die westliche Zivilisation für sich beansprucht, aufrichtig gewollt oder nichts als pure Heuchelei sind.

Obwohl Regierungen und Menschenrechtsgruppen in Europa versucht haben, einige spezifische Aspekte dieses schrecklichen Angriffs auf die Menschenwürde zu benennen, entsprach ihre Reaktion kaum dem Ausmaß der Tragödie, zumal ausgerechnet die Länder, die die Respektierung der Menschenrechte als das fundamentale Kriterium für ein zivilisiertes System betrachten, es verpaßt haben, Stellung zu beziehen. Menschenrechtsgruppen, deren Betroffenheit und Empörung keine Grenzen kennen, wenn irgendein Dissident in Ruanda exekutiert oder irgendein Kritiker in Lesotho gefoltert wird, haben ihre moralische Entrüstung im Falle von Bosnien Herzegowina nicht in konkretes Handeln übersetzt (...). Liegt es womöglich daran, daß die Übeltäter diesmal Europäer sind, daß ein gewisser Widerwillen existiert, die Massen im Namen der Menschenrechte und der Freiheit zu mobilisieren? (...)

Der Klang der Freiheit aus Bosnien Herzegowina hat eine besondere Bedeutung, da er stellvertretend für eine der bedeutendsten ethnischen Minderheiten in Europa steht: Denn davon, wie Europa Bosnien Herzegowina mit seiner muslimi-

schen Kernbevölkerung behandelt, wird auch die Art der Beziehungen zwischen der (christlichen) Mehrheit und der muslimischen Minorität auf dem gesamten Kontinent abhängen. Es ist durchaus wahrscheinlich, daß die muslimischen Minderheiten in anderen Teilen Europas nach den Vorkommnissen in Bosnien Herzegowina auch den letzten Rest von Vertrauen in die Gerechtigkeit und Fairness europäischer Regierungen verlieren werden. Bedenkt man darüber hinaus, daß viele dieser muslimischen Minoritäten nicht-europäischer Herkunft sind, wäre es keinesfalls verwunderlich, wenn sie sagen würden: Solange selbst Muslime europäischer Herkunft Herabwürdigungen der schlimmsten Art schutzlos ausgeliefert sind, ist unsere Situation so oder so hoffnungslos.

Zudem sollte sich Europa auch aus historischen Gründen verpflichtet fühlen, den Muslims in Europa und der Welt durch seinen Umgang mit Bosnien Herzegowina zu beweisen, daß es Willens und in der Lage ist, ihnen Gerechtigkeit zukommen zu lassen. Denn seit mehr als zwölfhundert Jahren haben sich die einflußreichsten und mächtigsten Gruppen der europäischen Gesellschaft dem Islam und den Muslims äußerst feindselig und ablehnend gegenübergestellt. „Der westliche Blick auf den Islam und die Araber“, so der Diplomat und Gelehrte Erskine B. Childers, „basiert selbst im späten zwanzigsten Jahrhundert auf kaum etwas anderem als Ablehnung, Furcht, tief verwurzelten Vorurteilen und Stereotypen“. Hätten Europa und der Westen gegenüber Bosnien Herzegowina von Anfang an eine entschlossener Position eingenommen, hätten sie eine ganze Reihe von Menschen davon überzeugen können, daß sie nun ernsthaft gewillt sind, ihre Ablehnung und ihre Vorurteile gegenüber einer religiösen Zivilisation, der sie soviel verdanken, ernsthaft zu revidieren.

Hinzu kommt, daß die Bekämpfung anti-islamischer Vorurteilsstrukturen auch dazu beitragen könnte, das europäische Denken von seiner ethnozentrischen und rassistischen Verfaßtheit zu befreien.

In gewisser Hinsicht ist Bosnien Herzegowina ein Lackmus-Test, an dem sich ablesen läßt, welchen Einfluß Rassismus und Ethnozentrismus noch auf den europäischen Umgang mit "dem Anderen" ausüben. Da Muslime immer als "das Andere" wahrgenommen wurden, ist die europäische Antwort auf die Frage, wie auf dem Kontinent mit muslimischer Kultur und Identität umgegangen werden soll, im besten Fall ambivalent. Es ist diese Ambivalenz, die größtenteils für die Lage der europäischen Muslims — nicht nur in Bosnien Herzegowina, sondern auf dem Balkan überhaupt — verantwortlich ist.

Will man aber die europäische Einstellung den Muslims gegenüber verändern, dann muß zu allererst das Verhältnis zum "Anderen" geändert werden. Das ist keine leichte Aufgabe. Haben doch die langen Jahrhunderte kolonialer Dominanz bzw. deren neue Spielformen in der gegenwärtigen Welt dazu geführt, daß sich der europäische Charakter als höherwertiger begreift (...)

Dieses Gefühl der Überlegenheit kommt mit "Theorien" über biologisch determinierte Zusammenhänge zwischen Aussehen und Fähigkeiten, Gestalt und Kultur daher, und ist in Wahrheit nichts anderes als die Grundlage jeder Form von Rassismus. Und genau deshalb heißt es in einer UNO-Studie von 1989, daß Rassismus und rassistisch motivierte Diskriminierung „eine europäische Erfindung sind, die noch keine 300 Jahre alt ist und eng mit der von Europa ausgehenden Erforschung anderer Kontinente und dem Zusammentreffen mit nicht-europäischen Kulturen zusammenhängt.“ Genau hierin liegt die Bedeutung der Frage, wie sich Europa Bosnien Herzegowina gegenüber verhält (...)

Europa sollte in Bosnien Herzegowina intervenieren und sollte auch nicht davor zurückschrecken, militärische Gewalt anzuwenden, um die Serben und ihre Völkermord-Politik zu stoppen. (...) Europa hat die Mittel dazu. Fraglich ist, ob es auch den Willen dazu hat.

Chandra Muzaffar aus »Aliran Monthly«
Ausgabe 8 / 1992, Malaysia
(Übersetzung: Frank Sträter)

Menschen fliehen vor Krieg Die Waffen kommen aus Deutschland



Der Export deutscher Waffen ist ein Alibi-Geschäft. In jedem Krieg werden auch deutsche Waffen eingesetzt. Sie bringen Tod, Hunger, Obdachlosigkeit, Seuchen und Mitleidlosigkeit. Rückfragen an Kriegsparteien verweigert die Bundesregierung bislang. Sie steht auf Fuß, wagt durch ein Verbot von Rückfragen dem Flüchtlingstod zu rufen.

Den Waffenhandel unterbinden:
Das Recht auf Asyl bleibt.

Beilage internationalistischer
Zeitschriften, Nr. 9, Auflage: 40.000

Herausgeber: Argentinien-Nachrichten, blätter des iz3w, Bolivia, Brasilien-Nachrichten, Brennpunkt Drött Welt, Die Brücke, Cuba Libre, Dritte Welt, epd-Entwicklungspolitik, EPK, Forum, ika, ila, INKOTA-Brief, Korea-Forum, Lateinamerika Anders, Lateinamerika-Nachrichten, Philippinen-FORUM, POSITION, Relaciones, Brasilien-, Guatemala-, Kolumbien-, Nicaragua-Rundbrief, Coordination gegen BAYER-Gefahren STICHWORT, südostasien informationen, Trialog, WERRKÉN
Redaktion: blätter des iz3w, Postfach 5328, D-7800 Freiburg, Tel. 0761 74 003, Fax. 0761 70 98 66

Layout: Andreas Wenzel
V.i.S.d.P.: Georg Lutz
Druck: Druckerei Dieter Weber, Freiburg

Die USA und das "Recht auf Einmischung"

Das Beispiel Zentral- und Südamerika

Der 15. Dezember 1992 ist ein entscheidendes Datum für die Souveränität der lateinamerikanischen Nationen. Heute werden die USA auf der Generalversammlung der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) in Washington alle ihre politischen und diplomatischen Möglichkeiten einsetzen, um zu versuchen, die wiederbelebte Organisation der beiden Subkontinente zu einem Instrument zu machen, das den Interessen des Pentagon dient.

Dabei geht es hauptsächlich darum, in die Charta der Organisation das „Recht auf Einmischung“ einzuführen und die OAS in eine supranationale Polizei zu verwandeln.

Die USA und ihre Lakaien, mit Argentinien an der Spitze, insistieren schon seit drei Jahren darauf, daß die OAS militarisiert werden soll. Im Mai vergangenen Jahres auf der 22. Generalversammlung der Organisation in Nassau (Bahamas) haben die nordamerikanischen Diplomaten Druck ausgeübt, damit die sogenannte Interamerikanische Verteidigungsorganisation in die OAS eingegliedert wird. Auf diese Weise soll der in Verruf geratene interamerikanische Vertrag zur wechselseitigen Unterstützung (TIAR) ersetzt werden. (Anmerkung des Übersetzers: Auf Grund dieses Vertrags hätten die USA im Malvinen-Krieg 1982 militärisch Argentinien gegen Großbritannien beistehen müssen, was aber nicht geschah). Der mexikanische Außenminister Fernando Solana hat sich in Nassau gegen die Schaffung einer supranationalen Militärstruktur gewehrt. In erster Linie deshalb, weil die militärische Struktur sogenannte „operative Operationen“ übernehmen soll. Die neue Verpackung, mit der jetzt die Notwendigkeit eines gesamtamerikanischen Gendarms, der vom Pentagon dirigiert wird, verkauft werden soll, ist die Verteidigung der Demokratien. In Santiago de Chile im Juni 1991 war es die Aufgabe der Vertreter Venezuelas, den Plan der USA vorzutragen. Es soll wieder ein Mechanismus geschaffen

werden, der es mit der Ausrede, man wolle sich für die Stärkung der Demokratie auf dem Subkontinent einsetzen, ermöglicht, gemeinsam die diplomatischen Beziehungen abubrechen und den Ländern die Eigenschaft als Mitglied der OAS abzusprechen, in denen „eine demokratische Regierung abrupt beendet wird“. Außerdem soll die Möglichkeit geschaffen werden, Sanktionen zu beschließen.

Der Sinn dieser Formel, für die sich die USA so heftig eingesetzt haben, besteht darin, der OAS die Möglichkeit der Intervention zu verschaffen. Der nächste Schritt, der mit dem ersten zusammenhängt, besteht darin, eine internationale Militärtruppe unter der Fahne der OAS zu gründen. Damit hätten die USA ein diplomatisches Deckmäntelchen, mit dem sie in jedem Land intervenieren könnten, bei dem Washington der Ansicht ist, es entferne sich von „seinen demokratischen Normen“. Dies würde für die USA mit geringen politischen Kosten verbunden sein, da die politische Verantwortung auf diese Weise geteilt wird. Es handelt sich also um einen Sicherheitsrat der OAS.

Nach mehrmonatigen schwierigen Verhandlungen zwischen den Außenministerien der amerikanischen Länder wurde die ursprüngliche Formel, die die USA vorgeschlagen hatten, geringfügig modifiziert. Die Veränderung, auf die sich die Mitgliedsländer der OAS mit Ausnahme Mexikos geeinigt haben, sieht vor, in die Charta der OAS die Möglichkeit aufzunehmen, ein Mitglied zu suspendieren, dessen demokratische Regierung mit Gewalt gestürzt worden ist. Diese Suspendierung der Mitgliedschaft, so formuliert es der Vorschlag, soll sich nur auf die Teilnahme an den Körperschaften und Sitzungen der OAS beziehen, aber nicht auf die Eigenschaft als Mitglied. Die mexikanische Regierung hat mitgeteilt, daß sie sich dieser Suspendierung von Mitgliedern widersetzt, da sie der Auffas-

sung ist, daß dies dem Prinzip der Universalität widerspricht, auf dem die Effizienz der internationalen Organisationen beruht. Sie lehnt die Möglichkeit des Ausschlusses auf Grund von Kriterien einer „zweifelhaften ideologischen Konvergenz“ und damit das Mittel des Zwangs ab, um Demokratie durchzusetzen.

Obwohl die Militarisierung der OAS nicht ausdrücklich als wichtigster Tagesordnungspunkt der Generalversammlung genannt wird, hat Washington darauf hingearbeitet. Das Ziel besteht darin, die OAS in eine Organisation zu verwandeln, die zum "Richter" über die Demokratien Amerikas wird, mit dem Recht, nach Freibeutermanier überall dort militärisch zu intervenieren, wo sie der Ansicht sind, daß die Demokratie nicht funktioniert. Für diese Neuaufgabe ihrer Rolle als "Weltpolizist" brauchen die USA eine OAS, die über die Regierungen der Region zu Gericht sitzt, die über eine überall verfügbare Eingreiftruppe verfügt — ein alter Wunschtraum der USA — und die an jedem beliebigen Punkt des Subkontinents unter der Fahne der OAS eingesetzt werden kann, wobei sie sich über die nationale Souveränität und nationalen Streitkräfte der betroffenen Länder hinwegsetzt. Dies geschähe in gleicher Weise wie vor wenigen Jahren am Persischen Golf und jetzt in Somalia, wo die UNO als Präservativ des Pentagons fungiert. Die USA müssen ihren Anspruch, in Lateinamerika militärisch intervenieren zu dürfen, im voraus legitimieren. Denn der übertriebene Neo-Liberalismus, den die Technokraten, die gegenwärtig an der Macht sind, nach dem Rezept des IWF anwenden, hat dazu geführt, daß die Proteste sich vervielfältigen und die schwächlichen Demokratien ins Wanken geraten (...).

Carlos Fazio aus »El Financiero«, 15. Dezember 1992, Mexico
(Übersetzung: Christian Neven-du Mont)

BRASILIAN NACHRICHTEN

EPK ENTWICKLUNGSPOLITISCHE KORRESPONDENZ

FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen

DIE BRÜCKE TRIALOG

LATEIN AMERIKA NACHRICHTEN

Guatemala Rundbrief

STICHWORT **BAYER** WERKZEUG

KOREA FORUM

ila Zentrum für Kulturpolitischen Austausch und Ökonomie

CUBA LIBRE Kolumbien Rundbrief

DER INKOTA-BRIEF

RELACIONES LATEINAMERIKA ANDERS REPORT

NICARAGUA Rundbrief

brempunkt dreifach Welt

FORUM

südostasien Brasilien Rundbrief

informationen

SAGO INFORMATIONSLAT

DRITTE **WELT blätter** des **iz3w** **position** **pep** **Entwicklungs-POLITIK**

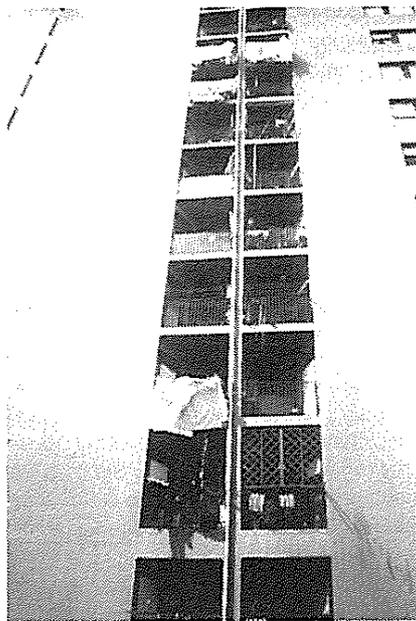
Die Reduzierung der Herstellungskosten durch die Rationalisierung der Wohnungsproduktion wurde bereits frühzeitig als Argument gegen Selbsthilfe und für die zentrale Organisation des Baus von Sozialwohnungen angeführt. Mit der Blüte der "fordistischen" Regulation in den westlichen Wirtschaftssystemen der Nachkriegszeit wurde diese Strategie zum vorherrschenden Produktionsprinzip. Sie schien so überzeugend, daß sogar der Deutsche Gewerkschaftsbund in seinem gemeinnützigen Wohnungsunternehmen die großindustrielle Herstellung von öffentlich geförderten Mietwohnungen übernahm. Die industrielle Produktionsweise verlangte nach Großbaustellen zum Bau von großen Einheiten. Mit dem Leitbild "Urbanität durch Dichte" wurden die negativen Folgewirkungen der Konzentration sozial benachteiligter Gruppen in Wohnhochhäusern und Großsiedlungen in Liverpool, Stockholm, Paris, Hamburg und Rom bewußt in Kauf genommen, um Rationalisierungseffekte zu erzielen. Die städtebaulichen Konzepte wurden mit Wirtschaftlichkeitsberechnungen begründet, in die nur die Baukosten und nicht oder nur unzureichend die Betriebs- und Folgekosten einbezogen wurden.

In Italien wurden die Voraussetzungen für den industriellen Bau von Großsiedlungen mit dem Wohnungsgesetz von 1971 (*legge per la casa*, Nr. 865/1971) geschaffen, "das sich nicht auf die Realisierung großer Wohnungsbaukomplexe (durch große Bauunternehmen) beschränkte, sondern ihre Umwandlung in ein standardisiertes und organisiertes Konsumgut mit allen notwendigen öffentlichen und privaten Dienstleistungen und Konsumeinrichtungen (Supermärkte, Kinos, etc.) anstrebte" (Ferracuti und Marcelloni 1982, S. 131).

Der soziale Wohnungsbau in Rom - Theorie und Praxis der "besseren Stadt"

Die Stadtentwicklung von Rom folgt nach dem sprunghaften Wachstum der Nachkriegszeit heute in wichtigen Bereichen dem westeuropäischen Muster. Die Einwohnerzahl stagniert, so daß die Bautätigkeit in der Peripherie nur noch vom steigenden Wohnflächenkonsum getragen wird. Das schnelle Wachstum der nationalen und metropolitanen Dienstleistungen führte zur durchgreifenden Auflösung des historischen Zentrums, zur Auflösung des traditionellen Nebeneinander der sozialen Schichten und zur Verdrängung eines Teils der angestammten Wohnbevölkerung des *Roma popolare* an die Peripherie.

Das Verhältnis zwischen Zentrum und Peripherie entwickelte sich dennoch grundlegend anders als in den meisten anderen westlichen Metropolen. Der umfangreiche und vielfältige Wohnungsbestand und die Nachverdichtungspotentiale im ungewöhnlich weit ausgedehnten historischen Zentrum konnten einen großen Teil der mit dem Wirtschaftswachstum verbundenen Wohnungsnachfrage befriedigen, so daß die Suburbanisierung durch die Mittelschicht erst verspätet mit der Dezentralisierung von Arbeitsplätzen in Gang kam. Dadurch unterblieb auch der Aufbau eines leistungsfähigen Massenverkehrssystems. Das Zentrum blieb für Migranten mit geringer beruflicher Qualifikation geschlossen. Die Zuwanderer aus dem Süden und aus Mittelitalien, die in den 50er und 60er Jahren im Zuge der Modernisierung der italienischen Gesell-



Rom 1991, "Urbanität durch Dichte"
Foto: Stefan Klein

schaft auf der Suche nach Arbeit zu Hunderttausenden nach Rom strömten, durften nach den Bestimmungen des Gesetzes über die Kontrolle der Verstärkung aus dem Jahre 1936, das bis Anfang der 60er Jahre gültig war, erst dann eine Wohnung beziehen, wenn sie einen Arbeitsplatz nachweisen konnten. Bedingung für die Aufnahme eines Beschäftigungsverhältnisses war aber der Nachweis einer Aufenthaltsgenehmigung... (Breil 1991, S. 8). Die große Mehrheit der Migranten, zwischen 600 und 800.000 Menschen, mußte sich daher illegal in der Peripherie ansiedeln.

Die Programme für den öffentlich geförderten Wohnungsbau waren nicht für die Wohnungsversorgung der Migranten

vorgesehen, die vom politisch-administrativen System nicht wahrgenommen wurden. Die begrenzten Mittel zur Wohnungsbauförderung wurden dringend gebraucht, um die politischen Konflikte zu regulieren, die sich aus der wachsenden Zahl der gekündigten und obdachlos gewordenen Mieter im innerstädtischen Altbaubestand ergaben. Nach der Verabschiedung des Gesetzes Nr. 167 über "den Erwerb von Flächen für den Sozialwohnungsbau" wurden von 1964 an in Rom mehrere Programme für den "Volks- und Billigwohnungsbau" (*Piani edilizia economica popolare*, PEEP) aufgelegt (Breil 1991, S. 14). Sie versprachen mit gewaltigen Investitionen, einer "città promessa" (Sichenze 1988), einer vom Staat zugesagten neuen Stadt, die Lösung der Wohnungsfrage. Nach sechs Jahren waren von den ursprünglich geplanten 712.000 Räumen erst 15.000 gebaut, bis zum Jahr 1983, nach insgesamt fast 20 Jahren, schließlich 346.000 (Sichenze 1988, S. 16, S. 33).⁴

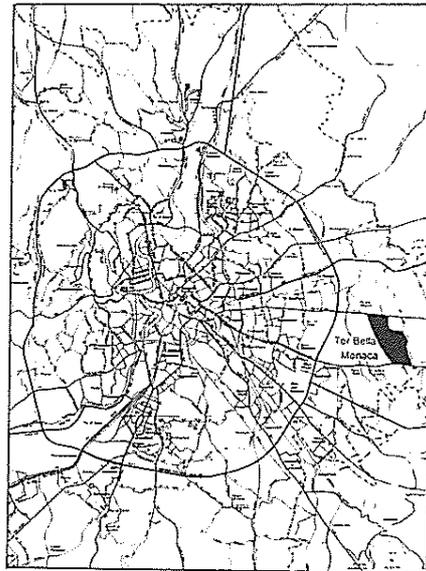
Die Zahl der Anträge auf Zwangsräumungen und die der ausgeführten Räumungsklagen war inzwischen sprunghaft angestiegen (Marson/Folin 1988, S. 214). Von Ende 1980 bis Mitte 1983 - als *Tor Bella Monaca* gebaut wurde - waren in Rom 5.000 Familien von Räumungsklagen betroffen, weil ihre Mietwohnungen in Wohnungseigentum umgewandelt wurden (Sichenze 1988, S. 35). Die linke Stadtregierung, die von 1976 bis 1985 an der Macht war, versuchte deshalb mit einem anspruchsvollen Wohnungsbauprogramm, die sozialen Kosten auszugleichen, die mit der Modernisierung der Stadt einhergingen. Großsiedlungen wie *Tor Bella Monaca* waren Signale dieser Umverteilungspolitik. Die gewählte Strategie vereinte traditionelle und moderne Elemente. Auf peripheren Standorten mit relativ geringen Bodenpreisen (zur Rolle des römischen Grundbesitzkartells bei der Flächenbereitstellung vgl. Breil 1991, S. 46-47) wurden Großsiedlungen in industrieller Bauweise errichtet. Einige Projekte wurden mit dem Anspruch geplant, illegal und ohne städtische Planung entstandene Siedlungen der Migranten zu rehabilitieren, indem sie in ihrer Nähe errichtet wurden und so die politische und planungsrechtliche Möglichkeit boten, Versorgungseinrichtungen in die Nähe der ungeplanten Siedlungen (im römischen Sprachgebrauch "Borgata" genannt) zu verlegen. Nach diesem Konzept wurde auch die Großsiedlung *Tor Bella Monaca* in unmittelbarer Nachbarschaft zur ausgedehnten *Borgata Torre Angela* geplant und gebaut, die damals noch sehr mangelhaft ausgestattet war.⁵

Die Großwohnanlage Tor Bella Monaca - preiswert wohnen wie geplant

Tor Bella Monaca ist eine der neuesten römischen Großsiedlungen. Die Planung stammt noch aus dem Jahr 1969, die Baumaßnahmen wurden aber erst 1981 begonnen und 1984 abgeschlossen. Zur gleichen Zeit entstanden auch die Siedlungen Serpentara 1 und 2, Castel Giubileo, Val Melaina, Torre Vecchia und Grotta Perfetta (Sichenze 1988, S. 22). Die Finanzierung erfolgte nach dem Gesetz Nr. 25/80 (Sondermaßnahmen für den sozialen Wohnungsbau), mit dem der Kommune 175 Mrd Lira für Wohnungsneubauten zu Verfügung gestellt wurden. Das Gesetz wurde explizit mit der Notwendigkeit begründet, die vielen Mieter, die durch die Wohnungsumwandlungen im Altbaubestand der römischen Innenstadt obdachlos wurden, in Sozialwohnungen unterzubringen (Sichenze 1988, S. 23).

Mit dem bereitgestellten Budget sollten deshalb nicht nur 4.000 WE mit 12.000 Räumen gebaut, sondern auch die Versorgungseinrichtungen für die benachbarte Borgata Torre Angela finanziert werden. Steigende Baukosten und die rasche Entwertung des Budgets durch die Inflation führten dazu, daß schließlich nur 3.400 Wohnungen errichtet und nur ein Teil der Wohnfolgeeinrichtungen bereitgestellt werden konnten.

In diesen Wohnungen, die 36 bis 70 qm groß sind, leben heute ca. 12.000 Menschen in Hochhäusern mit 12 Geschossen. Der gesamte Stadtteil, zu dem auch noch einige 6-geschossige Gebäude mit Eigentumswohnungen und die bereits vorher illegal entstandene Borgata Tor Bella Monaca gehören, hat ca. 28.000 Einwohner. Ihnen sollten auf 28 ha Einrichtungen der sozialen Infrastruktur (1 Kindergarten, 4 scuole materne, 2



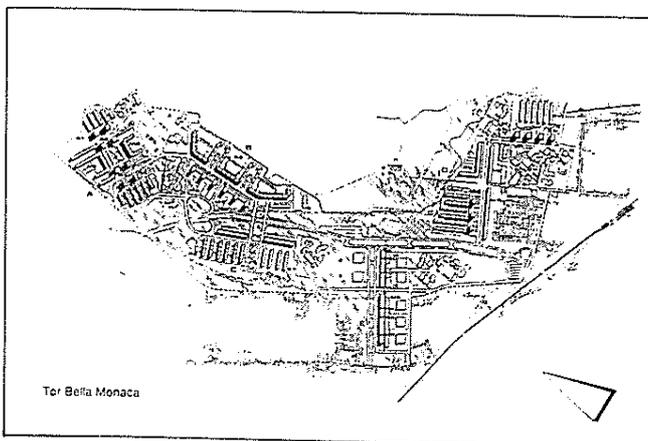
Räumliche Lage von Tor Bella Monaca

Mittelschulen und 2 Grundschulen) zur Verfügung gestellt werden, außerdem 50 ha öffentliche Freiflächen (mit Sportanlagen und Spielplätzen) (Ortis 1989).

Als das Budget verbraucht war, unterblieben der Ausbau der Versorgungseinrichtungen und die Pflege der öffentlichen Grünflächen. Der geplante Landschaftspark ("parco campagna") wurde nicht einmal in Ansätzen verwirklicht, und es gibt immer noch keinen Kindergarten. In den Gesprächen, die wir im Rahmen der Forschungsarbeit mit Bewohnern führten, wurden immer noch schwerwiegende Defizite bei der Infrastrukturversorgung beklagt. Sie fordern weitere Kindergärten, Ärzte und eine Gesundheitsstation, weiterführende Schulen, eine Polizeistation zur Bekämpfung der hohen Kriminalität, ein Therapiezentrum für Drogenabhängige, mehr öffentliche Telefone und Verkaufsstellen für Busfahrkarten, vor allem aber Arbeitsplätze im Quartier und eine bessere ÖPNV-Verbindung mit der Innen-

stadt. Andere Einrichtungen mußten sie mit Mietstreiks und Mobilisierungskampagnen einfordern, z.B. einen Anschluß an den Autobahnring (GRA), eine neue Auffahrt zur via Casilina und die Öffnung kultureller Einrichtungen der Bezirksverwaltungsstelle (Circoscrizione VIII). Besonders die Streikkomitees (z.B. Comitato di lotta), die die neu zugezogenen Bewohner zur Durchsetzung ihrer Interessen gegenüber der Stadt gründeten, mußten im Jahre 1984 den Anschluß an eine Buslinie der städtischen Verkehrsbetriebe (ATAC) (Bus 058) und die Einrichtung einer Filiale der städtischen Konsumgesellschaft (Ente comunale di consumo) mit einer Blockade der via Casilina erzwingen. Eine der letzten Kampagnen wurde bei der Kommunalwahl im Jahre 1990 wiederum zum Ausbau der ÖPNV-Anbindung, zur Verbesserung der Umweltbedingungen und zur baulichen, gestalterischen Sanierung der Siedlung durchgeführt (Martinelli 1990). Die Forderungen zur Sanierung beinhalteten auch die Neugestaltung der Eingangsbereiche. Die Bewohner forderten klar identifizierbare Eingänge zu den Häusern, um bei den bis zu 800 Meter langen Baukörpern eine sinnlich erfahrbare Beziehung zu ihrer Wohnung entwickeln zu können und nicht nur eine Zuordnung über abstrakte Bezeichnungen (z.B. Komplex R 5, Treppenhaus 3, 4. Stock links). Als Ziel ihrer Aktivitäten wurde von den Bewohnerinitiativen neben den Forderungen nach baulicher Sanierung immer auch ihre Identifikation mit der Siedlung herausgestellt.

Die schweren Versorgungsdefizite, die acht Jahre nach dem Bezug der Siedlung noch immer bestehen, können zum Teil auf die unzureichende Finanzierung und auf Mängel im Konsortialvertrag zurückgeführt werden, sie sind aber auch eine unmittelbare Folge der einseitigen Wohnungsbelegung. Die meisten Bewohner wurden vom Wohnungsamt aus



Plan und Ansicht (1991) von Tor Bella Monaca:



"Macht Euch glücklich"

Foto: Stefan Klein

anderen, meist zentrumsnahen Stadtteilen in eine Wohnung eingewiesen ("Wir konnten das Quartier nicht wählen, nur eine Wohnung im ersten oder fünften Stock."). In der Anfangsphase wurden 125 Wohnungen von obdachlosen Haushalten besetzt. Arbeitslose Haushalte können häufig nicht einmal die Miete aufbringen, weil die Unterstützung zu gering ist.

Als die Siedlung geplant wurde, sollte sie moderne städtebauliche, bautechnische und sozialpolitische Erkenntnisse verwirklichen. Heute werden in der "fordistischen Wohnmaschine", die noch immer unvollendet ist, die Armen und Benachteiligten konzentriert, die mit der Modernisierung der Stadt nicht mithalten konnten.

Das geplante Provisorium - die unvollständige Modernisierung der Lebensstile

Die Wohnungen in der Großsiedlung entsprechen zeitgemäßen Standards: sie verfügen über Heizung und Warmwasser, sind hell und praktisch aufgeteilt, haben einen Aufzug und z.T. auch einen Autostellplatz in der Tiefgarage. Und trotzdem erfahren viele Mieter das Leben in der Siedlung als Zwang. Ohne Auto ist das Leben in der peripheren Großsiedlung schwierig. Haushalte, die am alten Wohnstandort in der Innenstadt ohne Auto auskamen, oder nur einen Pkw benötigten, brauchen nach dem Umzug einen Pkw oder einen Zweitwagen. Sie werden auf ein höheres Konsumniveau festgelegt, das sie aber oft nicht halten können, wenn z.B. die Ehefrau ihre Stelle als Angestellte wegen der großen Entfernung aufgeben muß.

In Tor Bella Monaca sind die Arbeitswege lang im Vergleich zu anderen peripheren Quartieren, weil fast alle Bewohner aus anderen, meist innenstadtnahen, Stadtteilen zugezogen sind (Krella/Potz 1991 a, S. 4 und 19) und ihren Arbeitsstandort wegen des ungünstigen Angebots an besser erreichbaren Arbeitsplätzen nicht verändern wollen. Die Arbeitsstandorte liegen deshalb nicht im Quartier oder seiner Umgebung, sondern in zentrumsnahen Stadtteilen. Tor Bella Monaca ist eines der wenigen römischen Quartiere, in dem die meisten Erwerbspersonen noch Arbeiter sind, während in weiten Bereichen der Peripherie bereits Qualifikationen für den Dienstleistungssektor überwiegen (Krella/Potz 1991 b, S. 40). Im Quartier selbst gibt es wenn überhaupt nur Ar-

beitsplätze im einfachen Dienstleistungsbereich, die vor allem von Frauen eingenommen werden (Krella/Potz 1991 a, S. 8).

F. Schmoll (1990, S. 301) stellt dar, wie die Wohnform der Großwohnanlage "zur weiteren Ausdehnung des Warenkonsums und der Inanspruchnahme öffentlicher Leistungen und Einrichtungen beigetragen und damit einer 'fordistischen Lebensweise' in wesentlichen gesellschaftlichen Lebensbereichen Geltung verschafft hat": die Nutzungsmöglichkeiten der Wohnungen und Siedlungen sind auf das reine Wohnen reduziert, die technisch moderne Wohnungs- und Gebietsausstattung erfordert sachgerechtes Verhalten (z.B. Umgang mit moderner Haustechnologie, d.V.), das Niveau des Wohnkonsums wird angehoben, z.T. unterstützt durch staatliche Subventionen, und das Alltagsleben wurde stärker privatisiert und individualisiert. Die Familie wird dabei "auf die Funktion familiärer Intimität reduziert und damit zugleich überfordert". Durch den Ausbau des fordistischen Sozialstaats werden "weite Bereiche des Alltags formalisiert" (a.a.O., S. 302).



Strassenraum in Tor Bella Monaca, 1990

Foto: Bernhard Krella

In Tor Bella Monaca blieb die Modernisierung der Lebensweisen unvollständig. Wegen der schlechten Verkehrsbindung mußten viele Frauen nach dem Umzug ihren Arbeitsplatz aufgeben und deshalb das Konsumniveau ihrer Familien herabsetzen. Die Beziehungen zu Verwandten und Freunden konnten nur unter größerem Aufwand aufrechterhalten werden, und die Nutzung informeller Netze wurde erschwert. Vor allem aber konnten die alten Freizeitgewohnheiten, die auf das Quartier und das Stadtzen-

trum ausgerichtet waren, nicht mehr fortgeführt und moderne Freizeitaktivitäten, die mehr Mobilität verlangen, ohne Pkw oder aus Zeitmangel nicht übernommen werden.

Die Frauen werden vom neuen Konsummodell in der peripheren Großsiedlung besonders stark belastet. Raumüberwindung kostet Zeit und Geld, für Frauen besonders knappe Güter. Nur wenige verfügen über ein Auto, aber selbst damit wäre die Fahrzeit ins Zentrum für berufstätige Mütter zu lang. Viele Frauen leiden unter dem Widerspruch, eine moderne, weitgehend individualisierte Existenz führen zu müssen, ohne die dazu notwendigen materiellen Hilfen kaufen zu können.

Frau L., die kein Auto zur Verfügung hat, bestätigt, daß der Umzug in die Großwohnanlage "in jeder Hinsicht eine Umwälzung bedeutete, im Bewußtsein wie im persönlichen und sozialen Verhalten. (...) Wir haben früher in Monteverde gelebt, in der Nähe des Zentrums. Im Gegensatz zu heute hatte ich viel mehr Zeit für mich selbst; wir konnten z.B. nach dem Abendessen spazieren gehen, ich

konnte mich kulturell und auch politisch engagieren. Heute ist dies alles wegen der Verkehrsprobleme nicht mehr denkbar. Von Tor Bella Monaca braucht man bis zum Hauptbahnhof eineinhalb Stunden. Wir fühlen uns aus dem sozialen Leben, das wir vorher führten, ausgeschlossen. Fernsehen ist die einzige 'kulturelle Aktivität' in der Freizeit. Unsere früheren Freizeitaktivitäten, z.B. Essen gehen oder abends und am Wochenende Freunde treffen, sind nur noch eine Erinnerung. Wir schaffen es nicht, die

Zeit für diese Bedürfnisse zu finden" (Krella/Potz 1991 b, S. 18).

Die meisten Mieter in Tor Bella Monaca sind Opfer des Modernisierungsprozesses. Sie mußten ihre "vor-modernen", aber sozial und räumlich integrierten Lebenswelten in der Stadt aufgeben und einen Lebensstil übernehmen, der ein höheres Konsumniveau erforderte, das sie aber wegen sozialer oder ökonomischer Benachteiligung nicht realisieren konnten. Viele wurden arbeitslos und können nicht einmal die Miete aufbringen. Mit der Umsetzung in die staatlich geförderte "fordistischen Wohnmaschine" wurden sie vom Staat abhängig, um überleben zu können.

Die "fordistische Wohnmaschine" bietet nur wenig Spielräume zur Aneignung des Wohnumfeldes. Einzelne Mieter versuchen trotzdem, dieses Element einer "vor-modernen" Lebensweise auch in Tor Bella Monaca durchzusetzen. Sie haben kleine Gärten unter ihrer Wohnung eingezäunt und bebaut und reagieren aufgeregt, wenn der Fremde darauf aufmerksam wird und fotografiert. Andere haben ihren Tiefgaragenplatz mit Maschendraht gesichert. Diese Ansätze zu einer Selbstregulierung von Wohnbedürfnissen müssen gegen eine anonyme, zentralistisch organisierte und deshalb wenig flexible Verwaltung durchgesetzt werden. Da die städtische Wohnungsbelegung nicht Bewohner mit der gewünschten Kaufkraft ins Quartier brachte, stehen heute Ladengeschäfte leer, die für ein höherwertiges Konsumgüterangebot (mit entsprechend hohen Ladenmieten) vorgesehen waren, und gleichzeitig bleibt das Angebot an preisgünstigen Einkaufsmöglichkeiten schmal, da der Bauträger lieber Leerstände in Kauf nimmt, als preiswerter zu vermieten. Dies ist ein weiteres Indiz für die Schwierigkeiten, Nutzungsstrukturen in der durchgeplanten Großsiedlung flexibel zu regulieren.

Sozial benachteiligte Haushalte, die ihre Existenz im alten Quartier unter Nutzung raum-zeitlicher Nähe und informeller Strategien noch relativ selbstbestimmt gestalten konnten, werden von den starren und unvollständigen Strukturen der Großsiedlung noch weiter ausgegrenzt. Damit werden die Schichten der römischen Bevölkerung, die im Zuge des wirtschaftlichen Wachstums sozial marginalisiert wurden, auch noch räumlich peripherisiert. Frau L.: "In der Peripherie einer Metropole zu leben heißt, weit entfernt vom wirklichen Leben zu sein und abgesondert von den anderen 'Gesellschaften'" (a.a.O., S. 19).

Planung und Regulation bei der staatlichen Wohnungsversorgung - die selektive Integration

Tor Bella Monaca wurde als moderne Siedlung nach nordeuropäischem Vorbild geplant. In einem weiträumigen Landschaftspark sollten fünf weitgehend autonome Siedlungskerne entstehen und mit Schnellstraßen verbunden werden. Der Park ist heute eine öde, verwilderte Freifläche und von den Bewohnern wegen der großen Entfernung zu den Siedlungskernen auch nicht als Grabeland zu nutzen; die Straßen sind viel zu breit und die weiten Entfernungen innerhalb der Siedlung für Behinderte und Rentner eine große Belastung.



"Einzelne Mieter haben kleine Gärten unter ihrer Wohnung angelegt" Foto: Volker Kreibich

Mit der Siedlung wurde ein Kulturzentrum mit Theatersaal und Freilichttheater, einem Kinosaal und Ausstellungsräumen errichtet, das den gesamten östlichen Sektor versorgen soll. Es wurde im letzten Jahr zum erstenmal genutzt, nachdem es sechs Jahre lang leer gestanden war. Die Resonanz war positiv, aber die Besucher kamen aufgrund des eher auf die Mittelschicht ausgerichteten Kulturangebotes zu einem großen Teil von außerhalb.

Tor Bella Monaca war als weitgehend autonomer Stadtteil geplant, der eine moderne, städtische Lebensweise mit geringeren Kosten an der Peripherie ermöglichen sollte. Dieses Kalkül ging nicht auf. Selbst die meisten der inzwischen gut ausgestatteten Trabantenstädte in West- und Nordeuropa, in denen, wie in Deutschland, (noch) Familien mit mittleren Einkommen wohnen, wurden mit leistungsfähigen Verkehrssystemen an die Stadtzentren angeschlos-

sen und damit stärker integriert. Eine bessere Verkehrsanbindung würde die Lebensbedingungen in Tor Bella Monaca entscheidend erleichtern.

Die Siedlung wurde nach Standards geplant für Haushalte, die ein modernes konsumorientiertes Leben bezahlen können, aber überwiegend mit Familien belegt, die teilweise nicht einmal die vergleichsweise geringen Mieten des italienischen sozialen Wohnungsbaues bezahlen können. Tor Bella Monaca wurde von seinen Architekten nicht für Arme geplant. Die Opfer der Räumungsklagen im innerstädtischen Aufwertungsprozeß gehörten zum "Roma popolare", waren also Arbeiter, Rentner, auch einfache

Handwerker. Für sie sollte mit philanthropischer Attitüde und unter dem reformerischen Leitbild der Modernisierung draußen eine "neue Stadt" entstehen. Die Dynamik des innerstädtischen Wohnungsmarktes überholte diese Zielvorstellung und führte zur Konzentration von Armen und sozial Benachteiligten, die nicht in der Lage sind, die Mehrkosten für das Leben in der isolierten und unvollständig ausgestatteten Trabantenstadt aufzubringen. Das Armenghetto in der Peripherie wird deshalb nur unter unaufhörlichen politischen Auseinandersetzungen und mit ständig steigenden Subventionen der öffentlichen Hand zu halten sein.

Städtebauliche Ergänzungen und Reparaturen, vor allem die Instandhaltung der Bausubstanz, sind notwendig, um die Kumulation von Armut und baulichem Verfall zu vermeiden, die das Elend in vielen Großsiedlungen der USA inzwischen so ausweglos macht. Die dazu er-

forderliche Umstellung von zeitlich begrenzten Investitionsprogrammen auf eine kontinuierliche (Re-)Finanzierung wird nur mit grundlegenden Reformen der Wohnungs- und Städtebauförderung möglich sein.

Eine weitere Verschärfung der Probleme in der Siedlung wird aber auch damit nicht zu verhindern sein, solange sich die Notlagen durch die Zwänge der Wohnungsbelegungspraxis ständig erneuern. Die Entwicklung in den innenstadtnahen Mietwohnungsbeständen ist der Motor für die negative Selektion in Tor Bella Monaca und anderen peripheren Neubausiedlungen mit kommunalen Belegrechten. Die massenhafte Umwandlung von innerstädtischen Miet- in Eigentumswohnungen wird inzwischen auch von öffentlich-rechtlichen Institutionen, z.B. Versicherungen, betrieben, um schnell neues Anlagekapital zu gewinnen. Nur ein Eingriff in diese Praxis, wie er u.a. in Deutschland mit einem Umwandlungsverbot, einer Anpassung der Marktmieter an die Einkommensentwicklung und einer Stützung der Mietzahlungsfähigkeit der unteren Einkommensgruppen erfolgt, kann verhindern, daß die Standortvorteile innerstädtischen Wohnens nur noch den Zahlungskräftigen zugute kommen und die benachteiligten Haushalte, die bei der Eigentumsbildung nicht mithalten können, an die Peripherie abgedrängt werden (Kreibich 1990).

Eine solche Politik ist nicht in Sicht. Es scheint eher wahrscheinlich, daß Tor Bella Monaca auf ganz andere Weise wenigstens selektiv in das städtische System integriert wird. Die östliche Peripherie erfährt zur Zeit eine stürmische, aber ungeplante und in weiten Bereichen sogar illegale Ansiedlung von Arbeitsplätzen. Am Autobahnring (Gran Raccordo Anulare) entstehen außerhalb der geltenden Planung ausgedehnte Gewerbegebiete mit Kleinindustrie. An den beiden Konsularstraßen, die an Tor Bella Monaca im Norden und Süden vorbeiführen (via Prenestina und via Casilina), wird mit der weiter zunehmenden Besiedlung auch der bereits stark vertretene Sektor der stadtteilbezogenen Dienstleistungen ausgebaut. Der Korridor an der alten Konsularstraße via Tiburtina, die die östliche Peripherie im Norden begrenzt, ist bereits ein bevorzugter Standort für moderne Produktionsbetriebe und unternehmensorientierte Dienstleistungen.

Ganz in der Tradition der städtischen Planung in der Peripherie nimmt das politisch-administrative System die unge-

planten Entwicklungen nachholend zur Kenntnis und versucht, mit nachträglichen Reparaturen die Leistungsfähigkeit der Quartiers- und Regionalstrukturen zu verbessern. Neue Straßen werden gebaut, um direkte Verbindungen zwischen den Siedlungskernen zu ermöglichen. Damit werden wenigstens die Autofahrer in Tor Bella Monaca an neue Arbeitsmärkte und Dienstleistungszentren in der benachbarten Peripherie angeschlossen. Auch die Einrichtung entsprechender ÖPNV-Verbindungen scheint eher möglich zu sein als ein leistungsfähiger Anschluß an das Stadtzentrum.

"Am darauf folgenden Sonntag gingen sie gemeinsam nach Rom." Der Roman "Una vita violenta" von Pier Paolo Pasolini beginnt so die Erzählung dieses Spazierganges von Tommaso und Irene. Beide stammen aus der römischen Peripherie. Für sie ist das Zentrum zwar weit entfernt, aber ein schönes Ziel, ein Ziel "für den Sonntag" (Insolera 1985).

Dreißig Jahre nach diesem Roman liegt die Stadt für viele Bewohner der inzwischen entstandenen "zweiten Peripherie" noch weiter entfernt, und immer noch ist es für sie nur ein Ziel "für den Sonntag".

Wird das unaufhaltsame Wachstum in den Außenbereichen der Stadt Rom nach der "ersten" auch die "zweite" Peripherie einholen und die "nach außen gekehrte Stadt" (Keil/Ronneberger 1991) die Großsiedlung aus ihrer peripheren Lage befreien?

Anmerkungen

- 1 Die Großsiedlung Tor Bella Monaca ist in Analogie zur "fordistischen Produktionsweise" ein Beispiel für Wohnungsbau am Fließband, rationalisiert, industriell, wenig flexibel.
- 2 Selbsthilfe (vor allem Kapitalbeschaffung in genossenschaftlichen Organisationsformen) im Gegensatz zu staatlicher Intervention und Einflußnahme.
- 3 In der Bundesrepublik Deutschland lag der Landesdurchschnitt 1987 bei fast 31% (Römer u.a. 1989, S. 275).
- 4 Neben der Geldentwertung und schnell steigenden Baukosten verhinderte vor allem die fehlende Kontinuität bei der Bereitstellung der vorgesehenen Mittel die Realisierung der Pläne. Inwieweit ein Teil des Budgets anderweitig verwendet wurde, wird vielleicht nie geklärt werden.
- 5 vgl. Bernhard Krella: Die Borgata Torre Angela, in: TRIALOG 36/1993, S.36ff

Literatur

- Breil, Margareta: Rahmenbedingungen der italienischen Wohnungs- und Planungspolitik. Dortmund/Rom 1990 (= Die Raum-Zeit-Struktur römischer Borgate, Texte 6).
- dies.: Die Anfänge einer nationalen Wohnungspolitik. Das italienische Wohnungsgesetz von 1903. Diss. an der Fakultät für Architektur der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen 1992
- Colasanto, Domenico: 1925-1981: La città legale. In: Clementi, Alberto; Perego, Francesco (Hrsg.): La metropoli "spontanea"/il caso di Roma. 1925-1981: sviluppo residenziale di una città dentro e fuori dal piano. Bari 1983, S. 249-289
- Ferracuti, Giovanni; Marcelloni, Maurizio: La casa. Mercato e programmazione. Torino 1982
- Insolera, Italo: Roma. Immagini e realtà dal X al XX secolo. Roma 1985
- Krella, Bernd; Potz, Petra: Der Alltag in den Quartieren - Daten zur Raum-Zeit-Organisation. Dortmund/Roma 1991 a (= Die Raum-Zeit-Struktur ... Texte 8)
- dies.: "Meine Freizeit verbringe ich im Bus..." - Ein Lesebuch. Dortmund/Roma 1991 b (= Die Raum-Zeit-Struktur römischer Borgate, Texte 11)
- dies.: Leben in der römischen Peripherie - Raum-Zeit-Probleme und ihre Verarbeitung. Dortmund/Roma 1992 (= Die Raum-Zeit-Struktur römischer Borgate, Texte 10)
- Kreibich, Volker: Die Gefährdung preisgünstigen Wohnraums durch wohnungspolitische Rahmenbedingungen. In: Blasius, Jörg; Dangschat, Jens (Hrsg.): Gentrification - Die Aufwertung innenstadtnaher Wohngebiete. Köln 1990, S. 51-68
- Manson, Anna; Folin, Marino: Länderbericht Italien. In: Prigge, Walter; Kaib, Wilfried (Hrsg.): Sozialer Wohnungsbau im internationalen Vergleich. Frankfurt am Main 1988, S. 211-230
- Martinelli, Franco: Ambiente e popolazione: Tor Bella Monaca, quartiere della seconda periferia urbana. In: Tor bella Monaca ... a 2 ore dal centro. Atti del convegno Cittadino, Rom 1990
- Montero, Alessandro: Politiche dell'edilizia residenziale pubblica: l'attuazione. In: Clementi, Alberto; Perego, Francesco (Hrsg.): La metropoli "spontanea"/il caso di Roma. 1925-1981: sviluppo residenziale di una città dentro e fuori dal piano. Bari 1983, S. 374-385
- Ortis, Irene: Un centro di formazione professionale all'interno di un quartiere. In: Tor bella Monaca ... a 2 ore dal centro. Atti del convegno Cittadino, Rom 1990
- Römer, Karl; u.a.: Tatsachen über Deutschland. Gütersloh 1989
- Ronneberger, Klaus; Keil, Roger: Morgenland in Tomorrowland. Die nach außen gekehrte Stadt in einer urbanisierten Welt. In: Kommune 3, 1991, S. 63-65
- Schmöll, Fritz: Schneller Wohnen. Zum allmählichen Aufstieg und rapiden Verfall des Leitbilds sozialstaatlicher Wohnungsvergütung und Stadtplanung. In: Borst, Renate u.a. (Hrsg.): Das neue Gesicht der Städte. Theoretische Ansätze und empirische Befunde aus der internationalen Debatte. Basel 1990, S. 286-316 (= Stadtforschung aktuell, Bd. 29)
- Sichenze, Armando: La città promessa. La Roma dei PEEP (1965-1985). In: Cestrani, Manuela (Hrsg.): Tre città: Roma, Venezia, Palermo. Roma 1988, S. 11-36

Großsiedlungen in Izmir: Quartiersbildung im Schnellverfahren

Eckhart Ribbeck

Summary

In the rapidly growing Metropolitan Region of Izmir, high rise housing is noticed to be the favourable housing form of the middle and upper middle class. Due to the private ownership of these flats, they enjoy a good image, while the lower income classes occupy informally built gecekondusettlements. Caused by the high pressure on the housing market, large new development areas are now occupied in the Northern Growth Zone of Izmir both by private high rise building projects and new gecekondus. In this mixed housing pattern, the gecekondus have access to infrastructure services such as roads, transportation, schools and hospitals being provided for the formal housing schemes.

Zum Kontext

Die Stadt Izmir hat – wie nahezu die gesamte türkische Mittelmeerküste – eine eindrucksvolle Vergangenheit. Der griechische Dichter Homer soll hier gelebt haben, ebenso erinnern noch Reste einer griechischen Polis (Smyrna) sowie andere historische Stätten an die lange und wechselvolle Geschichte dieser Stadt. Auch das osmanisch-islamische Erbe ist noch durchaus präsent, aber als traditionell weltoffene Hafenstadt ist Izmir sicher eine der westlichsten Großstädte der Türkei.

Prof. Dr.-Ing. Eckhart Ribbeck, Fachgebiet Planen und Bauen in Entwicklungsländern am Städtebaulichen Institut der Universität Stuttgart

Die Darstellung stützt sich auf Beobachtungen während einer Feldstudie mit Studenten des Aufbaustudiengangs "Infrastructure Planning" an der Universität Stuttgart im Herbst 1992

Heute ist Izmir mit ca. 2 Millionen Einwohnern die drittgrößte Stadt und einer der wichtigsten Handels- und Industriestandorte des Landes. Dies alles macht Izmir zu einem wichtigen Zielort der Land-Stadt-Wanderung. Das rasche Bevölkerungswachstum (ca. 4% p.a.) droht dabei nicht nur die relativ gut entwickelte städtische Wirtschaft zu überfordern, sondern stellt auch die Infrastruktur- und Wohnungsversorgung vor fast unlösbare Probleme. Hinzu kommen kritische Umweltprobleme, so etwa die durch die Lederindustrie stark kontaminierte Bucht und die seit Jahrhunderten fortschreitende Entwaldung der umliegenden Gebirge.

Stadtstruktur und räumliche Entwicklung

Der offenen Lage am Meer steht der enge Bewegungsraum gegenüber, den die Stadt für ihr eigenes Wachstum besitzt. Diese Situation hat zu einer spezifischen Stadtstruktur geführt, wobei die "formellen" und hochwertigen Stadtgebiete die schmale Küstenebene, und die "informellen" oder improvisierten Wohngebiete der unteren Einkommenschichten die angrenzenden Hänge der Küstengebirge besetzen.

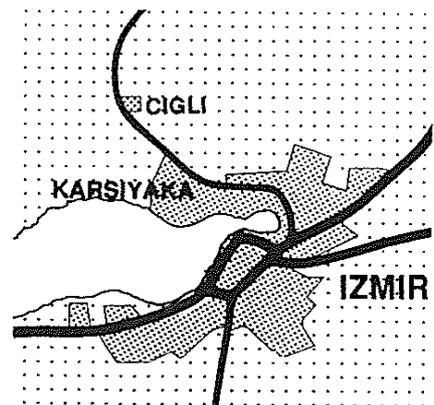
Die ufernahen Quartiere der Mittel- und Oberschicht bestehen weitgehend aus 8-geschossigen Apartment-Häusern in dichter Blockbebauung mit relativ engen, zumeist orthogonal verlaufenden Straßen. Hier herrscht eine hohe Verkehrsdichte und intensive Nutzungsmischung, was zusammen ein durchaus großstädtisches Milieu hervorbringt.

Die Häuser an der verkehrsreichen Uferstraße mit Blick auf die Bucht sind der bevorzugte Wohnstandort der Reichen, ebenso die obersten Geschosse der besseren Apartment-Häuser in den ufernahen Quartieren. Erst in jüngerer

Zeit, aber durch die stadträumlichen Verhältnisse sehr eingeschränkt, zeigen sich Tendenzen zur Ausbildung exklusiver Villenviertel in attraktiver Stadtrandlage.

Die angrenzenden Hänge der Küstengebirge sind mit "Gecekondus" (wörtlich: "über Nacht gebaut") bedeckt, die insgesamt etwa 50% der gesamten Stadtläche ausmachen. Diese Quartiere der einkommensschwachen Bevölkerung sind z.T. schon einige Jahrzehnte alt, viele sind bereits legalisiert und mit elementaren Infrastrukturen ausgestattet. In diesen konsolidierten Quartieren haben auch vielfach moderne Mehrfamilienhäuser die alten Selbsthilfe-Häuser ersetzt, was eine rasche städtebauliche Verdichtung mit sich bringt. Ein typisches Vorgehen hierbei ist, daß private Investoren in diesen Gebieten aktiv werden und 6 bis 8-geschossige Häuser bauen, wobei – sozusagen als "joint venture" – der Unternehmer das Kapital, und der Gecekondu-Bewohner das Grundstück einbringt.

Es kann hinzugefügt werden, daß die Gecekondus zwar erhebliche städtebauliche und infrastrukturelle Mängel aufweisen (z.B. fehlende Freiflächen, extreme Hangbebauung, schlechte Erschlie-



ßung und sanitäre Entsorgung), aber keineswegs "Slums" darstellen. Im Gegenteil beeindruckt oft der intime und friedliche Charakter dieser Gebiete, was damit zusammenhängen mag, daß die Bewohner zumeist bäuerlicher Herkunft sind und sich die entsprechende Lebensformen auch in der Großstadt noch lange halten, selbst wenn die ökonomischen Grundlagen hier vollkommen andere sind. Deutlich wird dies u.a. an den vielen kleinen Quartiers-Moscheen, die gleichzeitig mit den Häusern entstanden sind.

Insgesamt stellt die sozialräumliche Verteilung und die spezifische Wohntypologie von Izmir das uns gewohnte Bild nahezu auf den Kopf: hier wohnen die Reichen (noch) nicht in Einfamilien-Häusern in attraktiver Stadtrand- oder Hanglage, sondern in den mehr oder weniger eleganten, vielgeschossigen Apartment-Häusern der ufernahen Innenstadt. Umgekehrt leben die unteren Einkommenschichten hier nicht in hochverdichtetem Massenwohnungsbau, sondern in improvisierten Ein- oder Großfamilienhäusern an den Hängen der Küstengebirge. Dies hat u.a. zur Folge, daß in Izmir wie auch in anderen Städten der Türkei der Geschöß-Wohnungsbau – und damit auch die Großsiedlungen – ein wesentlich besseres Image als etwa in Deutschland haben, wo diese Wohnform häufig mit sozial schwachen Schichten in Verbindung gebracht wird.

Das städtische Siedlungsgebiet, das sich um die Bucht von Izmir legt, hat heute eine Ausdehnung von ca. 50 km. Die Stadt hat den engen Küstenstreifen, der dem Gebirge vorgelagert ist, längst ausgefüllt und drückt nun in die Seiten-



Eigentumswohnungen in prominenter Lage entlang der Uferstraße

Foto: Ribbeck

täler hinein, durch die auch die wichtigen Ausfallstraßen in die umliegenden Städte und Regionen führen. Allerdings sind auch die zukünftigen Möglichkeiten dieses fingerartigen Stadtwachstums wegen der topographischen Enge sehr begrenzt, so daß für die weitere räumlichen Expansion nun völlig neue Flächen in zunehmender Entfernung von der Kernstadt erschlossen werden müssen.

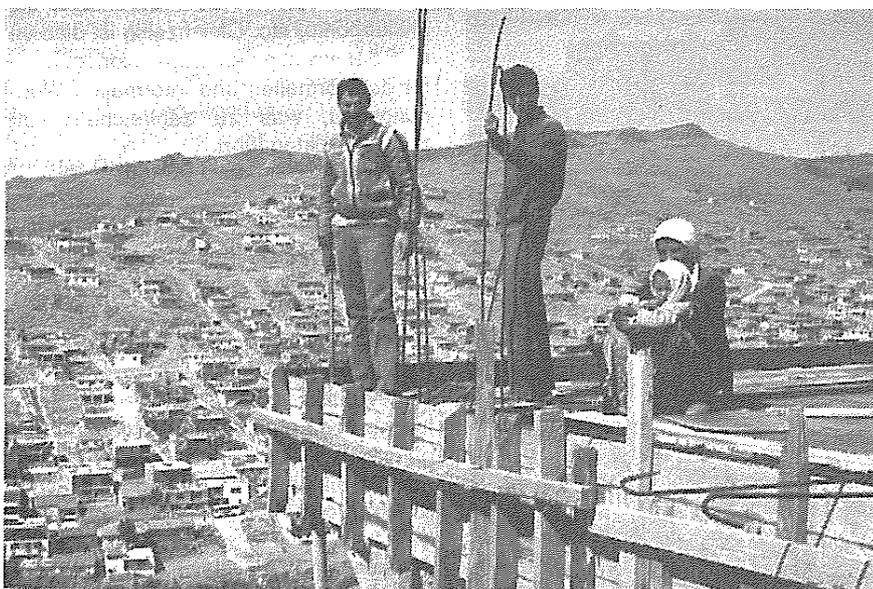
Das rasche städtische Wachstum hat die administrativen Grenzen der Kernstadt Izmir längst überschritten, so daß heute von einer Metropolitanen Region gesprochen wird, die 4 administrative Einheiten umfaßt und deren weitere Expansion Gegenstand ständiger lokalpolitischer Diskussionen ist. In dieser wachsenden Agglomeration hat die alte Kern-

stadt Izmir allerdings ihre starke Stellung behalten und bestimmt praktisch alle wichtigen Planungsentscheidungen. Dabei bemüht sich die Planung relativ vergeblich, den raschen städtischen Wachstumsprozeß durch Gesamtpläne zu kontrollieren; andererseits gibt es aber auch eine Reihe ambitionierter Entwicklungsprojekte, so z.B. ein von der Weltbank finanziertes gesamtstädtisches Abwassersystem und ein Großprojekt zur Neuordnung des städtischen Verkehrs.

Zur Wohnungspolitik

Wie in anderen strukturschwachen Ländern spielen auch in der Türkei der Bodenmarkt, das Baugewerbe und der Wohnungsbau eine Schlüsselrolle in der Wirtschaft der schnellwachsenden Städte. Generell sind Investitionen in diesen Bereichen wesentlich attraktiver als in anderen Sektoren; dies vor allem durch den breiten Spielraum für gewinnträchtige Spekulationen.

Als wichtige Wachstumsbranche wird der Wohnungsbau in der Türkei auch staatlich gefördert, dies nicht nur im Hinblick auf den enormen Wohnungsbedarf, sondern auch wegen den wirtschaftlichen Stimulations- und Beschäftigungseffekten, die man dem Bausektor zuschreibt. Konkret vollzieht sich diese Förderung häufig im Rahmen von "Kooperativen" oder Genossenschaften, wobei aber weniger der Selbsthilfe- und Gemeinschaftsgedanke im Vordergrund steht, sondern ein finanztechnisches Konzept, das eine Förderung mit günstigen staatlichen Krediten für alle Bauvor-



Geçekondus besiedeln die Hänge

Foto: Ribbeck

haben vorsieht, die formal als "Kooperativen" gelten. Die Gründung einer solchen Kooperative ist relativ einfach, so daß nahezu jede Gruppe von Bauinteressenten, jede Firma, öffentliche Behörde etc. eine solche Genossenschaft gründen kann, um in den Genuß der staatlichen Förderung zu kommen.

Dementsprechend sind nahezu alle Wohnungsbauprojekte im Lande als "Kooperativen" deklariert und erfahren eine entsprechende Förderung. Dies gilt für normale Wohnungsprojekte ebenso wie für viele Luxus-, Ferien- und Zweitwohnungen. Diese Förderung richtet sich allerdings ausschließlich auf den sogenannten "formellen Sektor", d.h. auf die Wohnungsprojekte der mittleren und höheren Einkommensgruppen, während der Wohnungsbau der einkommensschwachen Bevölkerung, d.h. insbesondere der Selbsthilfe-Wohnungsbau in den Geçekondus, hiervon weitgehend ausgeschlossen bleibt. Gründe hierfür sind die rechtliche Unsicherheit des Grundbesitzes, fehlende planungsrechtliche Grundlagen, aber auch die Tatsache, daß es sich hier zumeist um Ausbau und Erweiterung der Häuser, und weniger um Neubauten handelt.

Ein großer Teil des offiziellen oder formellen Wohnungsbaus – auch derjenige der Kooperativen – wird von großen privaten Bauträgern realisiert, die ebenso mit günstigen staatlichen Krediten komplette Siedlungen erstellen und vermarkten. Beeindruckend ist hierbei die Schnelligkeit, mit der diese Großprojekte in 2-3 Jahren hochgezogen werden, wobei das Fehlen einer restriktiven Boden-, Planungs- und Umweltpolitik die Realisierung sicher entscheidend erleichtert.

Dennoch enthält die galoppierende Inflation erhebliche Risiken für die Kalkulation solcher Projekte, die nur durch ein fähiges Management gemeistert werden können. Auf jeden Fall hat sich dieser Sektor in den letzten Jahren derart entwickelt, daß die Planung und der Bau von Großsiedlungen sogar schon zu einem florierenden türkischen Exportartikel geworden ist.

In diesem Kontext hat 1991 die lokale Wohnungspolitik folgende Zielsetzungen entwickelt, wobei jedoch noch offen ist, wieweit diese tatsächlich erfüllt oder bloße Absichtserklärungen bleiben werden:

- (a) Frei finanziert und hochwertiger Wohnungsbau in attraktiven Lagen für die obere Einkommensschicht. Diese soll hierdurch veranlaßt werden, den gegenwärtig von ihr besetzten Geschoßwohnungsbau für mittlere Einkommensschichten freizumachen.
- (b) Öffentlich geförderte Wohnungsbauprojekte für die mittleren Einkommensschichten nach dem Kooperativen-Modell.
- (c) Verdichtung innerstädtischer Quartiere und Auffüllung von Baulücken durch (kooperativen) Geschoßwohnungsbau.
- (d) Bereitstellung von Siedlungsflächen für den Bedarf der unteren Einkommensschichten. Hierdurch soll vor allem die Bildung neuer Geçekondus verhindert werden.
- (e) Verbesserung, Verdichtung und Konsolidierung von Geçekondus. Hierbei sollen kleine Geçekondus-Häuser durch Geschoßbau ersetzt werden, wobei der ursprüngliche Besitzer als Kompensation eine neue

Wohnung erhält. Die anderen Wohnungen werden dann zwischen dem Bauträger und der Stadtverwaltung aufgeteilt und in eigener Regie zur Deckung ihrer Investitionen vermarktet.

- (f) Verhinderung von neuen Geçekondus schon während der ersten Phase ihrer Entstehung durch eine bessere Kontrolle und eventuell durch Umsetzung auf eine geeignetere und planungsrechtlich abgesicherte Fläche. Dies setzt eine aktive Boden- und Infrastrukturpolitik für die unteren Einkommensschichten voraus (siehe auch d.).

Es wird sichtbar, daß es zwar deutliche Bemühungen gibt, auch auf die Wohnungsnot der unteren Einkommensschichten und insbesondere auf die Geçekondus einzugehen, andererseits fließt der Löwenanteil der öffentlichen Förderung unverändert den mittleren und höheren Einkommensschichten zu, was selbstverständlich jeder aktiven Geçekondu-Politik enge Grenzen setzt.

Aktuelle Großsiedlungen in Izmir

Eine der wichtigsten neuen Wachstumszonen, die auch bereits in die neue Flächennutzungsplanung aufgenommen worden ist, liegt jenseits der Bucht, nordwestlich des Nobelviertels Karsiyaka. Hier hat sich entlang der verkehrsreichen Ausfallstraße in Richtung Istanbul ein großer städtischer Korridor herausgebildet, der zunehmend solche städtischen Einrichtungen und Aktivitäten aufnimmt, die in der Kernstadt keinen Platz mehr haben. Dies betrifft etwa neue Industrie- und Gewerbegebiete, den Militärflughafen, eine neue Kläranlage, die Mülldeponie, etc. Gleichzeitig ist dies eines der wichtigsten Expansionsgebiete für den formellen und informellen Wohnungsbau, was zu zahlreichen Nutzungskonflikten führt.

Die neue Wohnungsbaupolitik der Stadt hat auf die räumliche Entwicklung zunächst nur einen geringen Einfluß. Der städtische Wachstumskorridor Karsiyaka/Cigli wird seit einigen Jahren rasch und unkoordiniert mit städtischen Einrichtungen, mit Großsiedlungen und mit Geçekondus aufgefüllt, wobei der Siedlungsprozeß eher einem Wettlauf um die günstigsten Standorte und um neues, noch nicht extrem verteuertes Bauland gleicht.

Abwechselnd oder gleichzeitig besetzen formelle und informelle Siedlungen den Wachstumskorridor, wobei die Konkur-



Typische Großsiedlung der mittleren Einkommensklasse

Foto: Ribbeck

renz beider Wohnungsversorgungs-Systeme deutlich zutage tritt. Dies veranlaßt die öffentliche Planung zu Anstrengungen, dem formellen Wohnungsbau gegenüber den Geçekondus einen Vorsprung zu sichern, etwa durch besondere Restriktionen für die improvisierten Siedlungen. Es zielt zumeist auf eine strikte Abgrenzung bestehender Geçekondus, um deren weiteres Wachstum zu verhindern, z.B. durch streng geschützte Aufforstungszonen in unmittelbarer Nähe der irregulären Siedlungen. Größere Abrissaktionen sind dagegen selten geworden, weil sie sich lokalpolitisch kaum mehr durchsetzen lassen.

Räumlich und funktional stehen beide Siedlungsformen, auch wenn sie unmittelbar benachbart sind, zunächst fast beziehungslos nebeneinander. Die Großsiedlungen besetzen vorzugsweise die sanfteren Hügel und Bergkuppen, während die Geçekondus in den topographisch schwierigen Tälern und an steilen Hängen wuchern. Insgesamt entsteht aber kein Siedlungschaos, sondern eine Sequenz von neuen Baugebieten, wobei sich formelle und informelle Siedlungen fast in regelmäßiger Folge abwechseln.

Mit den Großsiedlungen von Karsiyaka/Cigli wird erstmals das traditionelle sozialräumliche Verteilungsmuster in Izmir, bei dem die Mittel- und Oberschicht das ufernahe Flachland und die einkommensschwache Bevölkerung die Hänge besetzt, massiv durchbrochen. Der Geschosßwohnungsbau schiebt sich nun auch die Hänge hinauf und tritt so – wie bereits erwähnt – in direkte Standortkonkurrenz mit dem Selbsthilfe-Wohnungsbau der Geçekondus. Insgesamt handelt es sich dabei um 5 Großsiedlungen mit insgesamt ca. 13.000 Wohneinheiten und 80.000 Einwohnern – hinzu kommen noch 100.000 Bewohner in den umliegenden Geçekondus.

Aus der Distanz stellen die neuen Großsiedlungen starke städtebauliche Akzente dar, die sich markant von der vegetationsarmen Landschaft abheben. Baulich sind diese Gebiete mehr oder weniger homogen und räumlich klar begrenzt, unterscheiden sich aber untereinander erheblich, was die Gebäudetypologie und städtebauliche Charakteristik betrifft.

Die topographisch schwierige Lage wird nicht immer angemessen bewältigt, wie das häufig überdimensionierte, dabei aber unsichere (Gefälle!) Straßennetz zeigt. Auch die ungenügende Gestaltung und Nutzung der öffentlichen Flä-

chen zeigt ähnliche Defizite wie in vielen Neubausiedlungen in anderen Ländern. Eine Grundausrüstung der neuen Siedlungen mit Schulen, Spielplätzen und kommerziellen Einrichtungen ist jedoch in der Regel vorhanden; auch in den Häusern selbst ist oft das Untergeschoß kleinen Läden vorbehalten, die allerdings überwiegend noch nicht genutzt werden.

Die Gebäudetypologie hält sich weitgehend an die in Izmir üblichen 8 Geschosse und an konventionelle, kaum von westlichen Mustern zu unterscheidende Grundrisse. In den älteren Siedlungen gab man sich nur wenig Mühe, die Bebauung an die Hanglage anzupassen, die neuen Projekte sind diesbezüglich aber bereits wesentlich differenzierter, auch findet man zunehmend 1- bis 2-geschossige terrassierte Häuser, die teppichartig die Hänge bedecken.



Großsiedlungen und Geçekondus im Stadterweiterungsgebiet

Foto: Ribbeck

Ins Auge fällt die Sterilität der neuen Wohngebiete, was aber vielleicht bei den eben fertiggestellten Projekten nicht anders sein kann. Einige der älteren Siedlungen in der gleichen Zone zeigen dagegen bereits eine gewisse Durchgrünung und Detaillierung der Außenbereiche (z.B. Spielplätze, Treppen, Fußgängerwege, etc.), was ihnen einen sehr viel positiveren Charakter gibt.

Beobachtungen wie etwa in westeuropäischen Großsiedlungen, wo über mutwillige Zerstörung der Außenbereiche und Vernachlässigung der Gebäude geklagt wird, gibt es offensichtlich nicht. Im Gegenteil scheint selbst der Geschosßbau noch einen erheblichen Spielraum für individuelle Veränderungen und Verschönerungen zu bieten, wie die vielen Um-

bauten an Fenstern, Loggien, Haustüren, improvisierte individuelle Vorgärten etc. zumindest in den etwas älteren Siedlungen zeigen.

Es soll wiederholt werden, daß bei aller Kritik, die man an den Großsiedlungen und ihren rationalisierten Wohnformen üben kann, diese Quartiere ein eindeutig positives, in jedem Fall aber weit besseres Image als die Geçekondus besitzen. Am wichtigsten hierbei ist die Tatsache, daß die soziale Struktur dieser neuen Baugebiete vor allem die Mittelschicht umfaßt, die Bewohner also nicht einkommensschwache Randgruppen sind. Auch handelt es sich hier grundsätzlich um Wohnungseigentum und nicht um öffentlichen Mietwohnungsbau.

Allerdings sind Voraussagen darüber, wie der weitere Entwicklungsgang dieser neuen Quartiere verlaufen wird,

schwierig. Hier ist die Investitionspolitik und Planung der öffentlichen Hand sicher ebenso entscheidend wie das längerfristige Verhalten der Wohnungsbesitzer. Was die letzteren betrifft, so kann auch hier eine spätere Umnutzung – etwa durch Vermietung – nicht ausgeschlossen werden, was auch die soziale Zusammensetzung der Bewohner rasch ändern könnte.

Die Bewohner der unmittelbar benachbarten Geçekondus haben allerdings starke Vorbehalte gegenüber den neuen Großsiedlungen. Abgesehen davon, daß deren Bau die Ausdehnung der irregulären Wohngebiete einengt, gibt es auch Kritik an den neuen Wohn- und Bauformen, wobei die hohen Kosten, der fehlende private Freiraum und die geringe

Veränderbarkeit der Wohnungen und die noch nicht existierenden sozialen Netze im Vordergrund stehen.

Allerdings kann vermutet werden, daß sich manche Kritik in dem Maße ändert, wie sich das Einkommen der Geçekondu-Bewohner erhöht und die Übernahme städtischer Lebensformen fortschreitet. Sicher gibt es einen Punkt, an dem das Wohnen in einer Spontansiedlung, das mit einem oft jahrzehntelangen und mühsamen Ausbau der Häuser, mit rechtlich unsicheren Verhältnissen und mit dem Fehlen elementarer Infrastrukturen verbunden ist, nicht mehr akzeptabel erscheint, so daß andere Wohnalternativen gefragt sind. Auch mag die generelle Diskriminierung der Geçekondus eine Rolle spielen und Aufsteiger veranlassen, das Gebiet zu verlassen.

Es könnte also sein, daß die soziale Barriere, die heute noch die Großsiedlungen und die Geçekondus rigoros trennt, in absehbarer Zukunft erheblich "aufweicht", dies auch durch neue funktionale Beziehungen zwischen beiden Siedlungstypen. Dies bezieht sich z.B. auf die Nutzung von Schulen, Kliniken und Läden der neuen Großsiedlungen durch die benachbarten Geçekondu-Bewohner, ebenso ist das öffentliche Transportnetz, das gleichzeitig mit den neuen Siedlungen entsteht, auch für die irregulären Siedlungen nutzbar. Hinzu kommen die Arbeitschancen zumindest in der Bauphase ebenso wie danach bestimmte Dienstleistungen für die neuen Quartiere.

Gleichfalls trägt die allmähliche Konsolidierung und Aufwertung der Geçekondus dazu bei, die in der Entstehungs-

phase noch krasse bauliche und soziale Kluft zwischen beiden Wohnformen abzubauen.

Schlußbemerkungen

Zunächst kann festgestellt werden, daß in schnellwachsenden Großstädten wie Izmir, wo mit einer Verdopplung der städtischen Bevölkerung in den nächsten 15-20 Jahren gerechnet werden muß, eine "normale" Stadtentwicklung nur sehr begrenzt möglich ist. Wie in den meisten Großstädten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas wird das langsame und historisch geprägte Stadtwachstum, das vielerorts identifikationsstarke Quartiere eigener Prägung hervorgebracht hat, nun abgelöst durch die hektische Erstellung von peripheren Großsiedlungen und irregulären Selbsthilfe-Siedlungen, um den wachsenden Bedarf zu befriedigen.

Dabei stellt diese "duale" Siedlungs- und Wohnungstypologie ein genaues Spiegelbild der gegenwärtigen Gesellschafts- und Wirtschaftsentwicklung in diesen Ländern dar: der moderne, normierte und profitorientierte Massenwohnungsbau für die mehr oder weniger zahlungsfähigen Schichten auf der einen, und die improvisierten, irregulären Behelfssiedlungen für die unteren Einkommenschichten auf der anderen Seite. Nur die kleine Oberschicht kann sich dieser Alternative durch aufwendige Wohnformen (luxussanierte Altbauten, Penthäuser, Villen) entziehen.

Dabei ist bei allen chaotischen Merkmalen und Konflikten dieser Entwicklung eine fast symbiotische Beziehung zwi-

schen den beiden unterschiedlichen Siedlungstypen erkennbar. Wie der "moderne Sektor" in der städtischen Wirtschaft zum Ansatzpunkt zahlreicher improvisierter Aktivitäten wird und so das Überleben breiter Bevölkerungsschichten ermöglicht, so bilden die Großsiedlungen stadtstrukturelle "Entwicklungsinselformen", die den Spontansiedlungen Ansatzpunkte und Aussicht auf eine spätere Konsolidierung bieten.

Dies wird – wie bereits erwähnt – im Bereich der Erschließung, des öffentlichen Transports, der Schul- und Gesundheitsversorgung besonders deutlich, erstreckt sich aber weit darüber hinaus auch auf den Arbeits- und Bodenmarkt. Insgesamt bedeutet so die Nähe der Großsiedlungen, bei allen möglichen Konflikten, die es hierbei gibt, für die benachbarten Geçekondus einen deutlichen Aufwertungsschub, weil nun die städtische Infrastruktur in greifbare Nähe rückt und sich die allgemeine Akzeptanz der Zone wesentlich erhöht. In diesem neuen Kontext ist es gewöhnlich nur eine Frage der Zeit, bis sich dies durch raschen Ausbau der Häuser und steigende Bodenpreise auch in den Geçekondus zeigt.

In diesem Sinn sind die Geçekondus sozusagen die illegale räumliche Vorhut des städtischen Wachstums, während die Großsiedlungen die Schrittmacher des stadtstrukturellen Ausbaus und der großräumigen städtebaulichen Konsolidierung sind. Dabei reicht schon ein Großprojekt aus, um aufgrund seiner "kritischen Masse" an neuen Aktivitäten und Infrastruktur die rasche Konsolidierung einer größeren Zone entscheidend voranzutreiben und neue Expansionschritte – auch durch neue Geçekondus – einzuleiten.

Da beide Siedlungsformen – die Großsiedlungen wie die Geçekondus – vor allem vom regulären und irregulären Bodenmarkt und weniger durch die Planung gesteuert werden, haben die öffentlichen Aktionen zumeist einen "nacheilenden" Charakter, wobei die unmittelbaren Folgen und Probleme dieser Projekte, und weniger die vorausschauende Lenkung der Gesamtentwicklung im Mittelpunkt stehen. Hierzu könnte noch angemerkt werden, daß vielleicht sogar das Zurückstecken der Planer einen gewissen Sinn hat, weil es wohl niemanden gibt, der die zukünftige Bedarfs- und Problemlage dieser schnellwachsenden Großstädte konkret antizipieren kann, geschweige denn in der Lage ist, einen längerfristig gültigen Gesamtplan für dieses turbulente Szenario zu entwerfen.



Neuere Großsiedlungen mit Bauformen, die sich der topographischen Lage anpassen

Foto: Ribbeck

Neue Zukunft für alte Platten

Aufwertung von zwei Großsiedlungen in Chemnitz

E. Bertram, O. Mack, I. Pagel, P. Solhdju

Die hier präsentierten Vorschläge zur Aufwertung von zwei Großsiedlungsteilen im Osten von Chemnitz entstanden im Frühjahr 1993 als Studienarbeiten an der Architekturfakultät der Universität Stuttgart, angeregt durch private Kontakte zum Vorstand der Chemnitzer Allgemeinen Wohnungsbaugenossenschaft e.G. (CAWG) und betreut vom Institut für Innenraumgestaltung und Entwerfen (E. Bertram, R. Michnick).

Die CAWG verfügt über einen Bestand von rund 8 300 Wohnungen (Baujahre 1919 bis 1989) in verschiedenen Stadtgebieten von Chemnitz, wobei der überwiegende Teil nach 1960 entstanden ist. Die CAWG wurde 1957 als Arbeiterwohnungsbaugenossenschaft (AWG) gegründet und fusionierte bis 1990 mit anderen gemeinnützigen Baugenossenschaften zu ihrer heutigen Größe. Jedes Mitglied besitzt Dauerwohnrecht.

In vorbereitenden Gesprächen mit dem Vorstand der CAWG wurden die Motive und Zielsetzungen für eine Aufwertung des Gebäudebestandes und seines Umfeldes umrissen. Da mittel- bis langfristig in den neuen Bundesländern mit umfangreichem Neubau von Wohnraum auf westlichem Niveau zu rechnen ist, möchte die CAWG den Standard ihrer Wohngebiete anheben, um das heutige Sozialgefüge zu erhalten und einer sozialen "Entmischung" entgegenzuwirken.

Die Gefahr einer sozialen Segregation wäre gegeben, wenn junge und einkommensstärkere Bewohner auszögen bzw. nicht als Mitglieder gewonnen werden könnten und somit langfristig eine überalterte bzw. sozial schwache Einwohner-

Ekkehart Bertram, Dr.-Ing. habil., ist Akad. Oberrat am Institut für Innenraumgestaltung und Entwerfen der Universität Stuttgart

Oliver Mack, cand. arch., Ingo Pagel, cand. arch. und Peter Solhdju, cand. arch. sind Studenten der Universität Stuttgart

schaft entstünde mit all den bekannten Konsequenzen. Deshalb wurden folgende Ziele formuliert:

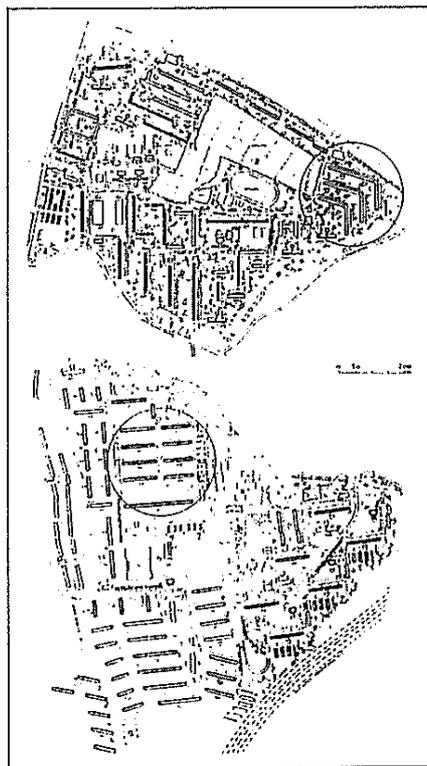
- Vergrößerung der Wohnfläche/ Bewohner von jetzt ca. 21 qm in Richtung des Durchschnittwertes der alten Bundesländer (ca. 33 qm/ Bewohner in Mietwohnungen)
- Verbesserung der Sanitärausstattung und Vergrößerung der oft ungünstig geschnittenen Bäder
- Differenzierung des Wohnungsangebotes, um individuelleren Wohnvorstellungen entsprechen zu können
- Abbau der Gleichförmigkeit und Monotonie, z.B. durch Differenzierung der Fassaden und Dachbereiche
- wohnverträgliche Integration insbesondere des ruhenden Verkehrs
- Verbesserung des Wohnumfeldes durch Läden des täglichen Bedarfs, durch Gemeinschaftsräume für größere Feiern etc.
- differenzierte Verflechtung von Innen und Außen, z.B. erweiterte Hauseingangssituationen, EG-Wohnungen mit privaten Außenbereichen.

Bei allen Aufwertungsmaßnahmen sollte berücksichtigt werden, daß die Bewohner mit ihrer Wohnsituation verwachsen sind. Die Fluktuation ist mit 4 - 5% jährlich sehr gering. In vielen Familien leben drei Generationen im Wohngebiet mit all den Vorteilen der Generationenbetreuung - Großeltern betreuen ihre Enkelkinder, Söhne und Töchter ihre alt oder pflegebedürftig gewordenen Eltern. Diesen langjährigen Bewohnern darf das Wohnumfeld durch die Aufwertungsmaßnahmen nicht fremd werden.

Die beiden für die Aufwertungsstudien vorgeschlagenen Gebiete liegen am östlichen Stadtrand im Verbund zweier Großsiedlungen, die sich nördlich und südlich der Augustusburger Straße (Ausfallstraße nach Osten) erstrecken. Das Wohngebiet Kutusowstraße liegt

Summary

The authors - members of the Faculty of Architecture, University of Stuttgart - present their projects for the upgrading of prefabricated panel-buildings in the suburbs of Chemnitz, Saxonia. Their proposals have been discussed with those in charge of the Cooperative Housing Board, who are interested in preventing a segregation of social classes by upgrading the old apartment buildings and making other improvements in the area. Up to now, the financial back-ground for such an operation has not been clear, due to problems with cooperatively owned property after 1990 (reunification).



Oben: Großsiedlung Yorckstraße mit Wohngebiet Kutusowstraße (Kreis)
Unten: Großsiedlung Geibelstraße mit Wohngebiet Arthur-Strobel-Straße (Kreis)

am Rand der Großsiedlung Yorckstraße, die insgesamt 5 000 Wohnungen mit ca. 15 000 Einwohnern umfaßt. Das andere im Rahmen dieses Projekts untersuchte Wohngebiet gruppiert sich in der Großsiedlung Gelbelstraße (bisher Hans-Beimler) um die Arthur-Strobel-Straße.

Wohngebiet Kutusowstraße

Das Gebiet Kutusowstraße besteht aus drei abgewinkelten Zeilen in geschosshoher Plattenbauweise (Typ P2 - Ö) mit 15, 18 bzw. 21 Zweispännern. Die von Wald, Kleingärten und Rasenflächen mit Büschen und Bäumen umgebenen fünfgeschossigen Flachdachbauten werden über innenliegende Treppen - ohne Aufzug - erschlossen. Die 570 Wohnungen wurden 1972/73 fertiggestellt und beherbergen ca. 1 600 Bewohner.

In unmittelbarer Nähe des Wohngebietes endet eine Buslinie, die die Verbindung zum ca. 3,5 km entfernten Stadtzentrum herstellt. Zwischen die Zeilen führende Erschließungsstraßen, an deren Rändern auch geparkt wird, reichen für den nach 1990 sprunghaft angestiegenen PKW-Bestand als Parkmöglichkeiten nicht aus, was dazu führt, daß die Fahrzeuge z.T. auf den angrenzenden Grünflächen abgestellt werden. Einkaufsmöglichkeiten sind nach ca. 1 km Fußweg gegeben.

Die Stadtrandlage bietet hier mit dem nahegelegenen Waldgebiet und vielen Freizeitangeboten eine sehr enge Ver-



Umbauvorschlag Wohngebiet Kutusowstraße
Lageplan mit "Parkgraben", gliedernden Neubauten, direkten Wegen durch EG-Zone und Mietergärten
Entwurf: I. Pagel

knüpfung von Wohnen und Erholung. Die langen geschlossenen Baukörper verhindern aber eine mühelose Vernetzung dieser Funktionen. Sie erzeugen schlauchartige, zur Hauptwindrichtung geöffnete Außenräume mit klimatisch äußerst unangenehmen Konsequenzen.

Die Gebäude bestehen aus einschichtigen großformatigen Stahlbetonplatten ohne Wärmedämmung, einer sehr stabilen und festlegenden Struktur. Besonders hinderlich für Grundrißänderungen sind eine mittig liegende aussteifende Längswand und die innenliegenden Treppenhäuser. Bisher existieren vorwiegend auf 55 qm minimierte Dreiraumwohnungen mit kleiner Küche (5,4 qm) und kleinem Bad (3,8 qm).

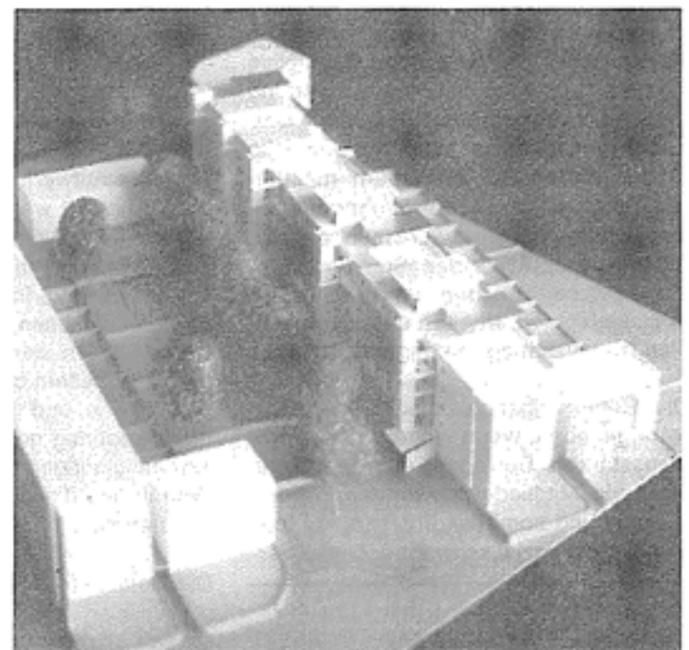
Vorschläge zur Aufwertung für das Gebiet Kutusowstraße

Die Gleichförmigkeit der Hauszeilen und Zwischenräume soll aufgelöst, die Grundsubstanz der Gebäude jedoch erkennbar bleiben. Die Baukörper werden "beschichtet", "infiltriert", ergänzt.

- * Neubauten in den Zwischenräumen zur Gliederung, als Windsperre und als geringfügige Nachverdichtung. Wohnseitig vor den EG-Wohnungen private Gärten.
- * Je zwei Durchgänge in den EG-Zonen der Zeilen als Teile eines umfassenden Fuß- und Radwegenetzes. Am Durchgang liegende EG-Wohnungen werden umgenutzt zu Läden, Praxen, etc., ergänzt durch gewerbliche Nutzung in den neuen Zwischenbauten.
- * "Parkgraben", segmentweise überdeckelt oder überbaut, relativ offen, einzusehen, natürlich belüftet und belichtet.
- * Gemeinschaftlich genutzte Räume (z.B. Haussauna, Partyraum) mit Terrasse auf dem Dach.
- * Innenliegende Treppenhäuser durch außenliegende Aufzüge ergänzt, alten- und behindertengerechte Verknüpfung beider Elemente, Laubengangstiche.
- * Umwandlung von 3- in 2-Zimmer-Wohnungen, zusätzlich der Fassade vorgelagerte Schicht mit Loggien/ Wintergärten/ Wohnraumerweiterung.
- * Neuer Wohnraum (erweiterte Angebotsvielfalt) in den neuen Zwischenbauten sowie in teilweiser Aufstockung um 6. bzw. 7. OG mit privaten Terrassen.



Wohngebiet Kutusowstraße, Blick auf westliche Giebelseite/ Südseite eines der drei Typenbauten P2-Ö in geschosshoher Plattenbauweise Zustand 1992



Umbauvorschlag für einen Bereich des Wohngebietes Kutusowstraße Modellfoto mit "Parkgraben", gliedernden Neubauten, Laubengängen, Außenaufzügen, Dachaufbauten
Entwurf: I. Pagel

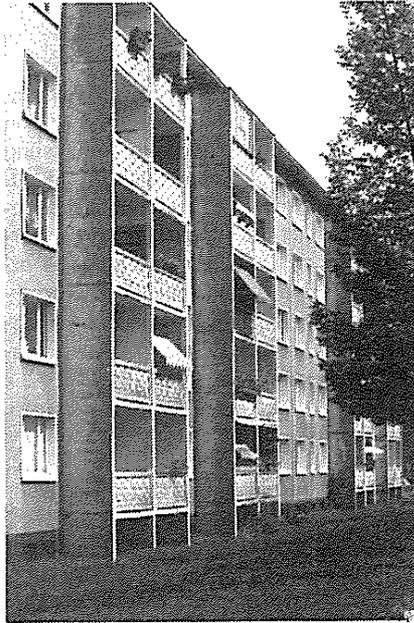
Wohngebiet Arthur-Strobel-Straße

Das Wohngebiet Arthur-Strobel-Straße liegt im Norden der Großsiedlung Geibelstraße. Die Straße trennt diesen Gebietsteil fast mittig: In der westlichen Hälfte existieren vier parallel angeordnete 5-geschossige Zeilenbauten mit je acht Häusern, in der östlichen Hälfte zählen die Zeilen - bei gleicher Anordnung - nur sechs Häuser mit je einer zusätzlichen schmalen Schotte. Im Süden steht eine ca. 220 m lange Wohnscheibe in 9-geschossiger Plattenbauweise, an der die Arthur-Strobel-Straße endet. Im Norden liegt ein ehemaliger Bauernhof, von Rasenflächen umgeben.

Die Hausreihen sind in Schottenbauweise aus Großblöcken (Typ Q 6 - IW 67) in den Jahren 1968 /69 fertiggestellt worden. Jedes Haus ist als Zweispänner organisiert, die Treppenhäuser liegen an der nördlichen Außenwand, sind aber trotzdem unzureichend belichtet. Aufzüge existieren nicht. Die CAWG verfügt in diesen Areal über 480 Wohnungen mit ca. 1 300 Bewohnern.

Das Siedlungsgebiet ist mit der Strassenbahn an das 3 km entfernte Stadtzentrum angeschlossen. Einkaufen können die Bewohner südlich der 9-geschossigen Wohnscheibe, ca. 600 m von ihren Wohnungen entfernt. Die Erschließung mit PKW erfolgt über die Arthur-Strobel-Straße und die Zufahrtsstraße zu den Garagen im Osten. Parken ist entlang dieser öffentlichen Straßen möglich; der Platz reicht bei weitem nicht aus. In den Zeilenzwischenräumen bestehen keine Abstellmöglichkeiten für Fahrzeuge.

Wichtigste Mängel: die weitgehend ungenutzten Freiflächen, das Fehlen von Fahrradabstellplätzen, fehlende Stellflächen für Kinderwagen in den Eingangsbereichen, durch Betonlamellen ver-



Wohngebiet Arthur-Strobel-Straße, Blick auf die Südfassade eines Typenbaus Q6-IW67 in Schottenbauweise Zustand 1992

dunkelte Treppenhäuser, Wohnungen ohne oder mit nur schlecht nutzbaren Balkonen (1,20 m Tiefe), ungenügende Abdichtung der Flachdächer sowie ungenügende Wärmedämmung an Dächern und Außenwänden.

Vorschläge zur Aufwertung für das Gebiet Arthur-Strobel-Straße

Hier werden zwei Alternativen präsentiert mit folgenden Vorschlägen für die Außen- oder Gemeinschaftsbereiche:

- * Beide schlagen eine teilweise Nutzung der Grünfläche vor den EG-Wohnungen als Privatgärten vor.
- * Die Arthur-Strobel-Straße wird entweder für PKW gesperrt oder durch Plätze mit Läden, Kneipen etc. aufgewertet und als Fußweg durch die 9-geschossige Wohnscheibe fortgesetzt. Die Zeilenzwi-

schenräume werden abwechslungsreich gestaltet (z.B. mit Wasserbecken).

* Die Parkierung muß die Fernwärmeleitungen im Erdreich berücksichtigen: zwei natürlich belichtete und belüftete Parkdeckbauten im Gebiet oder mehrere Tiefgaragen am Ende der Zeilen, jeweils einer Hausgruppe zugeordnet.

* Neue Gemeinschaftsbereiche an den Zeilenenden auf dem Dach sowie im UG-Bereich, auch als von innen und außen zugängliche Tiefhöfe (Wäscherl).

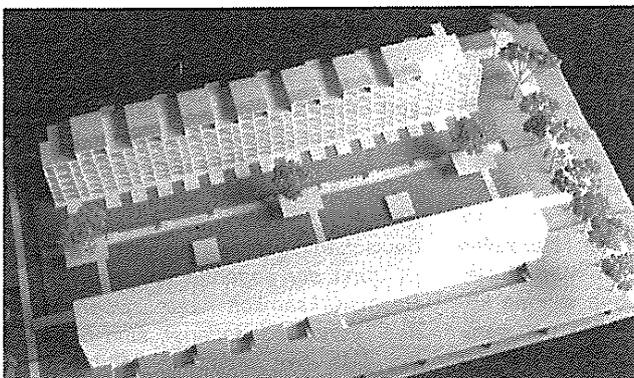
Die Alternativen besitzen vor allem stark unterschiedliche Ansätze für Veränderungen an Gebäuden und Grundrissen:

Alternative 1: Der Charakter der Zeilenbauten wird erhalten, weil in dem relativ einfachen, neutralen Rahmen auch Chancen für individuell gestaltete Wohnungen liegen. Die Vereinheitlichung der Wohnungstypen wird jedoch aufgebrochen, um Nutzungsmöglichkeiten zu erweitern und zu verbessern. Diese Ziele sollen mit einfachen Mitteln und einer "einfachen Sprache" erreicht werden.

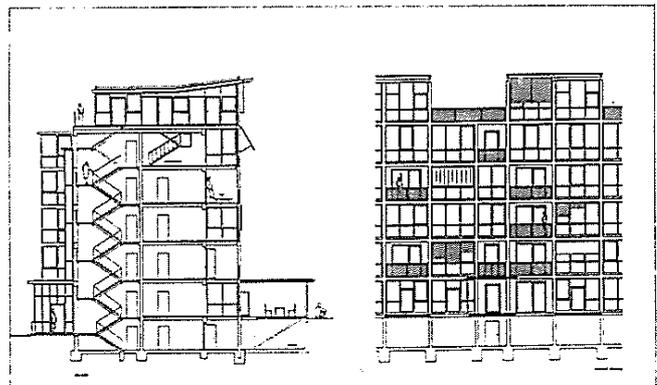
* Die zweispännige Erschließung der Häuser wird beibehalten, die horizontalen Betonlamellen weichen einer großzügigen Treppenhäuserverglasung, Aufzüge sind nicht vorgesehen.

* Bei gleicher Wohnungsanzahl werden Wohnungsgrößen und -gemisch verändert: mehr als 10 Typen (1 - 5 Zimmer-Wohnungen) mit je eigenem Freibereich (Garten, Loggia oder Dachterrasse). Ein ca. 2,40 m tiefes "Regal" wird auf der Südseite der Häuser vorgelagert (Betonfertigkonstruktion), "Fächer" wahlweise als Wintergärten oder Loggien / Freibereiche. In ähnlicher Bauweise punktuelle Erweiterungen vor der Nordfassade, die als Lochfassade erhalten bleibt.

* Dachaufbauten in Leichtbauweise auf lastverteiler Schicht, vom 5. OG über interne Treppen erschlossen. Es entstehen Maisonetten mit Dachterrassen.



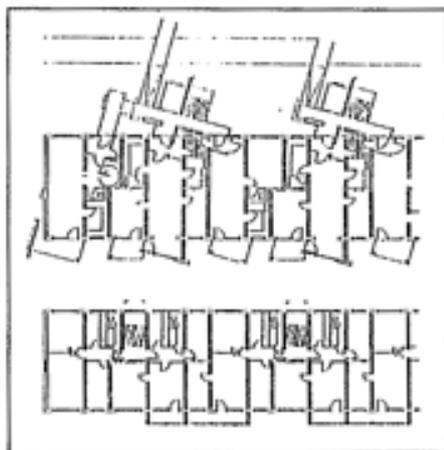
Umbauvorschlag für Wohngebiet Arthur-Strobel-Straße, Alternative 1 Dachaufbauten, Dachterrassen, "Regal" vor Südseite, Tiefgarage Modellfoto Entwurf: P. Solhdju



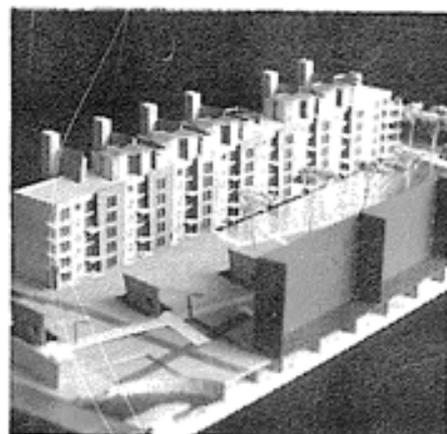
Umbauvorschlag für Wohngebiet Arthur-Strobel-Straße, Alternative 1 Schnitt und Südfassade mit Dachaufbauten, "Regal" Südseite, Anbauten Nordseite, Freiplatz vor EG-Whg., Tiefhof Entwurf: P. Solhdju

Alternative 2: Die orthogonalen Struktur der Hauszeilen wird mit einem neuen, um 15° davon abweichenden Raster überlagert. In dieses ordnen sich alle Neuerungen ein, was zu einer besseren Lesbarkeit von Alt und Neu führt. Auf der Nord- und Südseite vorgestellte Bauteile gliedern die Hausreihen neu und bewirken eine optische Verkürzung der langen Zeilen.

- * Neue Treppenhäuser werden mit Aufzügen vor der Nordfassade angeordnet.
- * Ein variables Grundrißsystem ermöglicht eine neue Vielfalt von Wohnungstypen: 2- bis 5-Zimmer-Wohnungen, laubengangerschlossene Endwohnungen, 4-Zimmer-Maisonettewohnungen mit Wendeltreppe. Abriß der alten Balkone. Erkerartige Anbauten auf der Südseite erweitern die Wohn-/Eßbereiche, bei den Maisonetten die Schlafräume. Seitlich davon je Wohnung mindestens ein neuer Balkon.
- * Dachaufbauten in Leichtbauweise auf lastverteilender Schicht. Um Atrien organisierte Penthäuser mit Terrassen, dem neuen Raster folgend, vom neuen Erschließungssystem aus zugänglich.



Umbauvorschlag für Arthur-Strobel-Straße Normalgeschoß Zeilenende, Alternative 2, unten: Bestand, oben: Entwurf O.Mack



Umbauvorschlag für Arthur-Strobel-Straße Modellfoto, Alternative 2, Entwurf: O. Mack

Diskussion der Ergebnisse in Chemnitz

Bei Präsentation der Vorschläge vor zehn Verantwortlichen der CAWG in Chemnitz sahen diese ihre Auffassung bestätigt, daß eine Aufwertung der Baubsubstanz sinnvoll ist. Jedoch überraschte die Vielfalt der Möglichkeiten und Ergebnisse im Detail. Die Vorschläge erschienen den professionell Verantwortlichen durchaus plausibel und angemessen und konnten so auch realisierungsbezogen diskutiert werden.

Die vorgesehenen Grundrissänderungen stießen allgemein auf Zustimmung. Mit einer Wohnungsvielfalt wären Möglichkeiten gegeben, auf individueller werdende Wohnungswünsche zu reagieren. So wurde auch die Nutzung der Dachflächen für zusätzliche Wohnungen begrüßt. Über die weitere Belastbarkeit der Gebäudestrukturen lagen jedoch noch keine detaillierten Angaben vor.

Von Stuttgarter Seite vorgeschlagene Privatgärten für die EG-Wohnungen wurden zwar als "besonders für Familien mit Kindern geeignet" gelobt, kritisiert wurde jedoch der zu große Qualitätsunterschied zu den anderen Wohnungen, was wohl auf dem Hintergrund des bisher Gewohnten gehört werden muß: gleiche Wohnverhältnisse für alle.

Auch die Nutzung der vorgeschlagenen Gemeinschaftsräume durch die Bewohner wurde unterschiedlich eingeschätzt: Die einen hielten die Skepsis der Mitglieder gegenüber gemeinschaftlichen Veranstaltungen für so groß, daß sich die Räumlichkeiten als überflüssig erweisen würden. Andere hielten den Bedarf für größere Familienfeiern, Grillfeste der Hausgemeinschaft etc. für gegeben. Durch familienübergreifende Geselligkeiten könnte auch das Solidaritätsgefühl der Mitglieder gestärkt werden.

Eine vorgeschlagene alten- und behindertenfreundliche Ergänzung der Treppenhäuser durch Aufzüge wurde sehr positiv bewertet. Ihre Anordnung außerhalb des bestehenden Gebäudes könnte auch die derzeit mit den Treppen verbundenen Schallprobleme lösen helfen.

Lösungen mit zu einzelnen Hauszeilen zugeordneten Tiefgaragen wurden eindeutig bevorzugt. Daneben wurden kostengünstigere Parkkonzepte mit weniger Komfort diskutiert, z.B. nicht direkt mit den Gebäuden verbundene Parkdecks, die längere Wege erforderlich machen oder sogar nur an einem Punkt des Wohngebietes konzentriert sind.

Die mit den Ergänzungsbauten im Vorschlag Kutusowstraße verbundene Verschattung der nahegelegenen Wohnungen wurde als Nachteil gesehen. Auch die in diesem Konzept vorgesehene Ansiedlung von Kleingewerbe wurde kritisch kommentiert (Rentabilitätsfragen, Lärm-/ Schallemission, etc.), letztendlich jedoch nicht in Frage gestellt.

Daneben wurden konstruktive Details erörtert (Lastverteilung im Dachbereich, Aufbau der vorgelagerten Schichten, Schallschutz etc.) und praktische Fragen angesprochen (Situierung der Mülltonnenplätze, geeignetes Handwerk für die Ansiedlung im Kutusowgebiet, etc.) Auch die Umgestaltungsvorschläge für die Außenanlagen boten Raum für lebendigen Argumentenaustausch. Aus Sicht der Verantwortlichen jedoch waren diese Themen denen an Aktualität nachgeordnet, die die Baumaßnahmen an und in den Gebäuden direkt betreffen.

Auszug aus der Stellungnahme des Vorstandsvorsitzenden der CAWG, Curt Bertram

Bei der Diskussion der Entwürfe in Chemnitz unter den verantwortlichen Mitarbeitern der Genossenschaft stellen wir fest, daß die Arbeiten unsere allgemeinen Erwartungen übertrafen.

(...)

Die gestalterische Konzeption der Entwürfe erscheint uns plausibel. Sie wird den sich allmählich verändernden Bedürfnissen gerecht und ermöglicht ein identitätsgerechtes Wohnen....

(...)

Der Vorstand der Genossenschaft hat den Erwerb der Entwurfsunterlagen aufgrund ihrer hohen Qualität beschlossen. Sie werden folgerichtig für die weiteren Gespräche mit dem Stadtplanungsamt der Stadt Chemnitz die Basis bilden. Nach Ansicht der Genossenschaft kann daraus ein tragfähiges Konzept entwickelt werden.

Unter der Voraussetzung einer positiven Bewertung der Entwürfe durch das Stadtplanungsamt sowie nach Klärung der zur Zeit noch die wirtschaftliche Tätigkeit hemmenden Bedingungen, die dem Prozeß der Wiederherstellung der deutschen Einheit zuzuordnen sind (Klärung der sogenannten Altschulden, Rechtswirksamkeit der Übertragung des Grund und Bodens), sind Chancen gegeben, den finanziellen Rahmen für die Umsetzung zu schaffen. In welcher Frist die Realisierung dann möglich ist, kann aus vorgenannten Gründen gegenwärtig nicht eingeschätzt werden.

Tjoplui Stan - Probleme einer 'Neuen Stadt' in Moskau

Petra Neubauer

"Menschen schaffen sich in den Städten einen Lebensraum, aber auch ein Ausdrucksfeld mit Tausenden von Facetten, doch rückläufig schafft diese Stadtgestalt am sozialen Charakter der Bewohner mit."

Alexander Mitscherlich 1965

Moskau endet erst und beginnt wieder neu - nach langer Fahrt an seine Peripherie - als breiter Gürtel 'Neuer Städte'. Diese 'Neuen Städte' fallen aus dem Bild, das ansonsten dem Besucher von der Metropole vermittelt wird: hier fehlen die opulenten Boulevards oder der Charme des Arbats, der zentralen Fußgängerzone. Diese in industrieller Fertigung erstellten Wohnanlagen, diese 'Städte vor der Stadt', beherbergen jedoch mehrere Millionen Menschen, für die im Rahmen des starken Stadtwachstums seit 1917 Wohnraum geschaffen werden mußte.

Nach der Oktoberrevolution 1917 wurde Moskau mit damals 1,85 Millionen Einwohnern nach einer Pause von 200 Jahren wieder zur Hauptstadt Rußlands und später zur Zentrale der neuen Sowjetunion. Dieses 'Neue Moskau' sollte dem Generalplan von 1935 folgend, nach Prinzipien einer sozialistischen Stadt umgestaltet und nach Südwesten erweitert werden. Ein Schwerpunkt des Planes lag in der Ausweisung von Wohnbauflächen zur Beseitigung der großen Wohnungsnot.

Großsiedlungsbau in Moskau

Der Generalplan von 1935 blieb Planungsgrundlage für die Wohnbebauung bis in die 60er Jahre. Zwischen 1931 und 1941 wurden 1,7 Mill. qm neue

Dipl.-Ing. Petra Neubauer, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Stadt- und Regionalplanung, FB 2 Gesellschafts- und Planungswissenschaften der TU Berlin 1991 Teilnahme an der Untersuchung in Tjoplui Stan, Moskau

Summary

Since the seventies, housing construction in Moscow has meant the construction of large housing estates, not comparable with those of Western Europe due to their enormous size. This broad belt of 'new towns' encompasses the 'historic city'. Recently these large-scale housing estates have become a topic of interest in town planning discussions. So far there has been a demand for pulling the blocks down quickly however for hundreds of thousands of inhabitants there would not be an alternative for living, since Moscow is still suffering from a great lack of housing. Gradually, an awareness for the necessity to grapple with the 'new towns' is evolving. New urban policies for preserving and developing the city are needed to prevent Moscow's housing stock from further decay - since erected in the 1970's the housing has neither been maintained nor restored. For Western European countries there are a variety of possibilities to cooperate in matters of urban renewal.

The article describes such activities of the Technical University of Berlin to trace out a study about the requirement and chances of maintaining the value of a large housing estate in Moscow - Tjoplui Stan.

Wohnfläche geschaffen, zwischen 1941 und 1951 110.000 qm und zwischen 1951 und 1960 16 Mill. qm (TU Berlin 1992, S. 6ff.). Bis in die 50er Jahre dominierte die Bebauung der einfachen vier- und fünfgeschossigen Einheitswohnhäuser, der 'Pjatietchki's, die im wesentlichen ins städtische Gefüge eingebunden waren. In den 50er Jahren, der sogenannten Chruschtschow-Ära, die 1964 endete, unterstützten industrielle Produktionsverfahren bereits den Prozeß des Wohnungsbaus. Durch die Schaffung vieler Kleinstwohnungen mit niedrigem Ausstattungsstandard sollte die 'Kommunalka' abgelöst werden, das Wohnen mehrerer Familien in einer Wohnung, ein seit den frühen 20er Jahren üblicher Wohnungstyp in den Mietshäusern der Altstadtquartiere. Mitte der 80er Jahre lebten jedoch immer noch etwa 20 % der städtischen Bevölkerung in solchen Gemeinschaftswohnungen. (Martiny 1983, S.163)

Zwischen 1961 und 1970 wurden weitere 36 Mill. qm Wohnfläche geschaffen, was den Versorgungsindex auf 13,5 qm Wohnfläche je Einwohner anhob. Die Bebauung wurde in dieser Periode dominiert durch 9-16 geschossige Wohn-

häuser. Der neue Generalplan von 1971 gab trotz bislang hoher Produktionsziffern erneut dem Wohnungsbau Vorrang, um die Wohnsituation der inzwischen auf 5,4 Mill. Einwohner angewachsenen Stadt zu verbessern.

Der stetigen Nachfrage nach Wohnraum folgend und um möglichst hohe Wohndichten zu erreichen, wurden zwischen 1971 und 1984 weitere 63 Mill. qm Wohnfläche in Form von Großwohnanlagen erbaut und damit der Pro-Kopf-Anteil an Wohnfläche auf 17,3 qm erhöht. 1985 betrug die Einwohnerdichte des Moskauer Stadtgebietes 8.692 EW/km², im Vergleich hierzu London mit 4.291 EW/km², West-Berlin mit 3.727 EW/km² (1987) und Hamburg 2.110 EW/km² (1987).¹ Es entstanden große Siedlungen in Fertigbauweise in allen sieben peripheren Planungszonen der Stadt. Der Bedarf an Wohnraum konnte in Moskau jedoch bis heute nicht gedeckt werden.

Das Problem der Wohnungsnot wurde und wird in Moskau - vermutlich in ganz Rußland und in der heutigen 'Gemeinschaft unabhängiger Staaten' (GUS), weiterhin allein durch den Bau von

Großsiedlungen gelöst. Stadterweiterung in Moskau bedeutet seit den 70er Jahren das Bauen von Großwohnanlagen. Heute leben in Moskau mehrere Millionen Menschen in diesem Wohnungstyp; in der GUS ca. 50 Millionen. Die Moskauer Planer und Architekten setzen auch heute noch, wie seit Jahrzehnten, die Konzeptionierung neuer Großsiedlungen fort. Die ist nicht zuletzt durch die Organisation der Bauindustrie bedingt, die nach wie vor auf Plattenbau ausgerichtet ist.

Soll ein wichtiger Teil des Moskauer Wohnungsbestandes nicht dem sukzessiven Verfall preisgegeben werden, so ist eine Auseinandersetzung mit den Großsiedlungen erforderlich. Weder existieren aber konkrete stadtpolitische Strategien für eine solche Bestandserhaltung und -entwicklung noch neue Konzepte für den künftigen Wohnungsbau.

Stattdessen bestimmte bislang der vor-schnelle Ruf nach Abriß der Großsiedlungen - im Kontext einer Vergangenheitsbewältigung, die die sozialistischen Denkmäler schleifen möchte - die Moskauer Diskussion. Das Problem, zu diesem für Hunderttausende von Moskauern existentiellen Wohnungsbestand keine Alternative bieten zu können, verhindert allerdings die Umsetzung solcher Kahlschlags-Phantasien. Im Rahmen der Stadterneuerungspolitik in der BRD oder in Frankreich wird dagegen bereits seit den 80er Jahre versucht, die Bausubstanz und das "Image" von Großsiedlungen aufzuwerten, um diesen wichtigen Wohnungsteilmarkt zu sichern. In Moskau beginnt sich erst allmählich das Bewußtsein von Sinn und Notwendigkeit einer Aufwertung der "Neuen Städte" herauszubilden.

Kooperation Moskau - Berlin

Daraus ergibt sich für die westeuropäischen Staaten die Chance, ihre Erfahrungen bei der Erneuerung von in Plattenbauweise errichteten Großsiedlungen weiterzugeben, gemeinsam Konzepte zu entwickeln und als Multiplikator über die eigenen Grenzen hinaus zu wirken. Die Stadt Berlin versucht dies im Rahmen ihrer Städtepartnerschaft mit Moskau zu tun.

Auf wissenschaftlicher Seite werden bereits seit 1969 Kooperationsbeziehungen zwischen der Technischen Universität Berlin (TU Berlin) und der Moskauer Hochschule für Bauingenieurwesen (MISI) unterhalten, die seit 1987 einen Arbeitsbereich 'Stadtplanung und Stadt-

erneuerung' betreibt. Diese Kooperation beinhaltet vor allem einen beidseitigen Austausch von Kenntnissen und Erfahrungen über die Probleme, mit denen beide Städte konfrontiert sind.

Dies ermöglichte einen dreiwöchigen Workshop im Frühjahr 1991 in Moskau, an dem 15 StudentInnen der Stadt- und Regionalplanung der TU Berlin unter Leitung von Prof. Dr. K. Künkel teilnahmen, begleitet durch ein interdisziplinär zusammengesetztes ExpertInnenteam der TU Berlin. Sie erarbeiteten gemeinsam mit russischen Kollegen eine Problemanalyse und erste Planungsempfehlungen für die Großsiedlung Tjoplui Stan im Südwesten von Moskau. Ein hierzu vorliegender Ergebnisbericht (TU Berlin 1991) wurde im Juni 1992 in Moskau vor Vertretern des Bürgerkomitees von Tjoplui Stan und des Institut für Generalplanung präsentiert.

Tjoplui Stan - Ergebnisse der Berliner Studie

Die von den Berliner WissenschaftlerInnen untersuchten 6. und 7. Mikrorayons² der Großsiedlung Tjoplui Stan, beherbergen gemeinsam 16.500 Bewohner und wurden zwischen 1974 und 1983 in 6 - 14 geschossiger Bauweise erstellt. Sie gehören dem Rayon Tschersjomuschki an (insg. 530.000 Einw.), dessen Gebietsname in der ganzen ehemaligen UdSSR als Inbegriff der neuen Wohngebiete - ähnlich wie Marzahn in Ostberlin - bekannt ist.

Tjoplui Stan ist optimal an das Netz der Metro angebunden. Die jedoch unzureichenden Dienstleistungs-, Arbeits- und Freizeitangebote im Gebiet bewirken eine starke Bezugnahme der Bewohner auf die 'Haupt-Stadt'. Die festgelegte

monofunktionale Nutzung der Wohngebäude in der Siedlung verhindert vor allem, daß Ärzte, Handwerker oder sonstige private Anbieter von Dienstleistungen geeignete Arbeitsräume im Gebiet finden. In der Ausstattung mit Schulen, Kindergärten, Einzelhandelsbetrieben, Buchtauschläden etc. bestehen zwar auch zahlreiche räumliche, personelle oder finanzielle Defizite, dennoch ist hier noch eine vielfältige Nutzungs- und Angebotsstruktur vorzufinden.

Im Rahmen der sozialwissenschaftlichen Studie (erfaßt waren ca. 2,5 % der Bevölkerung des Gebiets) fiel die generelle Einschätzung der jetzigen Wohnsituation erstaunlich positiv aus (34%), trotz aller Probleme in dieser Großsiedlung. Tjoplui Stan gilt als eine der besseren Großsiedlungen, die in industrieller Fertigung erbaut sind. Auch ihre Bausubstanz befindet sich im Vergleich zu anderen Moskauer Großsiedlungen noch in einem relativ guten Zustand. Besonders schätzen die Bewohner an ihrem Wohngebiet die schöne Lage am Rand eines Wäldchens und die gute Luft. Tjoplui Stan verfügt über einen Metroanschluß und über ausgedehnte Freiflächen zwischen den Wohnhäusern. Wegen dem Vorhandensein von sanitären Anlagen, Heizung, sozialer Infrastruktur und einer 'abgeschlossenen Wohnung' werden die 'Neuen Städte' den Altstadtquartieren der 'Historischen Stadt' eindeutig vorgezogen.

Bei der bautechnischen Untersuchung der Wohngebäude in Tjoplui Stan zeigen sich erhebliche Mängel vor allem an Dächern, Fassaden, Treppenhäusern, Fenstern und sogar innerhalb der Wohnräume. Da seit Fertigstellung keine Instandhaltung und Reparatur mehr erfolgt ist, zogen eigentlich leicht zu behebbende Mängel große Schäden nach sich, die



"Tjoplui Stan gilt als eine der besseren Großsiedlungen"

Foto: Petra Neubauer

jetzt einen sukzessiven Verfall der Gebäude bedingen. Die Gebäude bedürfen generell dringend der Instandsetzung, dabei müßte die Zuständigkeit für Reparaturen klar festgesetzt werden und für jeden Haustyp eine Prüfung im statisch konstruktiven Bereich erfolgen.

Für neue Bauvorhaben und auch bei der jetzt prioritären Bauschadensbeseitigung sollte alternativ zu den bisherigen Verfahren, die ganz auf den industriellen Plattenbau zugeschnitten waren, wieder an traditionelle Bauweisen wie den Mauerwerksbau angeknüpft werden, um so eine neue Vielfalt und damit eine größere Kapazität und Flexibilität im Bauwesen zu ermöglichen.

Große Defizite zeigten sich auch bei der Erhaltung und Pflege der Grünflächen. Zunehmend wird hierbei das Problem des Individualverkehrs sichtbar, welcher öffentliche Grünflächen als Parkplätze beansprucht. Auch hier fehlen klare personelle Zuständigkeiten, Kompetenzen auf unterster Verwaltungsebene, Personal und Finanzen.

Hierarchische Planung und Basis

Die Zentrale Planwirtschaft funktionierte hierarchisch von oben nach unten; entsprechend sind nach wie vor die Kompetenzen verteilt. Höchste vertikale Verwaltungsebene ist die zentrale Stadtverwaltung (der Moskauer Mossowjet und die Hauptverwaltung der Exekutive, mit dem Institut für Generalplan). Es folgen die Rayone (mit mehr als 100.000 Einwohnern) und die Mikrorayone. Für die Bewirtschaftung und Verwaltung der Wohnungen existiert zwar eine Institution, deren Außenstelle, für Reparatur und Versorgung zuständig ist; ein Handlungsträger, d.h. ein vor Ort Verantwortlicher fehlt jedoch. Im Gebiet setzen sich Bewohner mit Einzelmaßnahmen wie etwa mit dem Bau von Garagen oder Behörden mit legalen, aber städtebaulich völlig deplazierten, sektoralen Infrastruktureinrichtungen durch.

Auch der infolge der Perestroika auf unterster Ebene entstandener neue 'Sowjet für gesellschaftliche territoriale Selbstverwaltung' oder 'Selbstverwaltungs-Sowjet', der als einziger die Stadterneuerung der Neubausiedlungen aktiv fördert, verspricht mehr als er zu leisten vermag. Angetreten als Repräsentant der Basis ist er nur von einer kleinen Minderheit der Bewohner gewählt. Auch zeigt er sich als eine wenig transparente Verwaltungsebene. Zu seinen Aufgaben gehört u.a. die Durchführung

sozialpolitischer Maßnahmen, der Abschluß von Verträgen mit Firmen zur Erhöhung des Angebots im Gebiet oder die Erörterung städtebaulicher Erneuerung.³ Genau kalkulierbar ist die zukünftige Bedeutung dieser neuen Interessenvertretung für die Wohnsiedlungen heute noch nicht. Es findet sich aber derzeit kein besserer Partner als der jeweilige Selbstverwaltungssowjet, um bei der Erneuerung von Großsiedlungen aktiv zu werden. In Tjoplui Stan war er wichtiger kooperativer Ansprechpartner während der Erhebung im Jahre 1991, in Zusammenarbeit mit ihm wurde außerdem ein Konzept für die Erneuerung dieser Großsiedlung erarbeitet.

Planungsempfehlungen

Die Diskussion um die Erneuerung der 'Neuen Städte' in Moskau kommt nur langsam voran. Durch die Kooperation der TU Berlin mit dem MISI Moskau sowie der Moskauer Stadtverwaltung wurden wichtige Impulse gesetzt. Dabei soll es sich jedoch nicht um den Versuch der Implementation 'unserer' Erneuerungsstrategien handeln, sondern um die Herausbildung eines Dialogs und eines beidseitigen Wissenstransfers. So wurden zwar konkrete Planungsempfehlungen von Berliner Seite ausgesprochen; primär sollten diese jedoch die Moskauer Kollegen dazu anregen, ihre Großsiedlungen selbst näher zu untersuchen und in ihre Überlegungen zur Stadterneuerung stärker auch diesen Wohnungsbestand einzubeziehen.

Diese Planungsempfehlungen richten sich vor allem auf drei Teilbereiche: Den Schutz vorhandener Qualitäten der Siedlung (etwa eines nahen kleinen Waldgebiets), die Instandsetzung und Instandhaltung (insbesondere der Dächer und der Fassaden) sowie den Ausbau der sozialen Infrastruktur (Einrichtung eines Gemeindezentrums, eines Handwerkerhofes zur Sicherung der Instandhaltung oder die Errichtung von Kultur- und Sportzentren).⁴

Der Erfolg der vorgeschlagenen Planungsmaßnahmen wird letztlich von den Handlungs- und Durchsetzungschancen der lokalen Selbstverwaltung und von den nötigen Veränderungen in der Bauwirtschaft abhängen. Gerade in der momentanen politischen Krisensituation, sind jedoch auch internationaler Austausch und fachliche Unterstützung besonders wichtig. Auf dieser Basis orientiert sich die Kooperation der TU Berlin mit dem MISI wesentlich am Grundsatz der 'kleinen Schritte'.

Ausblick

Zwei Studenten des MISI fertigen derzeit mit Stipendien des DAAD und der TU Berlin Diplomarbeiten über die Erneuerung von Großsiedlungen an Berliner Beispielen. Ein Absolvent des MISI arbeitet für ein halbes Jahr als Praktikant bei der Berliner 'Gesellschaft für sozialen Wohnungsbau AG' (GeSoBau). Auch der Senat von Berlin wird seine Kontakte und die Zusammenarbeit im Jahr 1993 fortsetzen.

Ende Oktober 1992 traf sich eine Gruppe von Experten der Berliner Senatsverwaltung, der GeSoBau, eines Berliner Ingenieurbüros und der TU Berlin mit Minister Matrossov (Ressort für öffentliche Infrastruktur) in Moskau, um über eine mögliche Zusammenarbeit im Bereich der Erneuerung von Großsiedlungen zu verhandeln. Es ist zu erwarten, daß es hier zu einer engeren fachlichen Beziehung kommen wird. Eine noch zu organisierende 'Arbeitsgruppe Moskau-Berlin' könnte dann Tjoplui Stan vertiefend untersuchen und hieraus eine Erneuerungsstrategie entwickeln. Ebenso ist eine Beteiligung russischer Experten an der Erneuerung deutscher Großsiedlungen vorstellbar. Damit wären weitere Grundsteine gelegt für einen Prozeß weg vom reinen Wissenstransfer hin zur Kooperation und Partizipation.

Anmerkungen:

- 1 aus: Senatsverwaltung ..., 1990, S.32f
- 2 Ein Mikrorayon (Stadtteilbezirk) ist die unterste Verwaltungseinheit der Rayons (Bezirke).
- 3 Weitere Ausführungen zum Selbstverwaltungssowjet finden sich bei Max Welch Guerra: Neubauerneuerung durch Selbstverwaltung? in: TU Berlin 1991, S. 178 ff.
- 4 Konkretere Planungsempfehlungen sind der Publikation der TU Berlin, Institut für Stadt- und Regionalplanung (Hrsg.): Erneuerung einer Großsiedlung in Moskau, Berlin 1991 zu entnehmen.

Literatur:

- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz, Berlin, Räumliche Entwicklung Berlin, Berlin 1990
TU Berlin, Institut für Stadt- und Regionalplanung, Bodenschatz, H. u.a. (Hrsg.): Stadterneuerung in Moskau, Berlin 1992
TU Berlin, Institut für Stadt- und Regionalplanung (Hrsg.): Erneuerung einer Großsiedlung in Moskau, Berlin 1991
Martiny, Albrecht: Bauen und Wohnen in der Sowjetunion, Berlin 1983
Mitscherlich, Alexander: Die Unwirtlichkeit unserer Städte, Frankfurt/M 1965

Konferenzbericht

Managing the Access of the Poor to Urban Land

Zur internationalen Konferenz in Mexiko-Stadt, 24.- 26. Februar 1993
Francisco J. Luciano

In der Konferenz von Mexiko wurden die Ergebnisse zweijähriger Fallstudien über Erfahrungen mit Regularisierung in sechs lateinamerikanischen und drei asiatischen Städten diskutiert (Cordoba, Lima, Mexiko, Recife, Santiago de Chile, Sao Paulo, Bangkok, Bhopal, Delhi). Konferenz und Studien bilden den französischen Beitrag zum *Urban Management Programme* (UNDP, Weltbank, UNCHS-Habitat). Vertreter von nationalen und internationalen Institutionen sowie eingeladene Experten einigten sich auf die folgenden Ergebnisse, die hier im Abriß zusammengefaßt werden.

Regularisierung?

Allein die Eingrenzung des Begriffes Regularisierung war ein strittiger Punkt. Die Teilnehmer einigten sich auf die folgende Definition: Eine Siedlung wird reguliert, wenn dem Recht auf eine angemessene Wohnung Inhalt verliehen wird durch einen Prozeß, der Methoden zur Anerkennung von Besitz und legitimen Zugang zu Infrastruktur und Krediten einschließt.

Folgende Gedanken werden in dieser Definition betont:

- * das Recht auf Wohnung wird nicht erteilt (da es schon außerhalb der staatlichen Regelung existiert), sondern anerkannt und materialisiert (Infrastruktur, usw.);
- * die Frage der Lokalisierung (*in situ vs. relocation*) wird nicht angesprochen;
- * Regularisierung ist nicht gleich Erteilung von Titeln, und Titel sind nicht gleich individuelle Eigentumstitel: sie können auch kollektiv sein oder Besitz statt Eigentum anerkennen;

* Regularisierungsprogramme schließen nicht nur Grundbesitzverhältnisse ein, sondern auch konkrete Verbesserungen der Lebensbedingungen.

Tendenzen

Der Urbanisierungsprozeß in der Dritten Welt geht weiter, die Landpreise steigen, illegal besetztes Land wird zunehmend zum Normalfall und seine Entstehungs-, Besitz- und Tauschformen immer komplexer.

Die offizielle Haltung gegenüber unregelmäßigen Siedlungen hat sich entschärft: massive Vertreibungen sind nicht länger politisch durchsetzbar. Gründe hierfür sind einerseits die Zurückschraubung staatlicher Subventionen im sozialen Bereich, andererseits eine wachsende Demokratisierung sowie Anerkennung von Bewohnerpartizipation. Der konventionelle Wohnungsbau und die subventionierte Infrastrukturversorgung werden in Frage gestellt; sites-and-services-Programme verlieren an Popularität. Im Zuge der Dezentralisierung bzw. Reduzierung von nationalen Verwaltungen bekommen kommunale Verwaltungen neue raumordnerische Funktionen, verfügen aber nicht über die entsprechenden finanziellen Mittel und Kenntnisse.

Gleichzeitig entpolitisiert sich der Versorgungsdiskurs in der neoliberalen Atmosphäre, was ambivalente Folgen hat: die *de jure* Ausgrenzung der informellen Stadt wird durch die gemeinsame Teilnahme am Markt ersetzt.

Hindernisse

Der Frage, warum Regularisierung nur in geringem Maß bzw. sehr langsam vorangetrieben werden kann (unabhängig davon, ob sie wünschenswert ist) wurden drei Arten von Hindernissen zugeordnet:

- * Institutionelle Hindernisse hinsichtlich der Definition von Auswahlkriterien für die Teilnahme an Regularisierungsprogrammen, von zusammenhängenden Infrastrukturverbesserungen und von anzuwendenden Normen bezüglich Infrastruktur, Dimensionen der Parzellen, usw.
- * Rechtliche und politische Hindernisse, die u.a. von Widersprüchen zwischen Eigentumsstatus und städtebaulichen Normen oder von häufigen Änderungen der Regularisierungspolitik verursacht werden.
- * Finanzielle Hindernisse: unzulängliche Mittel für die Finanzierung von primärer Infrastruktur; ungeeignete Kreditssysteme; geringe Kostendeckungsrate; usw.

Empfehlungen

- * Die existierenden Land- und Wohnungsgesetzgebung und der damit verbundene potentielle Spielraum sollten näher untersucht werden, ebenso politische Gruppen, die aktiv Regularisierungsprogramme unterstützen könnten.
- * Zukünftige Regularisierungsstrategien sollten die Vielfalt an (schon praktizierten) Möglichkeiten anerkennen und besonders betroffene Gruppen (z.B. Mieter) schützen.
- * Staatliche Regularisierungspolitik sollte stadt- bzw. bodenmarktbezogen statt siedlungsbezogen sein. Gleichzeitig sollte die Durchführung der Programme vorichtig und selektiv sein: *Urban-scale policy, community-scale interventions*.
- * Es soll weder davon ausgegangen werden, daß der Eigentumstitel ein axiomatisches Bedürfnis der illegalen Siedlungen ist, noch daß er eine notwendige Bedingung für andere Verbesserungen der Wohnqualität ist.
- * Mit einer rigiden rechtlichen Interpretation wird die städtische Bevölkerung nach legaler oder illegaler Wohnsituation klassifiziert. In der Praxis bieten jedoch die bestehenden Landeigentums- und Wohnungsgesetze unterschiedliche Interpretationsmöglichkeiten.
- * Politische Hindernisse können durch stärkere Dezentralisierung von Funktionen, Ressourcen und Verantwortung minimiert werden, ebenso durch Anerkennung der Partizipationsrechte der Betroffenen und durch nachvollziehbare, den lokalen Bedingungen angemessene Verfahren.
- * Informelle Siedlungen gehören zum größeren Kontext der Stadt. Regularisierungsvorhaben werden selbstverständlich Kosten verursachen, die mit öffentlichen Mitteln finanziert werden müssen. Die Subvention von Regularisierung ist und bleibt ein effektives Mittel, um den Wohnungsbau und die Stadtentwicklung zu fördern.
- * Die Betroffenen sollten nicht nur prinzipiell mit der Regularisierung einverstanden sein, sondern auch mit den daraus resultierenden Kosten. Gegenseitige finanzielle Verpflichtungen und Zahlungsmechanismen sollten in einem Vertrag fixiert werden.
- * Die Durchführung von Regularisierungsprogrammen sollte kein staatliches Monopol sein. Die Beteiligung anderer Träger kann sowohl die Leistung als auch die Kosteneffektivität erhöhen.
- * Der ökonomische Nutzen von Regularisierung und deren Beitrag zur lokalen Steuereinnahme sollte bei der finanziellen Planung solcher Programme in Betracht gezogen werden.
- * Innovative Kreditssysteme, v.a. auf der

Basis der eigenen Ressourcen der Gemeinde, stellen einen wichtigen Mechanismus der Finanzierung von Regularisierungs- und Upgrading-Projekten und können die Rückzahlungsquote verbessern. Die Regierung kann durch einen deren Autonomie garantierenden institutionellen Rahmen ein adäquates Umfeld für solche Kreditsysteme schaffen.

* Eine alternative Interpretation der Irregularität als inhärente Eigenschaft einer wachsenden Stadt, nicht als unglückliche Anomalie, und folglich die Anerkennung der Regularisierung als gewöhnliche Komponente der Stadtentwicklungsplanung würde sehr wahrscheinlich zur Integration marginalisierter Bürger und (gerade deswegen) zu einem effizienterem Städtebau beitragen.

Neue Bücher Book Reviews

Thema Stadtentwicklung

Clientelism or Technocracy? The Political Logic of Urban Land Regularization, Ann Varley, Dept. of Geography, University College London (wird voraussichtlich als Teil von The Difficult Transition: The Challenge of Reform in Mexico bei British Academic Press erscheinen)

Über den Zusammenhang zwischen Regularisierung und Verbesserung der Wohnbedingungen sind relativ viele Veröffentlichungen zu finden; Varley beschäftigt sich dagegen mit dem Beitrag der Legalisierung von ejido-Land zur politischen Stabilität in Mexiko. Regularisierung wird als eine "Strategie des mexikanischen Staates, die 'soziale Integration' (in der Praxis, die politische Integration) der städtischen Armen zu bewirken" interpretiert.

Um den Rahmen zu setzen, versucht Varley zwei Fragen anhand von verschiedenen Statistiken, Zeitungsartikeln und Publikationen zu beantworten:

- Welches Ausmaß hat die Irregularität in Mexico?

- Ist Irregularität ein Problem? Wie wird Regularität von den verschiedenen Akteuren interpretiert bzw. dargestellt?

Anschließend analysiert sie die Zeichen, in denen die politische Bedeutung von Regularisierung zum Ausdruck kommt. Varley zufolge hat Regularisierung zwei politische Funktionen bekommen: De-Mobilisierung und Re-Mobilisierung.

Obwohl die mexikanische Regierung schon in den 40er Jahren angefangen hatte, ejido-Land zu regularisieren, fand diese Strategie erst 30 Jahre danach ihren Platz im offiziellen Diskurs. In den 70er Jahren verschlechterte sich die ökonomische Lage, die Besetzung von Land war im vollen Gang und neue politische Gruppierungen (zum Teil geführt von Studenten) traten auf, die die offizielle Parteistruktur der PRI in Frage stellten. "Die populistische Reaktion auf städtische Landbesetzung war Regularisierung", und zwar gezielte und selektive Regularisierung. Colonias, die ihre Eigentumsverhältnisse klären wollten, aber politisch harmlos erschienen, blieben unbeachtet, während andere, die keine Intervention von der Regierung verlangt hatten, aber als politisch gefährlich eingestuft waren (Santo Domingo, Padierna), zwangsregularisiert worden sind. Demobilisierung durch Regularisierung.

Aber welche Bedeutung hat Regularisierung in der Mehrheit der Fälle, nämlich, für die colonias, die nicht durch forcierte Landbesetzung entstanden und politisch eher passiv sind? "Re-Mobilisierung", antwortet Varley in Übereinstimmung mit Mele: Legalisierung

etabliert ein einschränkendes Verhältnis (eher Abhängigkeit) zwischen colonia und Staat in Form von langsamen Verhandlungen um Titel und Infrastruktur.

Varley argumentiert gegen Wards Behauptung, daß Stadt-Gemeinde-Interaktionen in Mexiko technokratischer geworden wären. Sie liefert überzeugende Argumente für ihre vorsichtiger Position: Die Objektivität der offiziellen Kanäle ist ziemlich fiktiv und sie stellen keine Gefahr für die "clientelistische" Praxis der Regierungspartei dar. Obwohl manche Zeichen der Änderung in den traditionellen Spielregeln der mexikanischen Politik erkennbar sind, wird die stabilisierende Funktion der Regularisierung in den kommenden Jahren erhalten bleiben. Francisco Luciano

Reforming Urban Land Policies and Institutions in Developing Countries, Catherine Farvacque und Patrick McAuslan, Urban Management Program Policy Paper, May 1992.

Farvacque und McAuslan, beide von der Weltbank, haben in dieser 100-seitigen Veröffentlichung versucht, die Mechanismen des Bodenmarktes in Entwicklungsländern aufzudecken ("how does the formal system work?"), die Hindernisse des freien Spiels zwischen Angebot und Nachfrage herauszuarbeiten ("why is it not working?") und, natürlich, da es sich um ein Policy Paper handelt, Richtlinien zu formulieren.

Mit Beispielen aus Ghana, Kamerun, usw. belegen sie zunächst die Überbürokratisierung der etablierten formellen Landregistrierungsverfahren, um sich dann auf die dafür verantwortlichen Institutionen zu konzentrieren.

Die Kritik der legalen Hindernisse beginnt bezeichnenderweise mit einem Zitat von de Soto. Der Blickwinkel ist erwartungsgemäß liberal, die Kritik des praktizierten legalen Systems schwer zu widerlegen. Die gesetzlichen Verfahren seien zu komplex und/oder die Operatoren zu ineffizient (Korruption wird nicht erwähnt). Die Gerichte seien nie Schutz gegen die Administration gewesen, sondern deren Agenten. Und die sogenannten gatekeepers, nationale Ministerien unter Selbstrechtfertigungszwang, zersplitterte Stadtverwaltungen mit Koordinationsproblemen, monopolisierende urban development agencies, manipulierende land administration agencies und, vor allem in Afrika, traditionelle Führer, haben die Anpassung des Landangebots an die Nachfrage eher blockiert als ermöglicht.

Nicht so die NGOs, deren Arbeit als mobilisierende Kraft auf der lokalen Ebene und als Ermittler zwischen bedürftiger Bevölkerung und (selbst)verhinderter Administration sehr positiv bewertet wird. Weltbank und NGOs tangieren einander, trotz unterschiedlicher Auffassungen in der Benennung eines gemeinsamen Feindes.

Es werden die zwei wichtigsten Grundbesitzkonzepte (common law, civil law) kurz erklärt, die Schattierungen der Informalität beschrieben, die Vor- und Nachteile von freehold und leasehold diskutiert (bzw. warum freehold in vielen Ländern bevorzugt wird) und die besonderen Schwierigkeiten der in den letzten Jahren proportionell wichtiger gewordenen Gruppe der Mieter in illegalen Siedlungen erwähnt.

Drei wichtige instrumentelle Aspekte werden dann analysiert:

- die Bedeutung des Katasters; die Kosten, Nutzen und Hindernisse des Bodenbesitzes;
- die Effekte der Bau- bzw. Urbanisierungsnormen auf dem Bodenmarkt (vor einer reak-

ASA - TEXTE 2

Sebastian Kasack

'Wollt Ihr uns etwa aus dem Viertel vertreiben?!'

Stadtentwicklung in den Armutsvierteln von Luanda, Angola

Vertreibung aus ihrem Haus, weg von ihrem Grundstück, aus dem vertrauten Viertel, weg von Verwandten, Bekannten und Freunden. Diese Angst weckte unser Erscheinen bei den Bewohnern eines der Musseques von Luanda, einem der "Elendsviertel" der Zweimillionenstadt, Hauptstadt des südwestafrikanischen Staats Angola. Wir, das war eine Gruppe deutscher und brasilianischer Studierender, die bei den ersten Rundgängen von Mitarbeiterinnen der angolischen Frauenorganisation und des lokalen Parteivertreters begleitet wurden.

1992, 244pp.

**Bezug: LN-Vertrieb
Gneisenaustr.2
1000 Berlin 61
Tel.(030) 694 61 00
Fax. 692 65 90**

tionären, unkritischen Deregularisierung wird gewarnt);
 - praktizierte Formen der direkten staatlichen Intervention in Bodenmärkte, nämlich Verstaatlichung, Enteignung und Flurbereinigung.

Die Empfehlungen sollen einen Rahmen erstellen für Reformen der Institutionen (sowohl staatlich als auch privat), der Instrumente zur Sicherung des Bodenbesitzes und zur Vereinfachung bzw. Ermöglichung der Landtransaktionen und Registrierung, der Baunormen und, schließlich, der Verfahren direkter staatlicher Intervention. Die grundsätzliche Botschaft lautet: fairness, simplicity and as little state intervention as necessary.

Francisco Luciano

Ronald Daus (1990) Großstädte Außereuropas. Das europäische Fundament; Berlin, U. Opitz Verlag; (Babylon Metropolis Studies Bd.1) 209 S., 7 S. Bibliographie, Ortsregister, Personenregister, 10 Abb. (ISBN 3-925529-01-2) DM 58.--

Hinter diesem Titel versteckt sich keine landeskundliche oder stadtplanerische Beschreibung, sondern die Analyse von Literatur über menschliches Verhalten in und über die Rezeption von außereuropäischen, nach Lage der Dinge kolonialen Stadtgebilden in Afrika, Asien und Lateinamerika.

Nicht nur die Zitate aus hundert und mehr Büchern von Lévy-Strauß über Conrad, Naipaul bis zu "Emmanuelle" sind treffend ausgewählt, oft eigens übersetzt; auch die verbindenden, zusammenfassenden und interpretierenden Texte Daus' sind ein Lesevergnügen. In einem Feuerwerk schlagender Bildern und blitzender Formulierungen wird unter vier Kapitelüberschriften ausgebreitet, was Weltenbummler vielleicht schon früher hier und da mehr oder weniger vage registriert hatten. I. "Brückenköpfe des Fremden": Vor etwa 500 Jahren brachen plötzlich Portugiesen, Holländer und nach und nach Angehörige anderer europäischer Subkulturen aus ihren Territorien aus. Wie Bergsteiger an der Steilwand schlugen sie Stützhaken ein und Notlager auf und hangelten sich so an den fremden Küsten entlang, ihren Stützpunkten

ihre je spezifischen Muster städtisch-herrschaftlichen Lebens aufprägend, damit fremd für deren Umwelt, aber je gefährdeter desto auftrumpfender. II. "Die Jagd aufs Exotische: Reisen": Gleichzeitig als Sicherungsnetze fungierende bewegten sich auf diesen neuen Schifffahrtsrouten Europafüchtende mit den unterschiedlichsten Motiven: Glückssucher und berechnende Kaufleute, Aussteiger und Vertriebene, Heilsbringer und Kriminelle, letztlich alles irgendwie Besessene oder Gaukler wie Gauguin oder T.E. Lawrence. III. "Die Jagd aufs Exotische: Konzepte": Über die Generationen hinweg bildeten sich Stile der Vermittlung des Fremden heraus: Kolonialliteratur, Reiseberichte und populäre Anthropologie. Das Außereuropäische gibt die Folie für kosmopolitische Plots bei Graham Greene und teutonische Betroffenheit bei Günter Grass. Joseph Conrad ist einer der wenigen, die sich um Selbstreflektion im Verwertungsprozess bemühen. IV. "Die verführerische Zivilisation": Die Kolonialisierten ihrerseits lieferten sich mal mehr und mal weniger den aufeinanderfolgenden Glaubens-, Moral-, Erziehungs- Gesundheits- und Demokratieoffensiven der Europäer aus. Ihre Eliten kollaborierten viel williger, ließen sich korrumpieren und selbst in den nicht kolonialisierten Weltgegenden, in Lateinamerika, Japan, China - und hier vorwiegend in den Städten und expandierenden Agglomerationen - wurde, wie Daus abschließend formuliert, das "von Europa Gemeinte ... mit einer solchen Radikalität übernommen, daß selbst die überzeugtesten Missionare vom alleinseligmachenden Wesen des Europäischen am Ende verblüfft und gar entsetzt sind."

Dem Leser bleiben einige Fragen: Besaßen die afrikanischen, asiatischen, arabischen, lateinamerikanischen Länder zum Zeitpunkt der Kolonialisierung nicht bereits Eliten, die fremden Mustern folgten (in Afrika arabischen, in Indien persischen, in Japan chinesischen)? War die Frankophonie des europäischen Adels nicht auch eine Assimilation? Macht es einen Unterschied, ob venetische Palladio-Portici in Kent, in South-Corolina oder in Neu-Delhi (dort statt Isphahan-Portalen) Bedeutung anzeigen, ob Bayreuther

SÜDAFRIKA-AUSSTELLUNG

Das Gesicht der Zivilisation

EINE FOTOAUSSTELLUNG ALS FALLSTUDIE ÜBER DIE ORGANISATIONSPRINZIPIEN DER 'APARTHEID' IM ZEITALTER IHRER ÜBERTRAGUNG AUF

19 großformatige A1 Tafeln mit Text. Für "ausgewiesene" Antirassismus- und Asylgruppen kostenlos. Versandkosten: 30 DM. Info-Blatt zur Ausstellung anfordern.

medico
 international

Obermainanlage 7 • 6000 Frankfurt/M/1
 Tel. 069-24438-0 • Fax. 069-436002

Wagneropern in Paris, in Manaus oder in Tokio Kultgemeinden anziehen? Wird nicht Hokusai auch in Totonto wie in Kairo, New Orleans-Jazz in Warschau wie in Bombay gewürdigt. Was bedeutet Weltkultur hinter und neben dem UNESCO-saktionierten "Welterbe"? Sodann: Sind mit den brutalen Exponenten der europäischen Hegemonie nicht gleichzeitig auch deren Kritiker wie Las Casas, wie die französischen Jesuiten und die anglosächsischen Anthropologen mitgereist oder unmittelbar nachgefolgt? Die ironische Grundhaltung des Textes schneidet solche Fragen heer ab. Aber vielleicht ist die Behandlung dieser Fragen der angekündigten Fortsetzung des Unternehmens Metropolis Studies vorbehalten.

Bis dahin bestelle ich, auch wenn das Paperback mit seiner wenig attraktiven Umschlaggestaltung den vergleichsweise stolzen Preis nicht ahnen läßt, einige "Großstädte Außereuropas" als Geschenk für den einen oder anderen meiner Freunde mit Spaß an, sagen wir, "Reisephilosophie". J.O.

Nigel Harris (ed), *Cities in the 1990s. The Challenge for Developing Countries.* 232 Seiten, ISBN 1-85728-030-X, 1992. London: UCL Press (Gower Street, WC1E 6BT).

Die Publikation dokumentiert eine hochkarätig besetzte internationale Konferenz zum Thema der Metropolenentwicklung im Süden, welche Ende 1991 an der DPU in London stattfand. Kernstück des Buches sind die Beiträge der drei führenden internationalen Entwicklungsorganisationen: der Weltbank, der UNDP, und der UNCHS. Der mit Abstand interessanteste Beitrag stammt von Michael Cohen (Chef der Urban Development Division an der Weltbank), in der er die wesentlichen - und stark angreifbaren (siehe Buchbesprechung in TRIALOG 36) - Punkte des jüngst erschienenen policy papers zur Urbanisierung relativiert und aus seiner persönlichen Sicht erläutert. Die Positionen der UNDP werden von Shabbir Cheema, und die der UNCHS von Mark Hildebrand und Patrick

**DAS FORUM
 IST DIE ZEITSCHRIFT
 DES BUNDESKONGRESSES
 ENTWICKLUNGSPOLITISCHER
 AKTIONSGRUPPEN
 (BUKO)**

Normalabo 40.-DM pro Jahr, Institutionen 55.-DM
 Probeabo - 3x Forum 10.-DM, Geld beilegen.

Bestelladresse:
 Redaktion FORUM
 Buchstr. 14/15
 2800 Bremen 1

Unsere Schwerpunktthemen:
 160 Hilfe zur Selbsthilfe
 - am Beispiel
 161/2 Entwicklungshilfe-
 Neues zur alten
 163/4 Weltordnung
 Wider den
 165/6 Zeitgeist
 Mexiko
 167 Bevölkerungs-
 Politik
 168 TransFair-Kaffee
 169 Rassismus -
 Sexismus

McAuslan vertreten - ergänzt jeweils durch eine Zusammenfassung der den Vorträgen folgenden Diskussionen. Auch Zusammenfassungen der entsprechenden policy papers von Weltbank und UNDP finden sich im Anhang. Der Band ist hot stuff für alle, die über Stadtentwicklung und internationale Entwicklungsorganisationen arbeiten. KM

Waltraut Kokot / Bettina C. Bommer, eds. (1991) Ethnologische Stadtforschung; Berlin, Reimer Verlag (ISBN 3-496-00495-9) 184 Seiten, 7 Seiten englische Zusammenfassungen; Preis DM 38.-

Der in den Rahmenbeiträgen zum Ausdruck kommende Selbstzweifel des Faches "Stadtethnologie" kann uns Nichtethnologen unberührt lassen. In dieser Disziplin sammeln sich die ihrerseits bereits methoden-eklektischen Fächer Stadtanthropologie und Stadtsoziologie, Stadtgeschichte, Stadtwirtschaft und Stadtgeographie zu einem Methodeneklektizismus der zweiten Potenz. Jedenfalls scheint letzterer eine sinnfällige bis spannende Problemdarstellung eher zu fördern als zu behindern.

Das belegt bereits einer der einleitenden Beiträge, der im wesentlichen an Hand der die nordamerikanischen Diskussion referiert, wie sich soziale Zuschreibungen und Selbstzuschreibungen mit solchen territorialer Art überschneiden, wie tradierte Mentalitäten mit kurzfristigen Interessen im Konflikt liegen. Die übrigen Beiträge des Bandes beziehen sich auf Feldstudien. Sie handeln vom Aufstieg der britischen Kolonialstadt Bengkulu im heutigen Indonesien, von jüngsten innerstädtischen Machtkämpfe in der spanischen Marokko-Enklave Melilla, von der Geschlechterrollen im Bazar im vorderen Orient am Beispiel der jordanischen Kleinstadt Dscharasch, von der Auflösung des traditionellen Bazars in Safranbolu, Türkei und von der von privaten Trägern geförderten Sozialarbeit in Selbsthilfe-Nachbarschaftsgruppen in Santiago de Chile. Lesenwert ist auch die Rechtfertigung der Leitthese für ein geplantes (inzwischen wohl abgeschlossenes) psychosoziales Forschungsprojekt "Sind Frauen urbaner als Männer?". Für diese These sprechen gute Gründe, denn im Untersuchungsgebiet Südost-Nigeria wird ein Mann Landansprüche in seinem Herkunftsdorf nicht aufgeben, während Frauen solche Ansprüche nicht haben oder nicht wahrnehmen und sich folglich bald mit ihrer Zukunft in der Stadt abfinden.

Der Band ist ein Beispiel für die Methodenvielfalt und Clifford Geertz' Forderung nach einer "thick description". Redundanz richtig eingesetzt vermag zu weiterem Nachdenken anregen. J.Ö.

Angi und Alan Pinder, Beazley's Design and Detail of the Space between Buildings. 289 Seiten, ISBN 0-419-13620-7, 1990. London: E&FN Spon.

Die Urfassung dieses über Jahrzehnte hinweg besonders in englischsprachigen Ländern Handbuch erschien zuerst 1960. Die Autorin, Elizabeth Beazley, dürfte TRIALOG Leser/innen allerdinge eher durch andere Publikationen bekannt sein, wie z.B. durch "Living in the Desert", wo sie traditionelle Architektur im Inran in hervorragender Weise dokumentiert hat.

Das vorliegende Buch, das von Angi und Alan Pinder auf aktuellen Stand gebracht wurde, gliedert sich in drei Teile: Auf die Behandlung ebener Flächen folgen Wände und Zäune, während Stützmauern, Rampen und Treppen den Abschluß bilden. In vielen De-

tailzeichnungen werden in erster Linie konstruktive Aspekte erklärt - wobei ein Teil der betreffenden Leistungen heute allerdings in der Praxis von Spezialfirmen ausgeführt werden und die angezielte Detailkenntnis bei Architekten nicht mehr erwartet wird. Dies gilt jedenfalls für Großbritannien, der geographische Rahmen, für den der Band abgefaßt wurde. In Entwicklungsländern kann die Präsenz solcher Spezialisten nicht immer erwartet werden. Daher wäre hier die Beschaffung dieses Buches besonders anzuraten - wenn nicht der Preis wäre.

Auf den ersten Blick erscheint es bedauerlich, daß die Autoren dem gestalterischen Aspekt relativ wenig Aufmerksamkeit geschenkt haben. Doch ein Vergleich mit anderen Architektur-Lehrbüchern zeigt schnell den Vorteil eines solchen Vorgehens: Der Gefahr unverständlicher Übernahme fremder Lösungen wird vorgebeugt, die Hilfe liegt wirklich darin, nichts verkehrt zu machen. Nicht mehr und nicht weniger.

Kosta Mathéy

Thema Ökologie / Stadtökologie

Tim Elkin; Duncan McLaren. Reviving the City. 278 Seiten, ISBN 0-905966-83-X, £ 13,-. London: Friends of the Earth (26-28 Underwood Street, N1 7QJ).

Das Thema der Stadtökologie wird weit gefaßt dargestellt, wobei folgende Schwerpunkte gesetzt wurden: Gebaute Umwelt, Transport, Energiewirtschaft, Grünflächen und Fauna, Lebensmittelproduktion, Abfall und Pollution, Gesellschaft und Ökonomie. Auf eine abschließende Zusammenfassung folgen zuletzt noch politische und praktische Empfehlungen, nach den obengenannten Rubriken gliedert.

Der Text zeichnet sich durch eine anschauliche Beschreibung und viele konkrete Hinweise auf, die ich aus anderen Publikationen noch nicht kannte - so zum Beispiel Angaben zu Risiken und Vorteilen des Gartenbaus in den Städten. Als Nachteil erscheint zunächst die explizite Bezugnahme auf den englischen Kontext - doch die meisten Aussagen treffen für andere Länder genauso zu (soweit es sich nicht ohnehin um internationale Vergleiche oder physikalische Größen handelt. Illustration sind kaum vorhanden. Ein empfehlenswertes Buch, dessen einzige schwache Stelle der weiche (und sicher sehr ökologische) Umschlagkarton ist.

Kosta Mathéy

Rudolf Stich, Karl-Wilhelm Porger, Gerhard Steinebach, Andreas Jacob. Stadtökologie in Bebauungsplänen. 233 Seiten, ISBN 3-7625-2913-3, 1992. Bauverlag Wiesbaden.

Das Buch präsentiert die Ergebnisse eines vom BM Bau in Auftrag gegebenen Forschungsprojektes und gliedert sich in drei Hauptteile: den umfassenden Maßnahmenanteil, die Kurzfassung der Ergebnisse, und den Anhang. Sieben stadtökologische Maßnahmen (Anpflanzung und Erhaltung von Bäumen und Bepflanzungen; Fassaden- und Dachbegrünung; Schaffung und Erhaltung von Grünflächen; Sicherung und Entwicklung von Biotopen; Begrenzung der Bodenversiegelung; Naturnahe Gestaltung von Gewässern; Rückhaltung von Niederschlagswasser) werden nach einem einheitlichen Schema hinsichtlich ihrer fachlichen Grundlagen, der rechtlichen Festsetzungsmöglichkeiten sowie Aspekten der Festsetzung, Durchsetzung und

TRIALOG

Zeitschrift für das
Planen und Bauen
in der Dritten Welt

Bisher erschienene Titel ...

- 1 Wohnungsbau für die Armen*
- 2 Schwerpunkt: Regionalplanung*
- 3 Ausbildung & Berufsbild
- 4 Die Häuser der Revolution
- 5 Ausgrenzungen der Arbeitstitel "Gettos"
- 6 Socialist Housing?
- 7 Raumordnungen
- 8 Behutsame Erneuerung historischer Stadtzentren*
- 9 Mittelstädte
- 10 Internationales Jahr der Hilfe für Menschen in Wohnungsnot 87
- 11 Frauen
- 12 Angepaßte Technologien
- 13/14 Slum- & Squatter Upgrading
- 15 Partizipation and Habitat
- 16 Kooperativen
- 17 Umwelt Dritte Welt
- 18 Self-help Housing
- 19 Traditionelle Architektur
- 20 Housing and Planning Research
- 21 Planning as a Dialogue
- 22 NGOs & CBOs
- 23/24 Public-Private Initiatives
- 25 Technologie hin - Technologie her
- 26 Siedlungskonzepte
- 27 Städtische Infrastruktur
- 28 Urban Ecology
- 29 Raumwandlungen
- 30 Nigeria
- 31 Mexico Stadt
- 32 Urban Indonesia New Developments
- 33 Phänomen Cuba*
- 34 Plan and Reality
- 35 Denkmalpflege in Südostasien
- 36 Informal Settlers in the First World
- 37 Großsiedlungen

... können beim Vertrieb

Magazin Verlag,
Schweffelstraße 6
24118 Kiel

bestellt werden

* diese Hefte sind jedoch leider vergriffen

möglicher Entschädigungsforderungen analysiert. Im Anhang wurden 60 zwischen 1984 und 1988 entstandene Bebauungspläne in Hinblick auf enthaltene stadtoökologischer Festschreibungen untersucht und ausgewertet - wobei das Ergebnis erwartungsgemäß wenig beeindruckend ausfällt.

Durch die Struktur des Forschungsberichtes vorgegeben, werden nicht alle im täglichen Gebrauch interessierende Fragen adäquat behandelt. So stellt sich dem oder der Leser/in natürlich die unbeantwortet bleibende Frage, welche alternativen Festschreibungsvorschriften bestehen, wenn sich das Instrumentarium des Bebauungsplans zur Durchsetzung bestimmter stadtoökologischer Forderungen als nicht brauchbar erweist. Auch wäre eine einleitende und übergreifende Erläuterung infrage kommender Rechtsvorschriften nützlich. Andererseits enthält das Werk jedoch konkrete Hilfen für Planungsämter bei der Anfertigung umweltförderlicher Bebauungspläne. Doch was das Buch für den oder die Normalverbraucher/in extrem attraktiv macht, sind die klaren und ausführlichen Beschreibungen der verschiedenen, eingangs erwähnten Maßnahmen und ihrer Wirkungen. Hier bietet die Publikation mehr, als viele andere Werke, die den Anspruch haben ausschließlich dieses Thema zu behandeln. Kosta Mathéy

Amitrav Rath, Brent Herbert-Copley, Green Technologies for Development, Transfer, Trade and Corporation. 63 Seiten, ISBN 0-88936-672-1, 1993. Ottawa/Canada: International Development Research Centre (PO Box 8500, Ont K1G 3H9).

Die Broschüre thematisiert alle globalen ökologischen Probleme, und evaluiert deren Relevanz und Perspektiven nach der Umweltkonferenz von Rio. Dabei werden systematisch Standpunkte der Industrienationen denen der Entwicklungsländer gegenübergestellt. Diese Grundthematik wiederholt sich auch in den lexikalisch organisierten Hauptkapiteln (Environment, Technology, Options) der Publikation, in der alle relevanten Schlagworte, wie greenhouse effect, biodiversity, technology transfer, soft technologies etc. ausführlich behandelt, und z.T. auch in separaten Boxen anschaulich kommentiert werden. Gerade durch den handlichen Umfang der Broschüre ist es leicht, sich einen guten Überblick über den Stand der Diskussion in globalen Umweltfragen zu verschaffen. KM

Günter Altner, Barbara Mettler-Meibohm, Udo-Ernst Simonis, Ernst-Ulrich von Weizsäcker, eds.; Jahrbuch Ökologie 1992, (ISBN 3-406-34050-4) 382 S. DM 22.-, Jahrbuch Ökologie 1993, (ISBN 3-406-34081-4) 392 S. + 3 S. Gesamtregister 1992/93, DM 24.-, Verlag C.H.Beck, München

Die ersten beiden Bände dieser auf Jährlichkeit angelegten Reihe lassen noch ein Tasten, was die innere Struktur und die Richtung des Unternehmens betrifft, erkennen: weder ein Öko-Almanach, noch ein auf Brillanz getrimmter Essayband, auf dem von diesen Extremen aufgespannten Kontinuum irgendwo zwischen "Report of the State of the Environment" und lockerer Aufsatzsammlung. Unter der Überschrift "Perspektiven" behandeln jeweils einige der Herausgeber oder ihnen nahe stehende Autoren einleitend Themen umfassenderer Art quasi als Leitartikel. 1992 führte Martin Jänicke in die Elemente einer langfristigen Umweltpolitik ein, Klaus Meier-Abich kritisierte den Öko-Imperialismus, Johan Galtung präsentierte einen Satz von "Prinzipien ökologischen Überlebens"

usw. 1993 setzte sich Günter Altner mit den Interpretationsmöglichkeiten des Konzeptes der offenen Systeme auseinander, Christine von Weizsäcker kritisierte die Denk- und Entscheidungsfaulheit der Politik bei der Gentechnik und Rainer Grieshammer befaßte sich mit der Chemie-Enquête des Bundestages - irritierend abgehoben übrigens von der tatsächlichen Gefahr, wie sie seither etwa durch die Chemieunfälle bei Höchst, BASF und Bayer offenbar wurde.

Der Abschnitt "Schwerpunkte" vereinigt Umweltthemen, die in dem jeweiligen Jahr besonders aktuell waren: 1992 u.a. Klimapolitik und Auswirkungen des Golfkriegs, 1993 beispielsweise Neue Bundesländer, Erdgipfel Rio, Rüstungskonversion - Friedensdividende, Verkehrsverhalten. Unter dem Stichwort "Disput" werden einzelne Sachkomplexe aus unterschiedlichen Blickwinkeln betrachtet. 1992 ging es um Verkehrspolitik und 1993 um die Ökodiktatur, bzw. deren Vermeidung. Die Überschrift "Umweltgeschichte" wäre zu Zeiten des Bildungsbürgertums "Miscellen" genannt worden. 1992 waren das beispielsweise Umwelberatung, Tierversuche, Windenergie, Umweltsponsoring, 1993 wurde darunter das Dioxin-Problem abgehandelt. 1993 wurde, um auch positive Aspekte zu zeigen, eine Abteilung "Ermutigungen" eingerichtet, in der über Erfolge im Umweltsverhalten, beispielsweise über Biokost, autofreies Leben, Semesterticket usw. berichtet wird. Ebenfalls wurde ein Register eingeführt. Dieses erscheint noch erweiterbar und vertiefbar. Eine weitere Verbesserung wäre dem bibliographischen Apparat zu wünschen. In den vorliegenden Bänden sind die Literaturhinweise den Beiträgen zugeordnet, wobei sich die Autoren anscheinend zur Sparsamkeit bei den Verweise aufgefördert fühlten.

Dem Konzept der weiland Jahrbücher für Nationalökonomie, Erdkunde oder für andere akademische Disziplinen mit der Funktion des Sich-Vergewissens unter Kollegen läuft die Begrenzung der Beiträge nach dem Motto: "Mehr als zehn Schreibmaschinenseiten liest heute kein Mensch!" entgegen. Nicht allen Autoren gelingt, damit so glänzend zu rechtzukommen und auch den Normalleser zu faszinieren, wie Martin Jänicke oder Günter Altner in seinem Essay über die offenen Systeme. Für den Noemalleser sind die Bände wertvoll - gerade auch in der erwarteten Reihung - als Rekapitulation des Fortschreitens der ökologischen Diskussion bei uns. Für einen Normalleser, der sich schwerpunktmäßig mit den Ländern des Südens befaßt, dürfte sich die Tatsache auszahlen, daß dieser Stand bei uns nun einmal avancierter ist, als weiter südlich. Für seine Zwecke sind Preis und Aufmachung mehr als angemessen. J.Ö.

Victor Olgay. Design with Nature. A Bioclimatic Approach to Architectural Regionalism. 190 Seiten, ISBN 0-442-01110-5. 1992. Van Nostrand Reinhold, New York.

Dieses klassische Lehrbuch über Bauklimatologie erschien in der ersten Auflage bereits 1963, war jedoch über viele Jahre hinweg vergriffen. Vor diesem historischen Hintergrund beeindruckt den oder die Leser/in, wieviele Weisheiten über das Bauen in den Tropen schon seit Jahrzehnten auch in Architektenkreisen bekannt gewesen sein sollten, aber in der Bauausführung so oft übersehen wurden. Im Vergleich zu neueren Publikationen fehlen natürlich die ökologischen und sozialen Überlegungen, während den Sonnenstands- und Klimakarten unverhältnismäßig viel Raum gewidmet wurde. Die beigefügten Fallstudien, z.T. mit Punkthochhäusern und weit gestreuter Bungalow-Bebauung, verdienen bestenfalls noch kunsthistorische Wertschätzung, doch die Grundaussagen des Werks bleiben natürlich noch heute gültig. Kosta Mathéy

Thema: Gesellschaft und Politik

John Rennie Short, An Introduction to Political Geography (second edition). 178 Seiten, ISBN 0-415-08227-7, £15.-, 1993. London: Routledge.

Das Buch ist als Lehrbuch konzipiert und gliedert sich in drei Teile: The political geography of the world order; the political geography of the state; the political geography of participation. Dabei wird erfolgreich der Versuch unternommen, die räumliche Komponente in weitbestimmenden sozialen und politischen Entwicklungen nachzuzeichnen. Unterstrichen wird dieser Ansatz durch eine große Anzahl innovativer und überraschender Karten, die sich dazu, da Strichvorlagen, auch gut auf Overheadfolien kopieren lassen. Alle Informationen sind auf dem neuesten Stand.

Das interessanteste Kapitel dürfte das über soziale Bewegungen sein, das zuerst das Spannungsfeld Staat-zivile Gesellschaft, dann transnationale Gefahren und damit zusammenhängende Bürgerbewegungen, und zuletzt lokale Initiativen thematisiert. In diesem letzten Kapitel werden übrigens auch ausführlich die green ban Bewegung in Australien beschrieben - wonach ich in anderen Publikationen seit längerem vergeblich gesucht habe. Eine ausgesprochen anregendes Werk. KM



für Journalisten,
Menschenrechtsorganisationen,
Hilfswerke, Rechtsanwälte,
Flüchtlingsgruppen, Asylorganisationen

Fundiert & unabhängig bringt "Kurdistan aktuell" als Newsservice Dokumente, Hintergrundberichte, Kurzanalysen aus & über alle Parteien und Verbände in allen Teilen Kurdistans.

Darunter besonders & exklusiv die unübertroffenen Nachrichtenbulletins der Menschenrechtsvereine Kurdistans und der Türkei. Dazu für Asylgruppen verwertbare Dokumentationen über Vertreibung und Fluchtursachen.

Kostenlos. Für den einjährigen Bezug sind DM 40.- an reinen Versandkosten vorab zu überweisen auf das Konto 1800 Stadtparkasse Ffm. (BLZ 500 501 02).
Stichwort: "Kurdistan aktuell"

medico

International
Obermainanlage 7 • 6000 Frankfurt/M 1 • Tel. 069-24438-0

Hans Haan (J.-B.Celestine,ed.) 1989; **Urban informal sector information: Needs and methods**; Geneva (ILO/WEP); 40 S., 4 S. Bibliographie. (ISBN 92-2-1007004-2) Preis: Sfr 12,50

Mit Recht wird beklagt, daß die Arbeitsmarktstudien in den sogenannten Entwicklungsländern unter der Nicht-Erfassung des "Informellen Sektors" leiden. Diese knappe Studie der ILO für DANIDA gibt zumindestens Hinweise darauf, auf welche Weise einige der für arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitische Zwecke nötigen Daten über den städtischen IS gewonnen werden könnten.

Daß sich der Autor bei der Eingrenzung des Untersuchungsgegenstandes mit dem epistemologischen Kalauer zufrieden gibt, daß selbst wer nicht in der Lage ist, eine Giraße zu definieren, diese dennoch erkennen kann, zeigt seinen pragmatischen Ansatz. Ähnlich lakonisch stellt er den problembezogenen Bedarf an Daten den zu konstatierenden Mängeln gegenüber, was Quantität und Qualität betrifft. Um dem abzuwehren wägt er folgende vier Methoden der Datensammlung nach ihren spezifischen Vorbedingungen und Nutzenprofilen ab: Interviews mit Schlüsselinformanten, gezielte Haushaltserhebungen, Stichprobenbefragungen und Branchenuntersuchungen: Insgesamt eine Broschüre für den schnellen Einstieg in den Problemzusammenhang. JO

Robert Chambers. **Rural Development. Putting the Last First.** 246 S., ISBN 0-582-64443-7, 1983, 1991. Burnt Mill: Longman.

Dieser Band von Robert Chambers ist in den letzten 10 Jahren zu einem heimlichen Bestseller geworden - er wurde in diesem Zeitraum immerhin 11mal nachgedruckt! Der Erfolg läßt sich leicht damit erklären, daß es dem Autor gelungen ist, den Blick zu öffnen für die Eigendynamik von Expertenbesuchen und Entwicklungsprojekten in ländlichen Regionen der Dritten Welt. Nachdem er detailliert die Gründe für die vorherrschende Mythenbildung aufgezeichnet hat, plädiert er für eine neue Betrachtungs- und Herangehensweise der ländlichen Entwicklungsprobleme, und für ein professionelles Umlernen, das auf "ungeschützter" teilnehmender Beobachtung der tagtäglichen Lebensbedingungen von den betreffenden Zielgruppen basiert. Das Buch ist ein Muß für alle Experten und Entscheidungsträger ländlicher Entwicklungshilfe. KM

Klaus Jürgen Gantzel; Torsten Schwinghammer; Jens Siegelberg. **Kriege der Welt. Ein systematisches Register der kriegerischen Konflikte 1985 bis 1992. Interdependenz No. 13.** 59 Seiten, ISBN 3-927626-19-8, DM 6,-. Stiftung Entwicklung und Frieden, Goteenstr. 152, 5300 Bonn 2.

Bei den rund fünfzig Kriegen, die gegenwärtig weltweit geführt werden, ist es auch politisch Interessierten unmöglich, den Überblick zu behalten - geschweige denn die Hintergründe der Auseinandersetzungen zu verstehen. Das vorliegende Register leistet hier Hilfestellung, indem es alle größeren militärischen Auseinandersetzungen seit 1895, nach Regionen geordnet, auflistet und analysiert. Die Darstellung erfolgt systematisch jeweils zu den kriegführenden Gruppen und Bewegungen, den Konfliktgegenstand und die Ziele, ggf. die Kriegsbeendigung und damit verbundenen Ergebnisse. Eine auswertende Statistik mit ansatzweiser Interpretation globaler Tendenzen ist dem Werk vorangestellt. Eine der erschreckenden Erkenntnisse daraus, ist, daß fast alle Kriege der jüngsten

Vergangenheit in der Dritten Welt geführt wurden, und daß auch das Ende des Ost-West Konfliktes in keinster Weise zur Friedensbildung beigetragen hat. Kosta Mathéy

Thema: Wohnungsversorgung

Scott Leckie (1992) **From Housing Needs to Housing Rights: An Analysis of the Right to Adequate Housing Under International Human Rights Law**; London, IIED, Human Settlements Programme; DIN A4; 79 S, 27 S. Anhänge, 3 S Bibliographie ISBN 0 905347 78 1, erhältlich über IIED, 3 Endsleigh Street, London WC1H 0DD, £ 9.95

Das Recht der Menschen auf angemessenes, d.h. erschwingliches, gesichertes und gesundes Wohnen ist bereits in der Allgemeinen Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen von 1948 postuliert. Obschon damit von den meisten Regierungen als Rechtsanspruch anerkannt, wird er bisher nirgendwo eingelöst, oft sogar mißachtet, was die vorliegende Untersuchung durch Hinweis auf viele oft umfangreiche und staatlich sanktionierte Vertreibungen in den letzten Jahren belegt. Mit dem Ziel, gegen die Vertreibungen zu kämpfen und angemessenen Wohnraum gerade für die untersten Einkommenschichten einzufordern, hat sich eine international verknüpfte Bewegung von Nicht-Regierungs-Organisationen gebildet, zusammengefaßt in der "Habitat International Coalition" (HIC). Der vorliegende Bericht wurde verfaßt, um diesen Gruppen als Basis in der politischen Auseinandersetzung und als Werkzeug in der juristischen Argumentation zu dienen. Daß er dabei der Versuchung widerstanden hat, in den Juristenjargon zu verfallen, ist dem Verfasser hoch anzurechnen.

Auf die Einleitung, in welcher von dem anerkannten Grundbedürfnis Wohnen dessen Rechtsgeltung und der Anspruch auf seine Erfüllung abgeleitet werden, folgt eine Zusammenstellung der entsprechenden Textstellen aus Erklärungen der UNO-Generalversammlung (z.B. Allgemeine Menschenrechtserklärung 1948), des Rates für Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur (ECOSOC) der UNO, von UNO-Konferenzen (z.B. Vancouver 1976), aus Arbeitsaufträgen der UNO, z.B. für die ILO, sowie durch die Herstellung des Bezugs zu vergleichbaren oder tangierten international konsensfähigen Rechtsfeldern (s. Diagramm). Im Anhang befindet sich eine nützliche Sammlung relevanter Zitate aus Verfassungstexten einzelner Staaten, von Eingaben der HIC an die Menschenrechtskommission der UNO und an den ECOSOC und dergleichen.

Der Text vermerkt ausdrücklich, daß für die Durchsetzung und den Vollzug sowohl staatliche als auch nicht-staatliche Träger in Frage kommen, er benennt jedoch ausschließlich Forderungen an UNO-Gremien, Europarat, OAS, OAU und, naturgemäß pauschal, an nationale Regierungen. Der Anspruch im Buchtitel, eine "Analyse" zu geben, erscheint insofern etwas hoch gegriffen, als weder die Texte und deren mangende Wirkung auf das politische Handeln auch nur andeutungsweise diskutiert werden.

Beim Lesen dieser alles in allem nützlichen Untersuchung fallen quasi an deren Rand drei Leerstellen auf:

a) die rechtssystematische Diskussion, wie aus Grundbedürfnissen einklagbare Rechte abzuleiten sind (Diese Einklagbarkeit durch den einzelnen gegenüber der Allge-

Selbsthilfestrategien als Element der Wohnungspolitik in Entwicklungsländern

Bibliographie
mit Anmerkungen
zum Stand der Forschung

von
Kosta Mathéy

Reihe Entwicklungsperspektiven, Band 46
Ladok - GHK FB 6, 52 Seiten
ISBN 3-88122-726-1
Gesamthochschulbibliothek Kassel
1993

Inhalt:

I. Teil: Anmerkungen zum Stand der Forschung

1. Die "Protagonisten des Selbsthilfe-Ansatzes
2. Die akademische Debatte
3. Empirische Studien
4. Alternative Überlegungen
5. Zusammenfassung

II. Teil: Bibliographie

III. Teil: Autorenindex, Orts- und Länderindex, Stichwortindex

Bestelladresse:

Lateinamerika-Informationsstelle
GHK FB 06, Raum 2123
Nora Platiel Straße 5
3500 Kassel
Tel. 0561-804-3128/3125

Preis:

DM 6,- plus Porto bzw.
DM 4,- plus Porto (mit Studentenausweis)

meinheit ist ein im Englischen mangels eines anerkannten Fachbegriffs schwer vermittelbares Konzept)

b) die Notwendigkeit, bei dem Recht auf Wohnung die ökologische Zukunftssicherung des Wohnumfeldes mitzubedenken (ebenfalls ein Konzept, auf das alle Rechtsterminologien der Welt wenig vorbereitet sind) und in diesem Zusammenhang

c) die Notwendigkeit, das bisher dem Individuum als Rechtsträger zugebilligte Recht auf Gruppen von Betroffenen und gar deren Treuhändler zu erweitern (was bei uns als "Verbandsklage" ebenfalls umstritten ist).

Das "International Institute of Environment and Development" London, das die vorliegende Studie gefördert hat, wird in Zukunft diese scheinbaren Randgebiete mehr in den Mittelpunkt rücken müssen. J.Ö

Thema: Planungsmethodik

Dirk Kohnert/Hans-Joachim A.Preuss/Peter Sauer, eds. (1992) *Perspektiven zielorientierter Projektplanung in der Entwicklungszusammenarbeit; Ifo-Studien zur Entwicklungsforschung, Band 22; Weltforum Verlag, Köln; ISBN 3-8039-0402-1; 253 S.; DM 58.-*

Die "Zielorientierte Projektplanung (ZOPP)" ist ein Verfahren, in welchem die maßgeblichen Projektbeteiligten in einer Serie formalisierter Diskussionsrunden die Ziel-Mittel-Relationen eines gegebenen Projektes offenlegen, damit konsensfähig machen und über die Selbstbindung der Beteiligten die Entscheidungsfindung und anschließende Durchführung enthierarchisieren, weshalb gelegentlich und ungenau auch der Begriff "Partizipation" mit ZOPP in Verbindung gebracht wird. ZOPP wurde in den achtziger Jahren von der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) für Projekte der Entwicklungshilfe operational gemacht und anschließend vom Bonner Entwicklungsministerium für obligatorisch für nachgeordnete Stellen erklärt. Es ist mittlerweile zu einer Art Erkennungsmelodie und zum Identifikationsritual der GTZ geworden. Weil ZOPP die Entscheidungsverläufe nachvollziehbarer macht und endlich auch das, was interkultureller Diskurs genannt wird, zu thematisieren erlaubt, interessieren sich auch andere Entwicklungshilfe-Institutionen dafür.

Die Herausgeber sehen in der vorliegenden Aufsatzsammlung - darin klugerweise weit bescheidener als der Verlag in seinem Waschzettel - einen ersten Versuch für ... "eine systematische wissenschaftliche Beschäftigung mit der Methode (ZOPP), ihrer Anwendung und ihren Ergebnissen." Sie beginnen mit einer knappen Beschreibung der Methode, einer mageren erkenntnistheoretischen Begründung und einer allgemeinen Erörterung der ZOPP Projektpraxis (Teil 1), zeigen an konkreten Projektbeispielen, daß ZOPP die in der EZ gegebenen Rollen zu klären hilft (Teil 2), versammeln Texte, die Probleme des interkulturellen Diskurses diskutieren, allerdings in eher allgemein gehaltenen Beiträgen (Teil 3) und lassen unter dem Stichwort "Perspektiven" Autoren zu Wort kommen, die Varianten der ZOPP bis hin zu Planspielen in der Entwicklungszusammenarbeit (Teil 4) und darüber hinaus (Teil 5) vorstellen.

Keiner der Beiträge ist auf eine systematisch eindringende Analyse hin angelegt. Verschiedene Aspekte dessen, was man unter innerkulturellem und interkulturellem Dis-

kurs (u.a.Frauen) zusammenfassen könnte werden immerhin angekratzt. Vor allem aber wird, abgesehen von einer einzigen Erwähnung, die entscheidende Schwachstelle nicht der Theorie, sondern der Praxis ausgedelnet: die Tatsache, daß sich die Ministerien und Geldgeber ablehnen, sich in das Verfahren einzubinden. Das erleichtert diesen zwar das Geschäft und erlaubt ihnen, ihre Machtstellung wenigstens oberflächlich zu kaschieren. Damit machen sie ZOPP aber zu einer Alibiveranstaltung und diskreditieren die Idee einer gemeinverantwortlichen Entwicklung. Geben wir den Herausgebern einen zweiten Versuch und bitten den Verlag, auf eine bessere Qualität der Buchbindung zu achten, damit für den nicht unbeträchtlichen Preis ein nicht nur dem Inhalt entsprechend nachhaltiges, sondern auch buchbinderisch dauerhaftes Buch entsteht. J.Ö.

Thema: (Bau)Technologie

Bo Johansson. *Concrete Roofing Tiles. Building Issues 4 (2), 1992. 18 Seiten. LCHS, Box 118, S-22100 Lund.*

Beton-Dachpfannen, 1840 in Deutschland erfunden, werden in Europa seit vielen Jahrzehnten verwendet, und die Fabrikation ist inzwischen in hohem Maße industrialisiert. In Entwicklungsländern ist jedoch die früher auch bei uns übliche handwerkliche Herstellung meist sinnvoller. Daher hat der Autor Hersteller von Betonziegeln befragt und Archive gewälzt, um das akkumulierte Wissen dafür festzuhalten, bevor es verloren geht. Er beschreibt Anlagen und Produktionsverfahren für eine Tagesproduktion von 900 Ziegeln - das sind gerade so viele, wie man für ein durchschnittliches Haus braucht. Die vermittelten Informationen reichen aus, einen entsprechenden Betrieb ohne zusätzliche technische (wohl aber kaufmännische) Literatur zu einzurichten und zu betreiben. Insofern ist die Publikation einmalig und empfehlenswert.

Selbstverständlich dürfte es in den meisten Entwicklungsländern heute sinnvoller sein, auf die inzwischen erprobte micro-cement-roofing tile Technologie umzusteigen, die nicht nur Zement, sondern auch Holz oder andere Träger für die Unterkonstruktion spart. In Ausnahmefällen jedoch, vielleicht an exponierten Standorten mit extremer Sturmgefahr oder wenn die notwendigen Rütteltische nicht beschaffbar sind, bleiben die Betonpfanne eine gute Alternative. Leider sagt der Autor nichts über mögliche Auswahlkriterien zwischen beiden Technologien aus.

Kosta Mathéy

Development Workshop/GRET, Cyclone resistant construction. Volume 1: Basic Information. Volume 2: Manuals. Paris:GRET, 1989.

Beide Dokumentationen entstanden im Zusammenhang eines von PNUD finanzierten Vorsorgeprogramms gegen Hurrikanschäden in Vietnam. Absicht war es, relevantes Wissen zu dem Thema aus verschiedenen geographischen Kontexten zu sammeln, in Hinblick auf die Verwendbarkeit in Vietnam zu überprüfen, und als Diskussionsgrundlage für die lokalen Partner in Vietnam aufzubereiten. Es handelt sich nicht um eine systematische Anleitung zum Hurrikan-sicheren Bauen.

Band 1 enthält Auszüge aus verschiedenen Abhandlungen über das Hurrikan-sichere Bauen plus ein Beispiel eines konkreten, von GRET betreuten Schulbau-Projektes

in Newtown, Dominica (Karibik). Band 2 beschäftigt sich mit der Frage der Vermittlung des notwendigen technischen Wissens an den einzelnen Hausbesitzer. Es werden 2 Manuale ausführlich dargestellt, und einzelne Probeseiten von 11 Handbüchern aus aller Welt.

Beide Bände enthalten Material, das an einem zentralen Ort sicher nur schwer, wenn überhaupt, zugänglich ist. Enttäuschend ist, daß - zumindest in den vorliegenden Publikationen - keine Auswertung des Materials enthalten ist. Es bleibt zu hoffen, daß GRET in absehbarer Zeit ein eigenes Handbuch in der gewohnten Qualität zum hurrikan-sicheren Bauen herausbringt. Kosta Mathéy

Ron Carroll; John Britten. Non-Sewered sanitation for Housing and Institutional Buildings. Building Issues 4 (1), 1992. 18 Seiten. LCHS, Box 118, S-22100 Lund.

Die dünne Broschüre gibt einen Überblick über gebräuchliche, für Entwicklungsländer geeignete Toilettensysteme. Bei der unvermeidlichen Oberflächlichkeit bleiben viele wichtige Fragen ungeklärt, doch als "refresher" Lektüre eignet sich die mit vielen Grafiken versehene Publikation zweifellos. Besonders die vergleichenden Tabellen sind nützlich und fehlen in anderen Büchern. KM

Training Courses

Grenoble, France

06.- 22. 10. 1993 - Course on "The technology of compressed earth blocks" (In English). Courses are organized by BASIN under the auspices of UNIDO and UNCHS. CRATerre-EAG, the International Centre for Earth Construction is also offering a 18-month training leading to a Certificate of Advanced Studies on Earth Architecture, and a Diploma course on Building practice, architecture and culture is under preparation. Both courses are in French. For registration and info contact: CRATerre-EAG, Mrs Marina Trappeniers, BP 2636, 38036 Grenoble Cedex 2, France. Tel: (33) 76 40 14 39, Fax: (33) 76 22 72 56.

Ibadan, Nigeria

19.- 22. 10. 1993 - Training courses "Communication Techniques and Skill Improvement Strategies for Primary Health Care Workers and Community Development Officers"

23. 26. 11. 1993 - "Construction Management: Sourcing and Utilization of Affordable Local Building Materials"

7.- 10. 12. 1993 - "Preparation of Physical Development Plans for Urban and Rural Communities"

The courses are organized by the Centre for African Settlement and Development (CASSAD), No. 3 Ayo Adekunle Close, New Bodija, P.O. Box 20775, U.I. Post Office; Ibadan, Nigeria. Tel: 022-414536.

Proposed Seminar

mid-1994. Proposed Seminar on Gender and Housing. Preliminary themes are: participatory research methods, women and housing in a broad urban context; and the role of gender in housing delivery process. For further information contact: Ms. Diane Lee-Smith, P.O.Box 14550, Nairobi, Kenya.

Zum Gedenken an

A. Christopher Lewin

Am 3. März 1993 ist in Hamburg A. Christopher Lewin verstorben, unvorhergesehen und viel zu früh. Nachfolgend Auszüge aus einigen Reaktionen betroffener Freunde und Kollegen. Viele, die ihn persönlich gekannt haben, werden darin eigene Erlebnisse und Erinnerungen wiederfinden. Andere, die ihn aus der Fachliteratur kennen oder von ihm gehört haben, mögen einen kleinen Eindruck von der Persönlichkeit dieses ungewöhnlichen TRIALOG-Mitglieds gewinnen.

Chris, wie er von uns allen genannt wurde, war ein weltweit geschätzter Fachmann für städtische Entwicklungsprojekte. Seinen Rat schätzten Weltbank und UNCHS-Habitat, besonders aber die deutsche Entwicklungshilfe, in der er den Bereich der städtischen Projekte entscheidend mitprägte. Die Fachwelt verdankt ihm das Konzept der Integrierten Stadtteilsanierung. Er bezeichnete sich als *urban economist*, ein Beruf, den man nicht erlernen kann. Er war sowohl Ökonom und Planer, als auch Soziologe, Psychologe und Anthropologe. Er hat die Grenzen klassischer Disziplinen überschritten. Er war ein großartiger Organisator, doch dabei niemals dogmatisch. Als andere *community participation* auf ihr Schild hoben, setzte er sich mit diesem Konzept kritisch auseinander.

Chris war ein unermüdlicher Arbeiter. Dieser grenzenlose Arbeitseifer verwirrte häufig Leute, die ihn nicht kannten. Er fragte nach, wo sich andere zufriedengaben. Er hatte Phantasien und Ideen. Er fühlte sich den Armen in den Städten verbunden. Seine Projekte zeichneten sich dadurch aus, daß sie den Bewohnern mehr Verantwortung übertrugen, als dies früher üblich war. Er glaubte an die Kraft des Einzelnen und der Gemeinschaft, sich aus Armut und Elend zu befreien. Er war einerseits ein scharfer Analytiker, andererseits besaß er ein seltenes didaktisches Talent: Er konnte Ministern, ebenso wie Handwerkern, komplizierte Sachverhalte mit einfachen Worten erklären. Er war ein Weltbürger, überall und in allen westlichen Sprachen und Kulturen zu Hause.

A. Christopher Lewin hinterläßt ein umfangreiches Oeuvre an Projektberichten und Zeitschriftenartikeln. Die letzten größeren Veröffentlichungen waren:

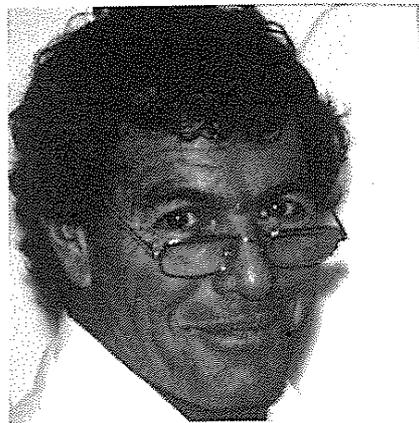
– Housing Cooperatives in Developing Countries, John Wiley & Sons, Chichester etc. 1981

– Mejoramiento urbano integrado, El Caliche, Santo Domingo, República Dominicana, GTZ Sonderpublikationen No. 179, Eschborn 1986

– The ADEMI Approach to Microenterprise Credit, Development Alternatives, Bethesda 1991

– The Management of Revolving Funds for House Improvement Loans, UNCHS (Habitat) Training Material Series, Nairobi 1992

Roland Ziss, Joanna Kotowski-Ziss, SUM Consult, Wiesbaden



A. Christopher Lewin ist für uns über die vielen Jahre der Zusammenarbeit ein fachlich und menschlich allzeit hochgeschätzter Kollege gewesen, dessen Rat und Unterstützung wir schmerzlich vermissen werden.

GTZ - Fachabteilung 425

Die Kollegen von der Latin America Unit hat die Nachricht von Chris's Tod tief betrübt. Wir erinnern uns besonders an seine hervorragenden menschlichen und intellektuellen Fähigkeiten und seine unschätzbaren fachlichen Beiträge.

Roberto Ottolenghi, UNCHS (Habitat) Nairobi

Chris Lewin war über Jahre hinweg während meines Aufenthaltes in Santo Domingo einer meiner wichtigsten Berater und Freunde vor Ort. Er hat mir geholfen, mich in eine völlig neue Arbeitssituation in einem 3. Welt Land hineinzuleben. Ich habe ihn stets voller Engagement bei der Zusammenarbeit mit den INVI-Kollegen und den Caliche-Bewohnern erlebt. Unermüdlich arbeitete er an dem Sanierungsmodell "El Caliche", dessen geistiger Vater er ist und das für die Technische Zusammenarbeit eine

unabdingbare "learned lesson" mit all seinen Facetten darstellt. Er hat die Sanierungsprojekte damit nachhaltig in der Entwicklungshilfe verankert. Besonders zu Beginn meiner Zeit in Santo Domingo habe ich ihn überall hin begleitet, zu Bewohnerversammlungen, zu Arbeitssitzungen, Seminaren, und habe begriffen, welche enorme Fähigkeit er hatte, alle Beteiligten zu begeistern.

Martina Craemer-Möller, GTZ

Es ist jetzt eine wirkliche Herausforderung, die von Chris Lewin gemachten Vorschläge zur Verbesserung der städtischen und Wohnungsbauprogramme umzusetzen.

Joan McDonald, Ministerio de Vivienda y Urbanismo, Santiago de Chile

Chris war ein Mensch, von dem ich viel gelernt habe, besonders im Hinblick auf seine professionelle Begeisterungsfähigkeit im Umgang mit den untersten Einkommenschichten. Er fühlte sich verantwortlich für das Leben vieler Menschen, obwohl die meisten von ihnen ihn nicht kannten. Sein Tod bedeutet nicht nur einen Verlust für seine Freunde sondern auch für diejenigen, denen er einen großen Teil seines Wissens und seines Lebens gewidmet hat.

Ricardo Militao, Brasilia

Wir lernten Chris bei der gemeinsamen Arbeit in Barreiro schätzen. Er hinterläßt uns ein einzigartiges Vermächtnis an Wissen, Erfahrungen und mitreißendem Arbeitseifer. Uns war schon früher bewußt, daß sich die Lebensbedingungen in den Marginalsiedlungen verbessern mußten. Chris zeigte uns, wie wir dieses Ziel zusammen mit den städtischen Armen verwirklichen konnten.

Enriqueta Cantos, Jorge Carrera, Edwin Tinajero, Erik Naranjo, Peter Bernhard, Quito

Wir, die Mitglieder der *Community Development Association Nasriya Upgrading Project* und Vertreter von 50.000 Bewohnern von Nasriya, haben die Nachricht vom Tod von Chris Lewin mit tiefer Betroffenheit aufgenommen. Es wird uns sehr schwer fallen, einen Mann zu vergessen, der mit seiner Fähigkeit, hart zu arbeiten, mit seinem Wissen, seiner Moral, seiner Erfahrung und seinem Sinn für Humor für uns alle ein Vorbild war. Wir haben beschlossen, unseren Jugendclub nach ihm zu benennen: "Lewin Youth Club". Dieser Jugendclub soll ein Symbol unserer Dankbarkeit für einen Mann sein, der so viel für unser Wohngebiet getan hat.

Ahmed Younis Ahmed, Vorsitzender der CDA Nasriya, Assuan (Ägypten)

Veranstaltungen Forthcoming Events

- 09.- 23. 7. 1993, Paris.** Meeting on "Sun in the Service of Mankind". Organized by UNESCO, 7 Place de Fontenoy, F-75700 Paris.
- 30. 7.- 7. 8. 1993, Sri Lanka.** ICOMOS 1993. 10th General Assembly and International Symposium. Intern. Council on Monuments and Sites. Thema: "Cultural tourism, heritage management, conservation economics." Exkursionen. Kosten: US\$ 200., Infos: ICOMOS Sri Lanka Conventions Secretariat. Conventions Colombo Ltd. 130 Glennie Street, Colombo 2, Sri Lanka. Fax: 94-1-44.96.59.
- 11.- 13. 8. 1993 in Florida, USA.** International Conference "Building Construction, Affordable Housing: Present and Future". For more details contact: Dr. R. Stroh, FAC-1-1-, University of Florida, Gainesville, Florida 32611, USA. Tel: 904-392-5965.
- 26.- 28. 8. 1993 in Kopenhagen.** "Fifth International Permaculture Conference". Themen: Ökologie in der Stadt, Bioregionalismus, Ökodörfer/ Wohnen in der Gemeinschaft, Entwicklungshilfe. Kosten: \$US 250, bis 1. Mai einzusenden. Infos: Permakulturgruppen 1 Danmark, Baggesensgade 6 kld, 2200 Coenhagen N, Denmark. Fax: +45.3124.2028. Genauere Infos: Max Lindegger, Permaculture Consultancy, 59 Crystal Waters, MS 16 Maleeny 4552, Qld. Telefon: (074) 944.741, Fax: (074) 944.578.
- 07.- 10. 9. 1993 in Budapest.** Housing Policy in Europe in the 1990s. Transformation in the East, Transference from the West. Teilnehmergebühr US\$350,-; diverse Ermäßigungen. Info: József Hegedüs, Iván Tosics, Katalin Zsomboki, Metropolitan Research Institute, Lónyay utca 34. III.21. H-1093 Budapest
- 07.- 11. 9. 1993 in Roubaix, France.** Bartlett International Sumer School (BISS). Labour on the move - Transitions in the building process - Re-thinking the BISS. Info: BISS Secrétariat, Martin Schwartz, Jean Claude Stoffer, Rue Michel Chauvet, CH-1203 Genève.
- 14.- 17. 9. 1993 in Sheffield, UK.** Urban Change and Conflict Conference. Call for Papers deadline is March 30st. Info: Roy Darke, Urban Studies, University of Sheffield, GB-Sheffield S10 2TN.
- 21.- 24. 9. 1993 in Montreal, Canada.** "Metropolis '93". Veranstalter: World Association of the Major Metropolis. Infos: Communauté Urbaine de Montréal, 2 Complexe Desjardins CP 129, Montreal (Quebec) Canada H5B 1E6.
- 27.- 28. 9. 1993 in Helsinki.** Cities of Tomorrow. Speakers: Manuel Castells, Peter Hall, David Harvey, Richard Rogers, Kisho Kurokawa plus others. Call for papers deadline is 30.4.1993. Info: Douglas Gordon, IFHP, National Housing Board, Asernapaallikonkatu 14, P.O. Box 100, 00521 Helsinki, Finland.
- 07.- 09. 10. 1993 in Mystic, Connecticut, USA.** "International Real Estate Conference" Thema "The State of Commercial and Residential Real Estate Markets: An International Comparison". Organized by the American Real Estate and Urban Economics Association. Infos: C.F. Sirmans, Program Chair, 1993 AREUEA International Conference, University of Connecticut, Real Estate Center, U-41RE, 368 Fairfield Road, Storrs, CT 06269-2041. Telefon: (203) 486-3227, Fax: (203) 486-0349.
- 15.- 17. 10. 1993 in Loccum.** "Entwicklung eigenständiger städtischer Ökonomien - Stand und Perspektiven von community-development-banking-Ansätzen in der Entwicklungszusammenarbeit". Info: Ev. Akademie Loccum, Dr. Beate Blatz, Postfach 2158, D-31545 Rehburg-Loccum, Tel. 05766 - 810, Telefax 05766 - 81 188
- 24.- 29. 10. 1993 in Silves, Portugal.** Terra 93. Conference on the study and conservation of earthen architecture. Info: DGEMIN, 1194 Lisboa CEDEX Portugal.
- 2. Oktoberhälfte 1993 in Warschau.** The Transformation of old Industrial Regions as a Sociological Problem. Info: Institute of Sociology, University of Silesia, ul. Bankowa 11, 40-007 Katowice, Poland Phone 58 14 14
- 25.- 30. 10. 1993 in Antwerpen.** EPH Conference und City Forum, (Environment and Public Health in Modern Cities: 25.-27.Okt.'93; Urban Environment, Social Issues and Health in Cities: 28.-30.Okt.'93). Call for papers deadline 15.6.93 (500 words max.). Info: EPH and City '93 Conference and Exhibits Secretariat: Society for Research on Environment and Health, Community Health Services, Uitbreidingsstraat 504, 2600 Antwerp, Belgium. Telefon: (323) 230.9232, Fax: (323) 230.1644.
- 03.- 07. 11. 1993 in München.** 5th International WOHNBUIND Congress. "New directions in planning - orientations in a time of change" - towards social participation..., for new forms of housing provision.... through the quality of unplanned... Info: WOHNBUIND, Kasseler Str. 1a, 6000 Frankfurt/M. 90, Tel. 069 - 77 60 25 Telefax 069 - 77 30 37.
- 05.- 07. 11. 1993 in Loccum.** "Reichtumsorientierte" Entwicklungspolitik - Modelle und Aktionspläne für eine global verträgliche Lebensweise in Europa.. Info: Ev. Akademie Loccum, Dr. Beate Blatz, Postfach 2158, D-31545 Rehburg-Loccum, Tel. 05766 - 810, Telefax 05766 - 81 188
- 16.- 18. 11. 1993 in Quito, Ecuador.** "Segundo Encuentro Popular de Arquitectura e Urbanismo". Infos: Wilson Herdoiza, Fac. de Arquitectura, Casilla 763-A Quito, Ecuador.
- 10.- 12. 11. 1993 in Stuttgart.** Internationales Interdisziplinäres Kolloquium, Thema: "Intelligent Bauen, Aspekte einer anderen Baukultur". Eigenbeteiligung erwünscht. Infos und Veranstalter: Institut für leichte Flächentragwerke (IL), vorübergehend: Böblingerstr. 78, D - 7000 Stuttgart 1, Telefon: 0711-641-2190, Telefax: 0711-641-2199. Einsendung der Zusammenfassung (bei Eigenbeteiligung) bis 17. Mai 93.
- 21.- 26. 11. 1993 in Cairo, Egypt.** "The State of the Third World: New Directions". Organized by 12.th Annual International Conference of the Association for the Advancement of Policy, Research and Development in the Third World. Infos: Mekki Mtewa, Association for the Advancement of Policy, Research and Development in the Third World, P.O. Box 70257, Washington, D.C. 20024-0257; Fax + Telefon (202) 723-7010.
- 06.- 10. 12. 1993, San Francisco Bay Area.** "International Conference on Healthy Cities". organized by Western Consortium for Public Health. Infos: Western Consortium for Public Health, 2001 Addison St., Suite 200, Berkeley, California 94704-1103, USA; Telefon: (510) 644-9300, Telex: 67.14.622 WCPH, Fax: (510) 64.49.319.
- 1993, Netherlands.** International Congress "Women, Planning, Housing and Transport in an European Future" organized by NIROV. For further info. contact: SEIROV, drs. Annetiek Zonnijens or Liesbeth Ottes, P.O.Box 30833, NL - 2500 GV Den Haag, The Netherlands.
- 17.- 18. März 1994 in Lille, France.** Conference "Cities, Enterprises and Society at the Eve of 21st Century". Eigenbeteiligung erwünscht. Veranstalter: PIR-Villes und IFRESI-CNRS. Infos und Veranstalter: Frank Moulart oder Christophe Demazière, IFRESI-CNRS, 2, rue des Cannonieres, F - 59800 Lille. Telefon: (33) 20125854, Fax: (33) 20125831. Kontaktperson: Cécil Soudan. Anmeldung bei Eigenbeteiligung bis 01.Juni 93, Zusammenfassung des Vortrages bis 01.Sept. 93.
- März 1994 in Cairo, Egypt.** 2nd Housing International Conference. "Upgrading the Built Environment". Eigenbeteiligung möglich. Infos und Veranstalter: Secretary of The 2nd Housing International Conference, General Organization for Housing, Building and Planning Research, Architecture and Housing Departement. 56 El Tahrir St. - Dokkry, P.O. Box: 1770 Cairo. Tel.: 71.68.53-71.67.22, Fax.: 71.15.64, Telex: 94025. Zusammenfassung des eigenen Vortrages (250 Wörter) bis 15. April 93, vorläufige Zusage bis 15. Mai 93, Einreichung der papers bis 15.Okt. 93, endgültige Zusage bis 15 Dez. 93.
- September 1994 in Beijing, China.** "International Housing Conference". Infos: Professor Chen Guangting, Beijing Academy of Social Sciences, PO Box 2822, Beijing, 100044, China. Or: Professor Marc Choko, Faculty of Design, Université de Québec à Montréal, 200 Sherbrooke Quest, Case Postale 8888 succ. A, Montreal Quebec H3C 3P8, Canada.